



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



v. l.: Bürgermeister Wolfgang Förtsch, Landrat Dr. Oliver Bär, KPV-Landesgeschäftsführer Jörg Kunstmann, Ministerpräsident Horst Seehofer, KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle und Bürgermeister Heiko Hain.

KPV-Landesversammlung in München:

Das Prinzip von Maß und Mitte

„Wir wollen, dass der kommunalfreundliche Kurs der unionsgeführten Bundesregierung fortgesetzt wird. Dafür lohnt es sich als Kommunalpolitische Vereinigung zu kämpfen. Denn eines ist klar: Wir brauchen weiterhin eine starke CSU in Berlin, damit auch Bayerns Kommunen stark bleiben“, hob Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle bei der KPV-Landesversammlung in München hervor. Im Mittelpunkt stand dabei die Grundsatzrede des Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer.

Laut Vorsitzendem Rößle sind die vergangenen Jahre für die Kommunen voller Herausforderungen gewesen. Gerade in diesen schwierigen Zeiten habe Horst Seehofer sie nicht allein gelassen. Insgesamt hätten sich mit der größten Entlastung für bayerische Gemeinden, Städte und Landkreise seit Bestehen der Bundesrepublik die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln entscheidend verbessert.

Bund trägt die Kosten der Grundsicherung

So habe der Bund seit 2014 die Kosten der Grundsicherung in Höhe von rund 25 Mrd. Euro vollständig übernommen. Beschlossen sei ab 2018 eine Entlastung in Höhe von 5 Mrd. Euro, inklusive 3 Mrd. Euro Sonderentlastung vorab von 2015 bis 2017. Hinzu kämen 3,5 Mrd. Euro für

den Kommunalinvestitionsförderungsfonds für finanzschwache Kommunen, in Bayern als „KIP“ (Kommunales Investitionsprogramm – 289 Mio. Euro) ausgereicht sowie 2 Mrd. Euro für die Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge bis 2018.

Neue Spielräume bei Investitionen und Personal gebe zudem der bayerische Rekordfinanzausgleich 2017 mit 8,8 Mrd. Euro. Mit dem Heimatplan wiederum seien mehrere Initiativen zusammengefasst worden (Behördenverlagerungen, neue Hochschulstandorte auf dem Land, LEP-Fortentwicklung), zu denen auch das 1,7 Milliarden Euro-Förderprogramm für den Ausbau des schnellen Internets auf dem Land gehört.

Weitere Mittel für Bauprogramme

Als weitere Verbesserungen führte Rößle schließlich erhöhte (Fortsetzung auf Seite 4)

Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung:

Neue Brücken bauen

Bei der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung in Berlin hat sich deren Ratsvorsitzende Marlehn Thieme für eine Verankerung des Themas Nachhaltigkeit ins Grundgesetz ausgesprochen. Sie ermutigte die Bundesregierung, verstärkt in eine nachhaltige Infrastruktur wie etwa Öffentliche und nachhaltige Mobilität, Bildung, sozialen Wohnungsbau und nachhaltige Stadtentwicklung zu investieren. Unter dem Motto „wissen. wählen. wünschen“ diskutierten mehr als 1.000 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Forschung, darunter Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie die Bundesminister Dr. Gerd Müller und Barbara Hendricks.

Die G20 sollten Vorreiter sein bei der Umsetzung der Agenda 2030, betonte Kanzlerin Merkel. Innerhalb der G20 käme der EU eine besondere Rolle zu. Deshalb werbe Deutschland für einen ambitionierten, aber auch realistischen strategischen Rahmen auf europäischer Ebene.

Zusammenarbeit auf regionaler Ebene stärken

Gestärkt werden soll auch die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene. Dem diene u. a. ein interministerieller Arbeitskreis zur nachhaltigen Stadtentwicklung, der vor kurzem als Leuchtturmprojekt 2017 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ausgezeichnet wurde, so Angela Merkel. Zudem hat der Nachhaltig-

keitsrat regionale Netzstellen eingerichtet, um Initiativen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zu verbinden.

Deutscher Nachhaltigkeitskodex

Bereits ihre Arbeit aufgenommen hat die „Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030“. Dabei handelt es sich laut Merkel um ein Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das dazu dient, die Stimme der Wissenschaft in der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie gebührend zu Gehör zu

Luftreinhaltung in den Städten:

Individuelle Lösungen im Blick

Spitzentreffen mit Kommunalvertretern und Ministerpräsidenten im Kanzleramt

Mit weiteren 500 Millionen Euro unterstützt der Bund ab sofort die Kommunen bei der Umsetzung von Verkehrskonzepten und der Umrüstung des öffentlichen Nahverkehrs. Eine Koordinierungsstelle von Bund, Ländern und Kommunen soll die Gelder verteilen. „Wir sind alle der Meinung, dass wir pauschale Fahrverbote für einzelne Antriebsarten oder Kfz-Typen ablehnen und deshalb alles denkbar Mögliche unternehmen wollen, um solchen Fahrverboten vorzubeugen“, fasste Bundeskanzlerin Angela Merkel den breiten Konsens des Spitzentreffens mit Bundesministern, Ministerpräsidenten und Oberbürgermeistern nach Gesprächen im Kanzleramt zusammen.

Die Runde hatte erörtert, wie sich die Grenzwerte bei der Luftqualität möglichst schnell einhalten lassen. „Die Zeit drängt, und wir sind uns alle einig, dass es ein großer Kraftakt ist, denn wir haben auf der einen Seite eine sehr individuelle Situation in den einzelnen Kommunen, aber auf der anderen Seite auch systemische Effekte, die von dem hohen Anteil des NOX – Ausstoßes (Stickstoffdioxid) der Pkws in den Städten ausgeht.“

Zusammenarbeit mit Herstellern und Kommunen

Die Bundesregierung arbeitet in zwei Strängen an der Problemlösung zur Reduzierung des hohen Stickoxidanteils in der Außenluft: Zum einen mit den Autoherstellern an den Maßnahmen, die beim ersten Nationalen Forum Diesel vereinbart wurden wie Software-Update und Umtauschprämien für ältere Dieselfahrzeuge. Zum anderen mit den Kommunen: Hier geht es darum, welche Maßnahmen die Kommu-

nen selbst ergreifen können. Bei dem Treffen im Kanzleramt wurde zudem besprochen, wie der Bund die Kommunen unterstützen kann, und wie Bund, Länder und Kommunen dabei zusammenarbeiten können.

Zudem werde sofort eine Koordinierungsstelle aus Vertretern des Bundes, der Länder und der Kommunen eingerichtet, die über förderfähige Projekte der einzelnen Kommunen beraten können. Die Mittel stehen prinzipiell jeder der mehr als 80 Kommunen zur Verfügung, bei denen der Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel überschritten wird.

Koordinierungsstelle

Die individuellen Möglichkeiten der Städte und Kommunen, die Luftwerte mit Hilfe dieser Fördermittel in ihrer Region zu verbessern sind breit: In Frage kommen der Öffentliche Nahverkehr, die Umstellung auf Elektromobilität und Verbesserung der Ladestruktur, Verkehrsführung und Verkehrsleitung in den Innenstädten, effiziente Logistik oder Parkplätze, wie auch der umfassende Ausbau des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs.

Diesel- und Ottomotoren produzieren wesentlich weniger Abgase als früher

Vizekanzler Sigmar Gabriel betonte, „dass die Lasten der Probleme, die wir in den letzten Monaten zu sehen bekommen haben, nicht an den Kommunen und Verbrauchern und auch nicht bei den Beschäftigten hängen bleiben“. Er hob hervor, dass heute die Dieselmotoren erheblich weniger Abgase produzierten als noch vor einigen Jahren. Eine Umstellung auf Elektromobilität sei nicht so schnell zu machen, daher brauche man auch zukünft-

tig die Verbrennungsmotoren als Brückentechnologie.

Merkel kündigte ein weiteres Treffen mit den Kommunen für Ende Oktober oder Anfang November an. Diese erneute Zusammenkunft muss aus ihrer Sicht sehr sorgfältig vorbereitet werden, um spezifische Reduktionsmöglichkeiten bei der Stickoxidbelastung auszuloten.

Am Mobilitätsfonds auch ausländische Hersteller beteiligen

Wie die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse aus Ludwigshafen, und der Vizepräsident, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly aus Nürnberg, feststellten, hätten die Städte ihre Erwartungen an Bund, Länder und Automobilindustrie sehr deutlich gemacht. „Wir haben klar gesagt: Die Städte sind nicht die Verursacher der hohen Stickoxid-Werte und sie können das Problem mit ihren Mitteln auch nicht lösen. Sie leisten ihren Beitrag, aber der Schlüssel zur Problemlösung liegt bei der Automobilindustrie. Denn bis zu drei Viertel der Stickoxid-Emissionen im Verkehr in der Stadt werden von Diesel-PKW verursacht.“ Die Vertreter der Länder und Kommunen forderten, dass sich auch die ausländischen Autohersteller, die 35 Prozent des deutschen Marktes abdecken, am Mobilitätsfonds so (Fortsetzung auf Seite 4)



Über das Schreiben an eigenen Tischen rät sie die Vorzimmerperle seit ihr Bürgermeister aus dem Urlaub zurück an seinen Schreibtisch gekehrt ist. Frei nach Charles Bukowski meint sie, dass ihr Chef eine Menge zu sagen und zu schreiben hat. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz	2
Ideen aus Bayern gesucht	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Hilfreiche Integrationslotsen	3
KOMMUNALE 2017: Zahlreiche Highlights zum Jubiläum	3
Wie Integration vor Ort gelingt	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5 - 8
Abfallpolitik · Umweltpolitik	9 - 11
GaLaBau · Kommunalfahrzeuge	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

Bayern für Aufbau eines landesweiten psychiatrischen Krisendienstes
Ministerrat beschließt Eckpunkte für neues Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

Bayern baut die Versorgungsangebote für psychisch Kranke in akuten psychischen Notlagen aus und plant, landesweite psychiatrische Krisendienste einzusetzen. Der Ministerrat hat sich auf Eckpunkte für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (Psych-KHG) verständigt.

Gesundheitsministerin Melanie Huml betonte: „Eine umfassende, medizinische Versorgung ist ein wichtiges Anliegen. Dazu gehört, den Fokus nicht nur auf körperliche Erkrankungen zu richten, sondern auch auf seelische. Mit den heute beschlossenen Eckpunkten ist ein erster Schritt für mehr medizinische Angebote bei akuten psychischen Notsituationen gemacht. Akute psychische Krisen sind Notfälle. Für somatische Notsituationen wie Herzinfarkt oder Schlaganfall haben wir ein bestes funktionierendes Versorgungssystem. Das brauchen wir in vergleichbarer Form rund um die Uhr auch für psychische Krisensituationen.“ In die Erarbeitung der Eckpunkte waren sowohl die Bezirke als auch Verbände und Institutionen eingebunden, die mit der Behandlung und Begleitung von psychisch Kranken befasst sind.

Besserer Schutz der Bevölkerung

Im Rahmen des Psych-KHG soll auch die öffentlich-rechtliche Unterbringung neu geregelt werden. Zudem sollen zum besseren Schutz der Bevölkerung und der betroffenen Personen Präventionsambulanzen eingeführt werden, um potentielle Gewalttaten schon im Vorfeld zu verhindern. Sozialministerin Emilia Müller sagte: „Wir stellen die öffentlich-rechtliche Unterbringung auf eine neue Grundlage. Im Vordergrund stehen dabei der Schutz der Bevölkerung, aber auch der Schutz der Betroffenen, Rechtssicherheit und Transparenz. Mit dem Ausbau der Präventionsambulanzen schließen wir zudem eine Versorgungslücke und stärken gleichzeitig den Schutz der Bevölkerung.“ In den Präventionsambulanzen können Hochrisikopatienten, die aufgrund einer schizo-

phrenen Erkrankung oder schweren Persönlichkeitsstörung zu Gewalttaten neigen, Hilfe erhalten. Derzeit werden diese am Bezirkskrankenhaus Ansbach modellhaft erprobt.

Regionale Leitstellen

Geplant sind regionale Leitstellen in den sieben Regierungsbezirken, erreichbar bayernweit unter einer einheitlichen Rufnummer, mit Teams, die im Notfall den Betroffenen auch aufsuchen. Ministerin Huml unterstrich: „Der Krisendienst soll helfen, psychisch kranke Menschen auch ambulant aufzufangen und ihnen so eine eventuell notwendige Einweisung in eine stationäre psychiatrische Behandlung zu ersparen.“

Erfahrungen der Bezirke

Derzeit gibt es solche Krisendienste bereits in München und Teilen Oberbayerns, in Mittelfranken sowie in Regensburg und Würzburg. Huml erläuterte: „Die Erfahrungen der Bezirke werden in den bayernweiten Aufbau des Krisendienstes einfließen. Wichtig ist mir, dass sich das Angebot an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert. Deshalb ist es unerlässlich, dass der Ausbau nach den Maßgaben der Bezirke erfolgt.“

Bayern verstärkt Videoüberwachung

Innenminister Herrmann präsentiert Konzept für mehr Sicherheit

Die Bayerische Staatsregierung will die Videoüberwachung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens massiv ausbauen. Hierzu hat Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann ein umfassendes bayernweites Konzept für mehr Videoüberwachung insbesondere an Kriminalitätsbrennpunkten vorgestellt. Es geht dabei um fünf Ausbauschwerpunkte, mit denen vor allem das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in den Großstädten gestärkt werden soll.

Darüber hinaus soll die Arbeit der Polizei bei der Fährdung nach Kriminellen oder auch bei möglichen terroristischen Anschlägen durch den vermehrten Einsatz hochmoderner Überwachungssysteme entscheidend verbessert werden.

Abschreckungswirkung

Im Einzelnen geht es dem Innenminister um mehr fest installierte Videoüberwachungsanlagen der Polizei, die Ausweitung der mobilen polizeilichen Videoüberwachung, den Ausbau der kommunalen Videoüberwachung gerade im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die bessere Kontrolle von Orten mit größeren Menschenansammlungen wie Einkaufszentren oder Konzerthallen sowie den verstärkten Einsatz innovativer Videoüberwachungsmöglichkeiten bei der Polizei. Dadurch werde nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürger erhöht, sondern auch eine Abschreckungswirkung bei potenziellen Straftätern erzielt.

Bei der kommunalen Videoüberwachung will sich Herrmann insbesondere für deren Ausbau und mehr polizeiliche Nutzungs-

Mit dem Psych-KHG sollen die Rechte und Pflichten der Betroffenen während der öffentlich-rechtlichen Unterbringung transparent geregelt werden. Dazu sollen für Zwangsmaßnahmen ein Richtervorbehalt eingeführt, unabhängige Unterbringungsbeiräte installiert und eine eigene Fachaufsichtsbehörde geschaffen werden.

Gefährdungspotenzial

Jährlich werden in Bayern zwischen 12.000 und 13.000 Personen öffentlich-rechtlich untergebracht, da von ihnen eine Selbst- oder Fremdgefährdung aufgrund einer psychischen Erkrankung ausgeht. Die Eckpunkte für das Psych-KHG werden nun dem Landtag zugeleitet. Anschließend folgt das Gesetzgebungsverfahren, das mit dem Inkrafttreten des Psych-KHG im Sommer 2018 abgeschlossen sein soll.

Volkshochschulen in Bayern:

Mehr Angebote an Erstorientierungskursen

Der Bayerische Volkshochschulverband e.V. erhielt den Zuschlag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Erstorientierungskurse in allen bayerischen Regierungsbezirken anzubieten.

„Wir freuen uns über den Zuwendungsbescheid und die Möglichkeit, mit diesem spezifischen

Herrmann: Weniger Verkehrstote und Verletzte

Auf Bayerns Straßen gab es im ersten Halbjahr 2017 weniger Unfalltote und Verletzte gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Hingegen ist die Zahl der Verkehrsunfälle geringfügig angestiegen. Zur Bekämpfung der Unfallursachen will der Freistaat nach ausführlicher Analyse der Ergebnisse auch weiterhin im Rahmen des Bayerischen Verkehrssicherheitsprogramms 2020 „Bayern mobil – sicher ans Ziel“ wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen. Dies erklärte Innen- und Verkehrsminister Joachim Herrmann anlässlich der Präsentation der bayerischen Verkehrsunfallstatistik für das erste Halbjahr.

Laut Herrmann haben sich in Bayern von Januar bis Juni 194.275 Verkehrsunfälle (+0,9%) ereignet. Dabei seien 32.043 Personen (-2,7%) verletzt sowie 264 Verkehrsteilnehmer (5,3%) getötet worden. Auffällig sei hier die Anzahl der ums Leben gekommenen jungen Menschen. 36 Fahrer (+44%) waren zwischen 18 und 24 Jahre alt. Ebenso habe es bei den älteren Verkehrsteilnehmern mit 73 getöteten Senioren einen deutlichen Anstieg (+8,9%) gegeben. Des weiteren sei im ersten Halbjahr 2017 die Zahl der getöteten Motorradfahrer um 9,6% auf 57 und die Zahl der im Straßenverkehr gestorbenen Radfahrer um 26% auf 29 gestiegen. Dagegen habe sich die Zahl der getöteten Fußgänger auf 34 (-8,1%) verringert.

Zu den Unfallursachen führte der Verkehrsminister aus, 8.962 Verkehrsunfälle seien auf zu hohe oder nicht angepasste Geschwindigkeit zurückzuführen (-9,4%). Dabei hätten 98 Menschen (+1%) ihr Leben verloren. Bei den Gurtmuffeln habe es 25 Tote (-30,5%) auf Bayerns Straßen gegeben. Die Zahl der alkoholbedingten Unfälle sei auf 2.119 (-2,1%) zurückgegangen, wobei 23 Menschen getötet wurden. Keine Toten habe es hingegen bei den um 12,3% auf 219 gestiegenen Verkehrsunfällen unter Drogeneinfluss gegeben.

Abschließend erklärte Herrmann, man werde, nach ausführlicher Analyse der Halbjahresbilanz durch die Verkehrsexperten der Bayerischen Polizei, mit dem Verkehrssicherheitsprogramm 2020 weiterhin gezielt gegen die Unfallursachen vorgehen. Als Maßnahmen dienen u.a. eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, die Verkehrsüberwachung sowie eine verbesserte Verkehrsraumgestaltung. Fest stehe schon jetzt, dass die Polizei auch künftig vor allem Raser, Gurtmuffel, Handysünder und fahruntüchtige Fahrer ins Visier nehmen werde. Auch seien zum Schuljahresanfang im September mehrtägige Schwerpunktaktionen der Polizei geplant. Oberstes Ziel bleibt für den Verkehrsminister weiterhin die Reduzierung der Unfallzahlen bis 2020 sowie die Senkung der Verkehrstoten auf unter 550. **rm**

Online-Wettbewerb für eine sichere Mobilität von morgen:

Ideen aus Bayern gesucht

Mit Geodaten zu sicherer Mobilität: Die Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“ ruft gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und dem Softwarehersteller Esri Deutschland einen Online-Ideenwettbewerb zur intelligenten Nutzung von Geodaten aus.

Unter dem Motto „Wie können Geodaten Mobilität noch sicherer und zuverlässiger machen?“ können alle Bürgerinnen und Bürger über das Ideenportal des Deutschen Mobilitätspreises ihre Ideen einreichen. Gesucht werden kreative Vorschläge für digitale Innovationen, welche raumbezogene Daten so nutzen, dass wir noch sicherer und zuverlässiger ans Ziel kommen. Der Wettbewerb läuft bis zum 16. Oktober 2017. Eine Jury wählt drei Siegerideen aus, die mit Prämien im Gesamtwert von 6.000 Euro belohnt werden. Wer sich am Ideenwettbewerb beteiligt, erhält auch die Gelegenheit, über die Online-Plattform mit anderen kreativen Köpfen in Kontakt zu kommen und gemeinsam über die Mobilität von morgen zu diskutieren.

„Jegliche Mobilität ist raumbezogen. Dazu brauchen wir verlässliche und aktuelle Daten über die Gegebenheiten und Zusammenhänge im Verkehrsraum. Es ist dem BMVI wichtig, neue Mobilitätslösungen zu ermöglichen. Ich freue mich daher über kreative Ideen, wie man Geodaten und Echtzeitinformationen für die Mobilität von morgen zielgerichtet einsetzen kann“, so Dorothee Bär, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur.

„Ob Echtzeitinformationen zu Passantenströmen oder Unfallhäufigkeiten an Straßenabschnitten: Der Ideenwettbewerb sucht innovative Anwendungsmöglichkeiten von Geodaten, die uns zu

noch mehr Sicherheit und Zuverlässigkeit im Mobilitätskontext verhelfen“, sagte Prof. Gerd Buziek, Unternehmenssprecher von Esri Deutschland, anlässlich des Wettbewerbsstarts.

Innovationen und Visionen

Mit dem Deutschen Mobilitätspreis machen die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur intelligente Mobilitätslösungen und digitale Innovationen öffentlich sichtbar. In der Best-Practice-Phase des Wettbewerbs wurden am 28. Juni 2017 zehn Leuchtturmprojekte ausgezeichnet, die unsere Mobilität sicherer machen.

Bei der Open-Innovation-Phase sind nun alle Bürgerinnen und Bürger gefragt: Auf dem Ideenportal des Deutschen Mobilitätspreises kann jeder die Mobilität von morgen mitgestalten. Der Softwarehersteller Esri Deutschland unterstützt den Ideenwettbewerb mit Fachwissen zu Geoinformationssystemen, durch Stiftung der Preisgelder und ideale Förderung der Preisträger auch nach dem Wettbewerb.

Als weitere Mitglieder der Plattform „Digitale Netze und Mobilität“ unterstützen den Deutschen Mobilitätspreis: Continental Automotive GmbH, Deutsche Bahn AG, Deutsche Telekom AG, Ericsson GmbH, Huawei Technologies Deutschland GmbH und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. **□**

Frauen und Kinder noch besser schützen

Frauen und Kinder, die Gewalt erleben und ertragen mussten, sollen in Bayern durch ein neues Gesamtkonzept noch besser geschützt werden. Das ist das erklärte Ziel von Bayerns Sozialministerin Emilia Müller. Derzeit werden in Arbeitsgruppen die verschiedenen Komponenten überarbeitet, Ansätze überprüft und unterschiedliche Vorstellungen angeglichen: „Hierbei kooperieren wir eng und gut mit der Freien Wohlfahrtspflege und auch den kommunalen Spitzenverbänden... Alle Beteiligten eint der Wille, hier Verbesserungen zu erreichen“, so die Ministerin.

Eine derart umfassende Erneuerung aller Präventions- und Interventionssysteme für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern ist kein Schnellschuss. Das neue Gesamtkonzept soll eine langfristig tragfähige Grundlage bieten und das seit über zwanzig Jahren im Wesentlichen unveränderte System der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen an die Erfordernisse der Gegenwart anpassen. „Deshalb wird das Konzept sorgfältig erarbeitet und mit allen Beteiligten abgestimmt.“ **□**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Willy Sendelbeck
96184 Rentweinsdorf
am 16.9.

Bürgermeister Ottmar Wimmer
84539 Ampfing
am 19.9.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Kiechle
93073 Neutraubling
am 25.9.

Bürgermeister Günther Babel
91717 Wassertrüdingen
am 26.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Werner Walberer
92690 Pressath
am 20.9.

Bürgermeister Norbert Weiß
86489 Deisenhausen
am 27.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erich Winkler
89278 Nersingen
am 21.9.

Bürgermeister Stefan Schneider
83346 Bergen
am 25.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Reinhard
63843 Niedernberg
am 20.9.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

KOMMUNALE 2017:

Zahlreiche Highlights zum Jubiläum

Am 18. und 19. Oktober 2017 wird das Messezentrum Nürnberg wieder zum Treffpunkt für Bürgermeister, Behördenchefs und deren Abteilungsleiter. Dann öffnet die 10. KOMMUNALE, Deutschlands größte Fachmesse für Kommunalbedarf, ihre Tore. Zeitgleich veranstaltet der Bayerische Gemeindetag seinen diesjährigen Kongress am selben Ort.

Die Messevorbereitungen laufen auf Hochtouren und Fachbesucher dürfen sich auf zahlreiche Highlights zum Jubiläum freuen. Premiere feiert etwa die Verleihung des Preises „Kommunaler IT-Profi“. Auf dem parallel zur Fachmesse stattfindenden Kongress des Bayerischen Gemeindetags geht es um Themen wie Interkommunale Zusammenarbeit, Digitale Schule oder das neue Umsatzsteuerrecht. Auch die Ausstellerfachforen bieten ein Potpourri an spannenden Zukunftsthemen. Über 300 Aussteller und gut 5.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet werden erwartet.

Bundesweite Ausstrahlung

Die KOMMUNALE wird auch 2017 ihrem bundesweitem Anspruch gerecht, was sich im breiten Ausstellerportfolio widerspiegelt. Ob Kommunale IT, eGovernment, Energiewende, Kommunaltechnik, öffentliche Verwaltung oder Stadtplanung: Auf der KOMMUNALE 2017 werden alle relevanten Themenfelder abgebildet. „Die Ausstellungsfläche ist im Vergleich zu 2015 nochmals deutlich gewachsen“, freut sich Werner Richthammer, Produktmanager KOMMUNALE.

Fokusthema Kommunale IT

Premiere auf der KOMMUNALE feiert die Verleihung des Preises „Kommunaler IT-Profi“, die im Rahmen des IT-Talk der Kommunen stattfindet. Erfreulich: Städte und Gemeinden aus dem gesamten Bundesgebiet reichten ihre Projekte ein. Am zweiten Messtags erwartet die Besucher auf dem IT-Talk einmal mehr ein gewohnt hochwertiges Vortragsprogramm. Kommunale Entscheider dürfen sich u.a. auf Beiträge zu den Themen Digitale Archivierung, Prozessdigitalisierung sowie moderne Stadtentwicklungsinstrumente freuen.

Ausstellerforen

Kompaktes, praxisorientiertes Fachwissen im 30-Minuten-Takt wird während der gesamten Laufzeit in beiden Messehallen auf den beliebten Ausstellerfachforen vermittelt. Die Themenvielfalt reicht dabei von kommunalem Infrastruktur-Management, über Beleuchtungsplanung und Portfolio-Optimierung bis hin zu Strategien für den Straßenerhalt in Kommunen. Es gibt Vorträge über kommunale Apps und Livestreams, digitales Parkraumwirtschaftsmanagement und den Einsatz von Drohnen zu Datenerhebungszwecken.

Kongress des Bayerischen Gemeindetags

Parallel zur Fachmesse findet auch zum Jubiläum wieder der Kongress des Bayerischen Gemeindetags (BayGT) im NCC Mitte statt. Zahlreiche Bürgermeister, renommierte Politiker und Experten, u.a. auch aus Frankreich und Belgien, geben sich hier die Klinke in die Hand und diskutieren über bundesweit relevante Kommunalthemen. 2017 geht es u.a. um Digitalisierung, Geldanlage in der Niedrigzinsphase und Baulandentwicklung und -vergabe. Ein angeregter Austausch in Podiumsdiskussionen

und Vorträgen ist garantiert. Natürlich wird auch der gastgebende Nürnberger Oberbürgermeister, Dr. Ulrich Maly, die Gäste begrüßen. Kommunalminister Joachim Herrmann hat sein Kommen ebenfalls zugesagt.

Dienstreisefähigkeit und günstige Bahnangebote

Die Unterstützung branchenbekannter Partner und Verbände, günstige Anreise- und Eintrittspreise sowie das große Angebots- und Fortbildungsspektrum für die Besucher gewährleisten auch 2017 wieder die Dienstreisefähigkeit der KOMMUNALE.

In Kooperation mit der Deutschen Bahn bietet die Nürnberg-Messe für die Fachbesucher zudem attraktive Reisepakete. Die-

se können z.B. ein günstiges ICE-Spezialticket, gültig innerhalb Deutschlands im Zeitraum vom 16. bis 21. Oktober 2017, buchen und in der 2. Klasse bereits ab EUR 49,50 (einfache Strecke) entspannt auf Schienen reisen.

Mit einer Bahnfahrt wird zudem die Umwelt geschützt: Der gebuchte Zug setzt auf 100% Ökostrom. Die U-Bahn benötigt vom Nürnberger Hauptbahnhof nur acht Minuten zum Messezentrum.

Infos im Internet

Unter www.kommunale.de gibt es Informationen zur bevorstehenden Messe. Den Kongress des Bayerischen Gemeindetags, die Ausstellerfachforen, den IT-Talk der Kommunen und die Wahl zum kommunalen IT-Profi findet man unter www.kommunale.de/ rahmenprogramm; Mehr Informationen zum ÖPNV-Angebot finden Besucher unter www.kommunale.de/bahn. □

Wie Integration vor Ort gelingt

Ergebnisse eines Gutachtens im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

Das Institut für demokratische Entwicklung und soziale Integration (DESI) hat im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung 114 Kommunen nach ihren Erfahrungen mit der Integration von Geflüchteten im Jahre 2016 befragt. Nach eigener Einschätzung haben sie die mit der Aufnahme und Integration von Geflüchteten verbundenen Aufgaben und Herausforderungen bisher sehr gut oder gut gemeistert. Als zentrale Erfolgsfaktoren dafür nennen die Städte, Landkreise und Gemeinden die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung, die positive Grundstimmung und das hohe freiwillige Engagement in der Bevölkerung sowie eine gute Vernetzung der relevanten Akteure.

Die Einstellung der lokalen Bevölkerung zur Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen wird in einer Mehrheit der Kommunen als positiv eingeschätzt, ein Drittel bezeichnet sie als neutral und weniger als zehn Prozent als eher negativ.

Das Engagement für Flüchtlinge in der lokalen Bevölkerung wird von 60 Prozent der Kommunen Ende 2016 immer noch als sehr hoch oder hoch eingeschätzt (Anfang 2016 waren es noch 80 %). Angesichts des starken Rückgangs der Flüchtlingszahlen im Jahr 2016 deuten die Ergebnisse darauf hin, dass ein erheblicher Teil der Engagierten den Schritt von der Aufnahme und Grundversorgung hin zur Begleitung und Unterstützung der Geflüchteten in der Phase der Integration mitträgt.

Die überwiegend positive oder zumindest neutrale Grundstimmung in der Bevölkerung gegenüber der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sowie das starke zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge haben offenbar den sozialen Zusammenhalt vor Ort eher verbessert als verschlechtert. Eine Mehrheit der Kommunen bewertet ihn als sehr hoch oder hoch. Die Einwanderung hat also den sozialen Zusammenhalt vor Ort bislang kaum verändert.

Von den kommunalen Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts weisen die Befragten einer frühzeitigen und umfassenden Informationspolitik, der Einbindung der Bevölkerung in eine aktive Integrationspolitik, der Unterstützung von Willkommensinitiativen sowie Lotsen-, Mentoren- und Patenprogrammen die größte Bedeutung zu. Die Ergebnisse zeigen, wie sehr sich kommunales Handeln, zivilgesellschaftliches Engagement und sozialer Zusam-

menhalt gegenseitig bedingen.

Als „Beispiele guter Praxis“ führt die Studie in diesem Zusammenhang unter anderem die Frauen-Flüchtlingeinrichtung und Asylsozialberatung sowie die SchlaU-Schule für junge Flüchtlinge (beides Landeshauptstadt München) und das Projekt „Paten für Flüchtlinge“ (Stadt Rosenheim) an.

Frauen, die auf Wunsch getrennt von Männern untergebracht werden möchten, können hier vor Gewalterfahrungen geschützt werden. Bereits im November 2015 ist auf Initiative des Kooperationsbündnisses eine Asylsozialberatung mit dem Fokus auf Familien und allein geflüchtete Frauen mit oder ohne Kinder entstanden.

Für unbegleitete minderjährige und junge Flüchtlinge, die nicht in öffentliche Bildungsangebote integriert werden können, gibt es in der Landeshauptstadt München die SchlaU-Schule (Schul-analoger Unterricht für junge Flüchtlinge). Die Schulen werden durch öffentliche Mittel, Stiftungsgelder und Spenden finanziert.

Das Projekt „Paten für Flüchtlinge“ wurde in der Stadt Rosenheim 2012 im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ initiiert. Es knüpft an Strukturen im Stadtteil wie Bürgerhäusern und Freiwilligenagenturen an und ist Ausdruck einer vielfältigen Engagement- und Beteiligungskultur.

Im Projekt kümmern sich inzwischen über 100 Paten um Flüchtlinge, die in der Stadt Zuflucht gefunden haben.

Kommunen müssen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen vielfältige Aufgaben meistern, die sich vor allem auf die Geflüchteten selbst, aber auch auf die lokale Gesellschaft beziehen. Die Schaffung von Zugän-

Liebe Leserinnen und Leser,

ziemlich genau zwei Jahre ist es nun her, dass die Flüchtlingskrise in Europa einen ihrer Höhepunkte erreichte. Tausende Schutzsuchende strömten nahezu unkontrolliert nach Europa, der größte Anteil davon mit dem Ziel Deutschland. Unsere Bahnhöfe wurden zum Synonym einer Willkommenskultur und die Themen Asyl und Integration dominierten – ob in der Berichterstattung in den Medien, im politischen Tagesgeschäft auf allen Ebenen oder bei Gesprächen in den Familien zu Hause beim Abendbrot.

Wir erinnern uns: Für unsere kommunale Familie stellte dies eine extreme Herausforderung



Hilfreiche Integrationslotsen

dar, die wir – und das sage ich voller Stolz – gemeinsam mit einer Vielzahl freiwilliger Helfer vor Ort wirklich hervorragend gemeistert haben.

Als Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) haben wir hinsichtlich der Flüchtlingsproblematik von Beginn an einen klaren Kurs verfolgt: Begrenzung der Zuwanderung, eigene Grenzkontrollen, deutliche Unterscheidung zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und wirklich verfolgten Menschen, Integration auf Basis unserer Leitkultur mit gegenseitigem Respekt und beiderseitigem Willen.

Viel ist seitdem geschehen: Viele unserer Forderungen wurden im Freistaat Bayern und auf Bundesebene aufgenommen und umgesetzt. Auch die Flüchtlingsströme haben nachgelassen. Es kommen derzeit lange nicht mehr so viele Menschen zu uns. Aber dennoch: Die politischen Aufgaben in dem Zusammenhang wurden und werden für die Kommunen nicht weniger. Unser Hauptaugenmerk beschränkt sich schon lange nicht mehr nur auf Unterbringung und Versorgung, sondern es steht vor allem die Integration derjenigen, die bei uns bleiben dürfen, mit ihren vielfältigen Facetten an prioritärer Position.

Stichwort Integration: Ja, dies ist der Schlüssel zu einem friedlichen und gemeinschaftlichen Zusammenleben von Menschen aus verschiedenartigen Kulturkreisen mit unterschiedlichem Grad der individuellen Sozialisierung. Und nochmal ja: Eine gelungene Integration bedeutet auch gesellschaftliche Stabilität und Sicherheit – und ist unser aller Ziel. Daran arbeiten wir, auf hauptamtlicher und ehrenamtlicher Ebene. Es geht unter anderem um Bereiche wie Spracherwerb, Bildung, Wohnung, Arbeit, Teilhabe, etc..

In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein

gen zum Arbeitsmarkt, die Bereitstellung von Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungseinrichtungen, Sprachkursen sowie Kompetenzfeststellungen und Qualifizierungen sind dabei Themen, die im Laufe des Jahres 2016 am stärksten an Bedeutung gewonnen haben.

Bei der Bewältigung von Aufgaben und Herausforderungen können Kommunen auf eigene Ressourcen zurückgreifen. Die größte Bedeutung wird dabei von den Befragten den Bürgerinnen und Bürgern zugeschrieben, gefolgt von der Kommunalverwaltung und lokalen Kooperationsbeziehungen sowie Kontextfaktoren (Arbeits- und Wohnungsmarkt, Bildungs- und Gemeinschaftseinrichtungen). Die Steuerung des Integrationsprozesses, die Integration der Geflüchteten in Arbeit und Bildung sowie Integration als kommunale Gemeinschaftsaufgabe haben im Jahr 2016 am meisten an Gewicht gewonnen.

Die Kommunen benötigen eine starke Unterstützung durch Bund und Länder, um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten auf Dauer erfolgreich bewältigen zu können. Zu den besonderen Bedarfen gehören eine bessere Koordination der Flüchtlingspolitik zwischen den staatlichen Ebenen, eine verbesserte Erstattung der kommunalen Kosten sowie der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen.

Kooperation und Vernetzung, ressortübergreifendes Handeln sowie strategische Orientierung werden von Kommunen als zentrale Elemente einer Weiterentwicklung der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik genannt.

Für eine zukunftsfähige kommunale Integrationspolitik in Zeiten verstärkter Flucht und Migration gibt das Gutachten abschließend folgende Anregungen und Empfehlungen:

1. Kommunen sollten sich im Bereich Flucht und Migration auf eine „Politik in unsicheren Zeiten“ einstellen und damit proaktiv umgehen.

2. Kommunen sind gefordert, integrative Antworten für eine sich weiter ausdifferenzierende, vielfältiger werdende Einwohnerschaft mit Migrationsgeschichte zu finden.

3. Kommunalpolitik sollte verstärkt auf eine engagierte Zivilgesellschaft setzen und sie an der Entwicklung stadt- und integrationspolitischer Ziele, ihrer konkreten Ausgestaltung und Umsetzung beteiligen.

4. Kommunen sollten künftig verstärkt die Partizipation von Geflüchteten ermöglichen und fördern.

5. Kommunen sollten in der interkulturellen Offenheit der lokalen Bevölkerung eine zentrale Ressource sehen und sie stärken.

6. Kommunen sind gefordert, integrative politische Antworten

neues hochinteressantes Modellprojekt aufmerksam machen, das vom Freistaat Bayern gefördert wird: die Integrations-Lotsen. Damit soll denjenigen Menschen, die bei uns bleiben dürfen, das Eingliedern in unsere Gesellschaft erleichtert werden.

Die Integrationslotsen sind als hauptamtliche Kräfte auf kommunaler Ebene tätig. Bei ihnen erhalten die Ehrenamtlichen der jeweiligen Kommunen Unterstützung, Informationen und Schulungen zu allen

Belangen der Integration. Mehr als ein Viertel aller bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte kann künftig mit einem hauptamtlichen Integrationslotsen aufwarten. Wie ich finde, eine gute Sache.

Aus eigener Erfahrung kann ich mitteilen, dass sich im Landkreis Donau-Ries die Integrations-Lotsen bereits fest etabliert haben. Zwei Mitarbeiterinnen des Landratsamtes haben sich ausbilden lassen und unterstützen jetzt Ehrenamtliche im Flüchtlingsbereich und Neubürger aus anderen Ländern bei alltäglichen Aufgaben. Amtliche Schreiben, Behördengänge, Deutschkurse und Wohnungssuche sind nur einige Beispiele, für die umfangreichen Aufgaben, die die neuen Ämter mit sich bringen. Praktisch sind auch die Sprechstunden, die die Integrationslotsen im Landratsamt anbieten. An zwei Tagen der Woche stehen sie bei Fragen und Problemen zur Verfügung und bieten ihre Unterstützung an.

Die KPV unterstützt dieses Modellprojekt voll und ganz. Denn gerade bei einem derart sensiblen Bereich wie der Integration ist es richtig und wichtig, zielgerichtete und unkomplizierte Hilfestellungen zur Verfügung zu stellen. Es geht darum, zu motivieren, Brücken zu bauen, Ängste zu nehmen, Vorurteile einzudämmen und die Integration auf Basis unserer gelebten Leitkultur proaktiv zu begleiten. Wir sehen als KPV daher großes Potenzial in den neuen Stellen der Integrationslotsen und hoffen, dass das hier geschaffene Angebot flächendeckend genutzt wird.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass bei allen Anstrengungen von staatlicher, kommunaler und ehrenamtlicher Ebene eines nicht vergessen werden darf: Eine erfolgreiche Integration bedingt immer, dass beide Seiten gleichermaßen mitmachen – derjenige, der das Angebot aufrichtig zur Verfügung stellt und derjenige, der es mit Ernsthaftigkeit annimmt. Zudem muss die Maxime „Fördern und Fordern“ weiterhin konsequent angewendet werden. Dies bedeutet beispielsweise auch, wer sich weigert, an Integrationsmaßnahmen teilzunehmen, darf auch nicht mit der vollen Unterstützung des Staates rechnen.

Ihr Stefan Rößle

KPV-Landesvorsitzender

Landrat im Landkreis Donau-Ries

auf eine sich verschärfende gesellschaftspolitische Konflikt- und Spaltungslinie „Öffnen“ versus „Schließen“ des Nationalstaats zu finden, die sich nicht zuletzt mit dem Thema Migration und Einwanderung vertieft hat.

7. Kommunen sollten die Herausforderung nutzen, um inklusive lokale Leitbilder zu entwickeln, die Flüchtlingseinwanderung und Migration als Entwicklungschance begreifen und sie in eine kohärente, strategisch ausgerichtete Integrations- und Stadtpolitik übersetzen.

Aus Sicht des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, hat das große freiwillige Engagement erheblich zu den Erfolgen in den verschiedenen Integrationsbereichen beigetragen. Jede Gemeinschaftsunterkunft habe mittlerweile ihren Helferkreis. Bereits Ende 2014 habe das Nürnberger Sozialamt „Kümmerer“ für die Koordination der ehrenamtlichen Engagierten in den Helferkreisen eingestellt.

Nach den Herausforderungen der großen Flüchtlingszuwanderung sei man insgesamt auf dem Weg zum Normalzustand. Die Kommunalverwaltung habe Problemlösungskompetenz bewiesen. Integrationspolitisch gebe es allerdings noch viel zu tun. Dies gelte insbesondere für eine flächendeckende Kita-Versorgung, für die Schaffung von Wohnraum und für leichtere Zugänge zum Arbeitsmarkt. **DK**

Das Prinzip von ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Mittel bei der Dorferneuerung und zusätzliche Mittel für Städtebauförderung, das Bayerische Wohnungsbauprogramm sowie die Stärkung der Sicherheit vor Ort an.

Mehr bayerische Kommunalfreundlichkeit

„Wir brauchen in Zukunft noch mehr CSU-geprägte Politik auf Bundesebene und damit mit mehr bayerischer Kommunalfreundlichkeit. Das gemeinsame Wahlprogramm mit der CDU, vor allem aber auch der Bayernplan machen Hoffnung, dass dies so kommen wird“, betonte der KPV-Vorsitzende. Was die inhaltliche Ausrichtung für die nächsten Jahre anbelangt, hatte Stefan Rößle freilich auch einige Forderungen

Die KPV zählt derzeit 15.700 Mitglieder (Stand: August 2017), darunter 7 Bezirkstagspräsidenten, 8 Bezirksräte, 52 Landräte, 25 Oberbürgermeister und 938 Bürgermeister, 2.374 Stadträte, 1.856 Kreisräte und 7.474 Gemeinderäte. Sie ist somit nach der Jungen Union und der Frauen-Union die drittgrößte Arbeitsgemeinschaft innerhalb der CSU. Die KPV entwickelt sich auch nach den letzten Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 weiterhin positiv und dynamisch. So ist seitdem ein Plus von über 650 Mitgliedern zu verzeichnen. DK

im Gepäck. Besondere Bedeutung bei er dabei folgenden Themen maß:

1. FAG: Krankenhausfinanzierung weiter verbessern

Grundsätzlich gilt: Kommunale Krankenhäuser sichern die Versorgung im ländlichen Raum. Sie sind Standort- und Wirtschaftsfaktoren vor Ort sowie große Arbeitgeber, die im Gegensatz zu vielen Privaten weitgehend ohne lohndrückende Personalgesellschaften auskommen. Der Bau und der Unterhalt der Gebäude sowie eine moderne medizinische Ausstattung bringen hohe Kosten mit sich. Die 500 Mio. Euro nach Art. 12 Finanzausgleichsgesetz, die in Bayern bisher hierfür jährlich zur Verfügung stehen, reichen nicht aus und müssen nach Ansicht der KPV auf 700 Mio. Euro angehoben werden.

2. Förderprogramm für kommunale Bäder

Für die KPV verkörpern Hallen- und Freibäder aus mehrfacher Hinsicht ein Stück Lebensqualität für die Bevölkerung. Es ist Aufgabe der Kommunen, die öffentlichen Bäder zu erhalten und zu finanzieren. Immer weniger Kinder können schwimmen - alarmierende Zahlen belegen dies. Gleichzeitig müssen immer mehr Bäder geschlossen werden, deren Sanierung nicht für die kommunalen Haushalte darstellbar ist. Die KPV fordert deshalb ein Förderprogramm zu kommunalen Schwimm- und Hallenbädern mit frischem Geld - außerhalb des kommunalen Finanzausgleiches. Eine grundsätzliche Vorabstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden ist bereits erfolgt.

3. Reduzierung der Baukosten/ weitere Ankurbelung Wohnungsbau

Ein weiteres wichtiges Thema sind die massiv gestiegenen Kosten im Hochbaubereich - inklusive steigender Nebenkosten, die manchmal bis zu 30 % betragen (z. B. durch Honorare für Architekten- und Ingenieurleistung, Brandschutz und Energiesparverordnung, großzügigere Genehmigung von Raumprogrammen der

Regierungen, zunehmende Ganztagsangebote). Dringend nötige Investitionsprojekte für Schulen und Kinderbetreuung werden dadurch belastet, wie auch der enorm wichtige kommunale bzw. soziale Wohnungsbau.

Für den gesamten Bereich Wohnungsbau fordert die KPV, die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern (Anreize schaffen) und die Auflagen zu reduzieren oder wenigstens nicht weiter zu erhöhen. Der Wohnungsmarkt, gerade für bezahlbaren Wohnraum, ist extrem angespannt. Auch hier drängt die KPV auf eine zeitnahe Lösung.

4. FAG: Investitionsförderung insgesamt ausweiten

Gerade im Zusammenhang mit den immer weiter steigenden Baukosten ist eine weitere Erhöhung der Fördermittel für den Hochbau nach Art. 10 FAG nötig. Teilweise werden Investitionen - auch in wichtige Infrastrukturprojekte trotz hohem Bedarf zurückgefahren. Eine weitere Erhöhung des Investitionsdrucks auf die Kommunen ist auch im Zusammenhang mit dem geplanten Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter zu erwarten, den die KPV nur gutheißen kann, wenn die Finanzierung über das Konnexitätsprinzip abgedeckt wird.

5. Mehr Mittel für Staatsstraßen

Etliche Staatsstraßen befinden sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Zur Aufrechterhaltung einer flächendeckenden funktionierenden Infrastruktur muss der Freistaat hier mehr finanzielle Mittel aufwenden.

6. Flüchtlinge/Integration

Angesichts der hohen kommunalen Belastungen im Zusammenhang mit der Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern (333,4 Mio. Euro in 2016) wird eine aufgabenbezogene finanzielle Entlastung der kommunalen Ebene außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs gefordert (sog. Open-Book-Verfahren).

Die KPV wertet es als ersten Erfolg, dass der Freistaat Bayern den Bezirken die Jugendhilfekosten für alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres komplett und für über 18-Jährige befristet teilweise erstattet. Bislang erfolgte die Erstattung nur für die nicht anerkannten minderjährigen Flüchtlinge.

Die KPV unterstützt in diesem Zusammenhang folgende aktuellen Forderungen der kommunalen Spitzenverbände: Die im Rahmen der Erstunterbringung angefallenen und noch ungedeckten Kosten der Kommunen müs-

sen zeitnah vom Freistaat übernommen werden. Zudem erwarten die Kommunen bei der Betreuung von unbegleiteten jungen Volljährigen zunächst eine tatsächlich hälftige Kostenbeteiligung des Freistaats und mit Blick auf die Kostenübernahme in den anderen Bundesländern in einem weiteren Schritt eine hundertprozentige Kostenerstattung der Sach- und Zweckaufgaben.

Keine kalte Kommunalisierung

Aufgrund ihrer vielfältigen flüchtlingsbedingten Integrationsleistungen benötigen die Kommunen ferner einen angemessenen Anteil von den auf Bayern entfallenden Bundesintegrationsmitteln. Es darf zu keiner kalten Kommunalisierung der vor Ort anfallenden Integrationskosten kommen. Angeregt wird auch die Erarbeitung eines „Masterplans“ Integration auf Landesebene unter Beteiligung aller Akteure. Darüber hinaus muss sich der Freistaat auf Bundesebene für eine angemessene Anschlussregelung für die Übernahme der flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte durch den Bund einsetzen.

Stimmungen sind noch keine Stimmen

Dass es den Bayern in Summe „außerordentlich gut geht“, daran haben die Kommunen im Freistaat laut Ministerpräsident und CSU-Vorsitzendem Horst Seehofer einen großen Anteil. Gute Umfragewerte für die CSU vor den Bundestagswahlen am 24. September seien zwar ein Grund zum Optimismus, „jedoch sind Stimmungen noch keine Stimmen“, warnte Seehofer. Deshalb sei auch die Mobilisierung der eigenen Anhänger äußerst wichtig.

Mit Blick auf einige programmatische Schwerpunkte hob der Parteivorsitzende zunächst das grundsätzliche Kernanliegen der KPV hervor, nämlich die Stärkung des ländlichen Raums und damit einhergehend die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Eine gezielte Strukturpolitik eröffne hier neue Chancen für Regionen mit besonderem Handlungsbedarf.

Soforthilfen für Sturmgeschädigte

Apropos ländlicher Raum: Seehofer verwies auf einen aktuellen Beschluss des Ministerrats, wonach die von einem Gewittersturm geschädigten Waldbesitzer in den Landkreisen Passau und Freyung-Grafenau Soforthilfen in Höhe von 100 Millionen Euro

bekommen sollen. Mit schnellen Hilfen für die Sturmgeschädigten, mit logistischer Unterstützung und organisatorischen Weichenstellungen werde dabei geholfen, die schlimmen Folgen dieses Sturms zu bewältigen.

Standortfaktor Gesundheitsversorgung

Als enorm wichtigen Standortfaktor bezeichnete der Parteichef die Gesundheitsversorgung. Es gelte, eine ausreichende ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen - inklusive Apothekenangebot - zu sichern. Dies beinhalte auch den Erhalt von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, die schnelle Verfügbarkeit von Notfallmedizin sowie den Erhalt der Geburtshilfe durch Hebammen.

Funktionierende Infrastruktur

Als ebenfalls herausragend für das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse wertete Seehofer die flächendeckende Verfügbarkeit von schneller Breitband- und 5G-Mobilfunkversorgung. Der Ausbau mit Glasfaser sei das Maß der Dinge. Auch stehe die Sanierung etlicher Staatsstraßen und damit die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden funktionierenden Infrastruktur auf der Agenda.

Ferner verwies der Vorsitzende auf das von der CSU-Landtagsfraktion in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsregierung geschürte Bildungspaket, das Maßstäbe quer über alle Schularten setze. Kernpunkte des Bildungspakets seien neben dem neuen bayerischen Gymnasium der Ausbau von Inklusion und die Stärkung der Förderschulen. Hier gebe es noch Nachholbedarf, stellte Seehofer fest. Insgesamt investiere Bayern mehr in Bildung als je ein anderes Bundesland zuvor.

Geordnete, gesteuerte, begrenzte Zuwanderung

Ablehnend steht der Parteichef dagegen dem Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz gegenüber. „Der Familiennachzug für Flüchtlinge, die nur vorübergehend bei uns bleiben können, wäre ein Irrweg“, erklärte Seehofer. Deshalb müsse der Familiennachzug für diesen Personenkreis „nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft ausgesetzt“ werden.

Gleichzeitig warnte der CSU-Chef vor dem Entstehen von Ghettos in Deutschland: „Die Zerreißenden Spannungen würden wir in den nächsten Jahren bezahlen.“ Zudem erneuerte Seehofer seine Forderung nach einer Obergrenze von 200.000 Personen pro Jahr bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland. Mit diesem Instrument sei das Versprechen, dass sich das Jahr 2015 nicht wiederholen solle, „für jeden erkennbar sichergestellt“.

„Ich möchte eine geordnete, gesteuerte, begrenzte Zuwanderung, damit die Integration gelingt“, unterstrich der Parteivorsitzende und forderte zudem, bereits an der Außengrenze der EU müsse über den Schutzbedarf von Migranten entschieden werden.

Fluchtursachen bekämpfen

Damit Schutzbedürftigen geholfen werden kann, müsse die Bekämpfung von Fluchtursachen vorrangiges Ziel deutscher Außen- und Entwicklungspolitik sein, ergänzte Seehofer. Länder in den Krisenregionen seien stärker zu unterstützen, damit sich die Menschen gar nicht erst auf den gefährlichen Weg nach Deutschland machen. In den Heimatländern und Anrainerstaaten müssten dazu Perspektiven für Flüchtlinge und einheimische Bevölkerung geschaffen werden. **DK**

Neue Brücken ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Wir müssen lokal und global denken und handeln“, forderte der Bundesminister. Hierzu würden folgende fünf neue globale Allianzen gebraucht:

1. Wir müssen neu mit den aufstrebenden Schwellenländern kooperieren.

2. Wir müssen mehr und anders mit den Ländern Afrikas arbeiten.

3. Wir müssen weltweit Regeln für ökologisch und sozial zukunftsfähigen Handel durchsetzen.

4. Wir müssen mehr private Investitionen in nachhaltige Entwicklung lenken.

5. Nachhaltigkeit braucht Mitstreiter, die die Zeichen der Zeit erkennen.

Laut Müller müssen die Länder Nordafrikas einen gleichberechtigten Zugang zum europäischen Wirtschaftsraum bekommen. Am Beispiel Tomaten zeigte der CSU-Politiker auf, dass tunesische Bauern bei einem besseren Zugang zu den europäischen Märkten 300 Millionen Euro verdienen und damit ihre eigene Binnenwirtschaft ankurbeln könnten.

„Wo der freie Markt walten kann, herrscht Ausbeutung von Mensch und Natur. Es geht nicht an, dass wir den Menschen, die unsere Kleider und Schuhe produzieren, Bedingungen zumuten, die bei uns im 19. Jahrhundert geherrscht haben“, fuhr Müller fort. Globale Arbeitsteilung müsse Chance sein. „Wir brauchen fairen Welthandel - mit hohen Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards in der WTO und in Handels- oder Investitionsabkommen. Und mit besserem Zugang zum EU-Binnenmarkt.“

Allein Afrika bräuchte jährlich rund 600 Milliarden Dollar für eine nachhaltige Entwicklung, rechnete der Minister vor. Da dies alle öffentlichen Mittel übersteige, müssten für die Ziele der Agenda 2030 neue, nachhaltige Anlageprodukte aufgelegt und Unternehmen eingespannt werden. Müller: „Wir brauchen mehr Wertschöpfung in Entwicklungsländern. Garantien und Risikoabsicherung bieten Anreize für Investitionen. Die einheimische Wirtschaft braucht Zugang zu Krediten und Know-how. Zugleich müssen Unternehmen sozial und ökologisch verantwortlich handeln.“

Die meisten DAX-30-Unternehmen sind nach Ansicht des Bundesministers bereits besser als der internationale Durch-

schnitt. „Viele unserer kommunalen Unternehmen sind Vorreiter: für Recycling, Energieversorgung, nachhaltiges Bauen. Wir brauchen sie weltweit!“ Zudem gingen viele Kommunen voran und auch die deutsche Zivilgesellschaft treibe seit langem den Wandel zur Nachhaltigkeit an.

„Um die planetaren Grenzen einzuhalten und die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, reichen minimalinvasive Korrekturen nicht. Es geht um nicht weniger als umfassende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Es geht um unsere Art zu leben, zu arbeiten, zu konsumieren, um Technologien, Institutionen und Praktiken“, hob Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks hervor.

„Wie weit uns der technische Fortschritt auch immer tragen mag, letztlich bleiben wir immer Teil der Umwelt. Daher brauchen wir ein ganzheitliches Verständnis von Fortschritt. Und dazu gehört auch ein aufgeklärtes Naturverständnis“, erläuterte die Ministerin.

Ökologischen Fußabdruck auf ein verträgliches Maß reduzieren

Konkret bedeute dies zum einen, in Deutschland den ökologischen Fußabdruck auf ein verträgliches Maß zu reduzieren. Neben der Klimaneutralität sollte bis zur Mitte des Jahrhunderts eine Wirtschaftsweise angestrebt werden, die alle ökologischen Belastungsgrenzen der Umwelt einhält. Zum anderen müsse der große Erfolg des Pariser Klimaabkommens zum Anlass genommen werden, die internationale Zusammenarbeit auch in anderen Umweltthemen zu vertiefen. Gemeinsames Engagement für den Umweltschutz könne neue Brücken bauen - zum Beispiel im Kampf gegen Meeresmüll oder Stickstoffeinträge, unterstrich Hendricks.

Auch bei der Nachhaltigkeit gehe es nicht ohne Ausgleich und Kompromiss. „Wir brauchen, dass wir den steigenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in Ballungsräumen nur mit mehr Wohnungsbau abdecken können. Und mehr Wohnungsbau bedeutet Flächenverbrauch, bedeutet in der verdichteten Stadt mehr Lärm. Daher gilt es zu vermeiden, verschiedene Nachhaltigkeitsthemen gegeneinander auszuspielen“, erklärte die Bundesministerin abschließend. **DK**

Individuelle Lösungen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
wie an der Nachrüstung beim Software-Update beteiligen.

Laut Lohse und Maly „haben wir deutlich gemacht, dass der kommunale ÖPNV nach Auffassung der Städte unbedingt von Bund und Ländern stärker finanziell gefördert werden muss. Eine nachhaltige Erhöhung der Bundesmittel für städtische Großprojekte der Gemeindeverkehrsfinanzierung von derzeit 330 Millionen Euro wurde unter Hinweis auf das Ende der Legislaturperiode heute nicht zugesagt. Weil der ÖPNV in den Städten erheblich unterfinanziert ist, muss dieser wichtige Beitrag für bessere Luftqualität und den Klimaschutz in der nächsten Legislaturperiode erfolgen.“

Autohersteller in der Pflicht

Die Autohersteller seien in der Pflicht, damit die Diesel-Autos rasch sauberer werden. Sollten die zugesagten Software-Updates nicht reichen, müsse es eine Hardware-Nachrüstung geben. Beim zweiten Diesel-Gipfel nach der Bundestagswahl müsse dieses Thema ebenso wieder aufgerufen

werden wie die Blaue Plakette, „die wir vorsorglich für den Fall fordern, dass Gerichte Verkehrsverbote verhängen“.

Die Zeit dränge sehr „und wir brauchen schnell einen Rückgang der Stickoxid-Werte in den besonders belasteten Städten und Straßen. Das ist nötig, damit Fahrverbote vermieden werden können, die niemand will, die aber noch nicht völlig vom Tisch sind.“

Kommunen konkretisieren Luftreinhaltepläne

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter wies darauf hin, dass das Treffen sowie der Austausch über die Probleme von großer Sachlichkeit getragen waren. Die Kommunen würden nun ihre Luftreinhaltepläne weiter konkretisieren. Gleichzeitig sei jedoch die Situation beispielsweise im Öffentlichen Nahverkehr bei der Ausstattung mit Bussen völlig unterschiedlich. Die zusätzlichen Mittel, die die Bundesregierung zur Verfügung stelle, würden helfen, die Situation in den Städten und Kommunen zu verbessern. **DK**

Geltendes Recht anwenden

Mit überwältigender Mehrheit von der Landesversammlung verabschiedet wurde ein Antrag des KPV-Bezirksverbands Schwaben zum Thema „Geltendes Recht anwenden - Grenzen sichern - Menschenleben schützen“. Gefordert wird darin, „allen aus einem sicheren Drittstaat, wie z.B. Österreich nach Deutschland einreisenden Nicht-EU-Ausländern, die nicht über die erforderlichen Pass- oder Visa-Dokumente verfügen“, die Einreise nach Deutschland gemäß Art. 16 a Abs. 2 Grundgesetz und § 18 Abs. 2 Nr. 1 Asylgesetz zu verweigern.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich für einen lückenlosen Gesetzesvollzug zu sorgen. Organisationen, die zur illegalen Einreise in die EU aufrufen oder sogar Anstiftung bzw. Beihilfe zur illegalen Einreise leisten, müssten durch die zuständigen Innenminister verboten werden. Sie dürften zumindest nicht Empfänger von staatlichen Mitteln sein. Ein etwaiger Gemeinnützigkeitsstatus müsse entzogen werden.

„Etwa 500.000 Ausländer halten sich trotz eines abgelehnten Asylantrags ausreisepflichtig weiterhin in Deutschland auf. Zahllose, zum Teil extremistische Verbände, Vereine, Politiker und Kirchenvertreter agitieren gegen rechtmäßige Abschiebungen, die ohnehin nur in sehr geringem Umfang stattfinden“, heißt es in dem Antrag. Man dürfe nicht länger zulassen, dass der Rechtsstaat durch selbsternannte „Flüchtlingshelfer“ und Einwanderungslobbyisten unterminiert wird. Daher müssten der Bundesinnenminister und die zuständigen Landesinnenminister alle rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel ergreifen, um rechtswidrige Aktivitäten zur Verhinderung von Abschiebungen oder zur Ermöglichung illegaler Einreisen, zu unterbinden. **DK**

Versicherungskammer Stiftung:

Das Ehrenamt neu begreifen

GZ-Gespräch mit Vorstandsvorsitzendem Wolfgang Reif

Immer wieder sind es freiwillige Helfer, die einen wichtigen Beitrag zum Wohl der Gesellschaft leisten. Sechs Millionen Bürger sind allein in Bayern ehrenamtlich tätig. Um die Sicherheit zu erhöhen und das Zusammenleben der Bürger zu stärken, wurde zum 200-jährigen Bestehen der Versicherungskammer Bayern im Jahr 2011 die Versicherungskammer Stiftung ins Leben gerufen. Über deren Ausrichtung und zentrale Arbeitsfelder sprach GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel mit Wolfgang Reif, der seit 1. Januar 2016 als Nachfolger von Walter Lechner Vorstandsvorsitzender ist.

Tatsache ist: Das Verständnis von Ehrenamt ändert sich. Rettungsorganisationen oder Feuerwehren, eigentlich regional stark in den Kommunen verankert, haben Reif zufolge Probleme, Nachwuchs zu generieren. Dies liegt nach seiner Einschätzung nicht daran, dass sich junge Menschen nicht mehr für das Ehrenamt engagieren wollen. Allerdings ändern sich die Strukturen. Die jüngere Generation möchte sich nicht mehr so sehr auf Dauer in einem Verein engagieren, sondern eher projektbezogen arbeiten. „Dieser Entwicklung müssen wir uns stellen“, so Reif. „Wenn die traditionellen Strukturen nicht mehr funktionieren, ist es unsere Aufgabe, neue zu schaffen. Bei der Versicherungskammer Stiftung sehen wir es mit als unsere Aufgabe an, mit-zuhelfen, dass für ehrenamtliches Engagement neue Wege aufgezeigt werden.“

Arbeitsschwerpunkte

Wie der Vorstandsvorsitzende erläuterte, liegt ein Schwerpunkt der Arbeit der Versicherungskammer Stiftung bereits seit 2014 darin, Menschen zum ehrenamtlichen Engagement zu befähigen, sie darin zu unterstützen und ihre gesellschaftliche Anerkennung zu fördern. Ein weiterer Zweck der Stiftung ist vor allem die Unterstützung von Projekten von Hilfsorganisationen, konkret „die Förderung der Rettung von Menschen aus Lebensgefahr, die Förderung des Feuer- und Katastrophenschutzes sowie der Unfallverhütung, die Förderung der Kriminalprävention und die Hilfe für Opfer von Straftaten sowie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zugunsten gemeinnütziger und mildtätiger Zwecke“.

„Um die guten Traditionen in

den Kommunen aufrechtzuerhalten, brauchen wir künftig Strukturen, die neben der Förderung des Vereinsgedankens vermehrt auch den Blick auf das Thema Hilfemanagement richten“, machte Reif deutlich. Hierzu könnten Plattformen wie beispielsweise großstädtische Anlaufzentren geschaffen werden. Profis sollten für die Organisation verantwortlich und Ehrenamtliche projektbezogen tätig sein.

Kompetenzen und Stärken nutzen

Auch „Bürger jenseits der Berufsphasen“ sollten nach Reifs Vorstellung integriert werden. Konkret gehe es hierbei um die Gestaltung eines fließenden Übergangs vom Berufsleben in die ehrenamtliche Tätigkeit. „Kompetenzen und Stärken nutzen“ laute die Maxime. Auch dies sei eine der Herausforderungen der Zukunft.

Für diesen Fokus der Stiftungsarbeit bietet neben zwei jährlichen Diskussionsveranstaltungen, die unter dem Aspekt Nachhaltigkeit und Innovation im Ehrenamt stehen, das seit einigen Jahren von der Versicherungskammer Stiftung durchgeführte Ehrenamt Symposium die geeignete Plattform. Dieser lebendige Austausch zwischen Hilfsorganisationen, Politik und Kommunen soll nicht nur die Aufmerksamkeit für das Ehrenamt erhöhen, sondern den Beteiligten auch praktische Hilfen aufzeigen und ihnen die Möglichkeit geben, ihr Netzwerk auszubauen, erläuterte der Vorstand.

Angesichts drängender Nachwuchssorgen in vielen Vereinen und Institutionen beschäftigten sich beim diesjährigen Symposium unter dem Motto „Ehrenamt als Brücke zwischen den

Generationen“ renommierte Experten aus ganz Deutschland und zahlreiche Gäste mit der Frage, wie alle Generationen möglichst auch gemeinsam für ein Ehrenamt begeistert werden können.

Prof. Doris Rosenkranz von der Technischen Hochschule Nürnberg informierte beispielsweise über Möglichkeiten, mittels ‚Service-Learning – Lernen durch Engagement‘ Studenten mit dem Ehrenamt vertraut zu machen. Matthias Rohrer (Institut für Jugendkulturforschung, Wien/Hamburg) stellte die wichtigsten Ergebnisse der Studie „Post-68er versus Millennials – 55 bis 65-Jährige und 16 bis 29-Jährige im Generationenvergleich“ vor und berichtete, wie sich das Engagement zwischen Alt und Jung unterscheidet und man den Dialog fördern kann. Weiter informierten je ein Tandem aus der Wirtschaft und aus einem Sportverein darüber, wie Mentoringprogramme den Austausch zwischen den Generationen fördern und zugleich für die Übernahme neuer Aufgaben begeistern können.

Ehrenamtspreis

Im Rahmen des Symposiums wurde auch der Ehrenamtspreis der Stiftung verliehen, die in diesem Jahr unter knapp 90 eingereichten Projekten drei auszeichnete. Unter dem Motto „Mixed Generations – miteinander – für einander“ zeigen sie beispielhaft, wie das Ehrenamt eine Brücke zwischen den Generationen sein kann.

Die Versicherungskammer Stiftung hat seit ihrer Gründung 2011 rund 80 Projekte gefördert. Einige Beispiele: Seit 2011 bereits unterstützt sie die „Coolrider“, ein 2002 von der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg gemeinsam mit der Polizei und den Nürnberger Schulen initiiertes Fahrzeugbegleiterprogramm, das unter der Schirmherrschaft des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann steht. Coolrider sind jugendliche Fahrzeugbegleiter, die den Schulweg sicherer und angenehmer machen. Sie schützen Schwächere vor Übergriffen, unterstützen ältere Menschen in ihrer Mobilität und verhindern durch ihre Aufmerksamkeit Vandalismus in Bussen und Bahnen. Sie sorgen insgesamt für eine bessere Atmosphäre im öffentlichen Nahverkehr.

Coolrider-Programm

Ab dem 13. Lebensjahr können Schüler am Coolrider-Programm teilnehmen. Die Ausbildung dauert ca. zwei Monate und wird von zwei erfahrenen Trainern, einem Polizeibeamten und einem Pädagogen der jeweils teilnehmenden Schule geleitet. Von der Initiative profitieren beide Seiten: die Öffentlichkeit und die Coolrider, die durch die Ausbildung ihr Selbstbewusstsein stärken und Zivilcourage lernen.

Durch das finanzielle Engagement der Versicherungskammer Stiftung wird das Projekt in die Breite getragen. Die Augsburgische Verkehrsgesellschaft war das erste Verkehrsunternehmen, das das Coolrider-Programm adaptierte und umsetzte. Mittlerweile übernehmen die kommunalen Verkehrsbetriebe laut Wolfgang Reif die Finanzierung, weil sich der Vandalismus in von Coolridern begleiteten Fahrzeugen wie Bussen oder U- und Straßenbahnen deutlich abgeschwächt hat.

Viel ehrenamtliches Engagement bindet zweifellos auch die



GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel im Dialog mit dem Vorstandsvorsitzenden der Versicherungskammer Stiftung Wolfgang Reif.

Flüchtlingsproblematik. Das Thema Integration ist nach Reifs Worten zwar nicht unmittelbarer Stiftungszweck, jedoch sei die Initiative Bellevue di Monaco, ein neugegründetes Wohn- und Kulturzentrum für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge und interessierte Münchner, unterstützt worden. Konkret finanziert die Versicherungskammer Stiftung hier die Ausbildung von Ehrenamtlichen.

Unterstützung der Bad Tölzer Bergwacht

Mit einem Förderbetrag von 200.000 Euro unterstützt die Versicherungskammer Stiftung darüber hinaus den neuen Bergwetterraum im Ausbildungszentrum der Bergwacht in Bad Tölz.

Dieser ermöglicht die Simulation realer Einsatzszenarien, denn er kann bis auf -20 Grad abgekühlt werden. Handlungsabläufe, die im Ernstfall zügig ablaufen müssen, üben die Bergretter nun unter Extrembedingungen. Zusätzlich sollen im nächsten Schritt Wind und Niederschläge erzeugt werden können. Damit können auch Einsatzmaterialien unter Extrembedingungen vorab getestet werden.

3.000 aktive Bergretter sollen fortan mindestens einmal im Jahr im Bergwetterraum trainieren, um im Einsatz noch schneller und effektiver helfen zu können. Daneben fördert die Stiftung nach Reifs Darstellung auch Fahr- sicherheitstrainings z. B. für junge Feuerwehrleute und finanziert

Brandschutzkoffer für die Brandschutz-erziehung in den Schulen.

Ideen in die Kommunen tragen

„Wir wollen die noch relativ junge Stiftung mit ihren breit gefächerten Möglichkeiten für Förderungen und Kooperationen auch in den Kommunen noch bekannter machen. Viele Projekte wirken gerade auch auf kommunaler Ebene. Kommunalarbeit ist ohne ehrenamtliches Engagement nicht vorstellbar.“ Deshalb wünscht sich Reif, „dass mehr kommunale Vertreter an den Veranstaltungen der Stiftung teilnehmen“.

Weiterführende Infos: www.versicherungskammerstiftung.de DK

Ehrenamtliche brauchen Versicherungsschutz

Ob als Mitglied bei der Freiwilligen Feuerwehr oder als Betreuer einer Jugendgruppe: Ehrenamtliches Engagement ist vielfältig. Bei allem Einsatz und trotz aller Vorsicht kann immer etwas passieren. Dann stellt sich die Frage: Wer zahlt für den entstandenen Schaden?

Zunächst sollte auf jeden Fall die Einrichtung, für die der Ehrenamtliche tätig ist, einen entsprechenden Versicherungsschutz für ihre Tätigkeit vereinbart haben. Das kann bei der Einrichtung erfragt werden. Auch in der privaten Haftpflichtversicherung ist die ehrenamtliche Tätigkeit oft mitversichert. Dies kann jeder bei seiner Versicherung erfragen.

Der Freistaat trägt die Kosten

Zu guter Letzt besteht aber auch noch subsidiärer Versicherungsschutz über die Versicherungskammer Bayern: Seit dem 1. April 2007 gibt es einen Sammel-Haftpflicht- und einen Sammel-Unfallversicherungsvertrag für Ehrenamtliche: die Bayerische Ehrenamtsversicherung. Die Kosten trägt der Freistaat Bayern und sie muss nicht extra beantragt werden. Die von der Staatsregierung mit der Versicherungskammer Bayern abgeschlossenen Verträge schützen insbesondere Ehrenamtliche in den vielen rechtlich unselbstständigen Initiativen - also diejenigen, die nicht über einen Träger, z.B. die Kirche, versichert sind.

Ehrenamtlich Tätige, die sich in Vereinigungen zum Wohle des Gemeinwesens engagieren, sind dann unfall- und haftpflichtversichert, wenn ihre Tätigkeit im Freistaat ausgeübt wird oder von Bayern ausgeht, z. B. bei Freizeit- und Ferienmaßnahmen. Der Versicherungsschutz des Freistaates tritt dann ein, wenn der Ehrenamtliche nicht über die gesetzliche Haftpflicht- oder Unfallversicherung des Trägers, oder eine private Haftpflicht- oder Unfallversicherung geschützt ist. DK

VER S I C H E R U N G S
K A M M E R
B A Y E R N

Ein Stück Sicherheit.

Königlicher Schutz -
für die Abenteuer im Leben.

Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung.

www.versicherungskammer-bayern.de

Finanzgruppe

GZ-Interview zur Beihilfeabsicherung / Teil 2:

Die Beihilfe - einfach im Handling und Garant für eine umfassende Versorgung

Beamten, die in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, „verschenken“ wesentliche Teile ihres Beihilfeanspruchs, weil immer zuerst die Sachleistung der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch genommen werden muss. Besser ist daher die Kombination aus Beihilfe und privater Krankenversicherung. Im zweiten Teil des Interviews erläutert Andreas Kolb, Vorstandsmitglied der Bayerischen Beamtenkrankenkasse, wie das am besten funktioniert.

GZ: Herr Kolb, ist die Beihilfeleistung für Beamte bei Krankheit ausreichend?

Kolb: Jeder Beamte und jeder Beamtenanwärter weiß, dass die Beihilfe nur einen gewissen Prozentsatz seiner Krankheitskosten abdeckt. Die Differenz müsste er immer selbst bezahlen. Und wer seinen Beihilfeanspruch genauer anschaut, wird feststellen, dass er zum Beispiel bei stationären Aufenthalten Zuzahlungen leisten muss. Für Brillen und Kontaktlinsen leistet die Beihilfe bei Personen über 18 Jahren nur in Ausnahmefällen. Bei Vorsorgeuntersuchungen und Schutzimpfungen

gibt es Leistungsbegrenzungen. Für Zahnersatz wird nur ein Teil der Kosten als beihilfefähig anerkannt und entsprechend dem persönlichen Prozentsatz erstattet. Nur mit einer privaten Ergänzungsversicherung können diese Restkosten abgedeckt werden, weshalb seit 2009 eine Krankenversicherung Pflicht ist.

GZ: Welche Lösung bietet die Versicherungskammer Bayern konkret an?

Kolb: Wir haben mit einem speziellen Beamtentarif in Verbindung mit weiteren Ergänzungsbausteinen einen Komplettenschutz speziell für die Bedürfnisse

von Beihilfeberechtigten entwickelt. Dieser bietet, zusammen mit den Beihilfeleistungen, eine optimale Absicherung im Krankheitsfall. Mit Ergänzungsstarifen lässt sich der Schutz nach eigenen Bedürfnissen erweitern.

Ein weiteres Extra ist die Beitragsrückerstattung. Das heißt: Wenn Sie über einen bestimmten Zeitraum keine Versicherungsleistungen in Anspruch nehmen, wartet auf Sie eine attraktive Beitragsrückerstattung. Leistungen für bestimmte Vorsorgeuntersuchungen gefährden diesen Anspruch natürlich nicht.

GZ: Haben Sie auch Lösungen für Beamtenanwärter, die bei den Gemeinden anfangen?

Kolb: Ja, auch ihnen bieten wir attraktive und preisgünstige Tarife an. All jene, die sich noch 2017 bei uns versichern, erhalten zudem ein Zertifikat, mit dem wir ihnen für die gesamte Zeit der Tarifzugehörigkeit Beitragsstabilität und eine Beitragsrückerstattung in Höhe von sechs Monatsbeiträgen garantieren. Auch hier gilt: Rechnungen für Vorsorgeuntersuchungen können sie trotzdem bei uns einreichen, das hat keine Auswirkung auf die Beitragsrückerstattung.

GZ: Wenn der Dienstherr schon bei Ihnen abrechnet, welche Vorteile hat dann ein Beamter, wenn er selbst auch bei Ihnen versichert ist?

„Das ist ein Vorteil, wenn man sich bei uns versichert, weil man dann auch bei uns abrechnet und somit der Beamte seine Beihilfeleistungen direkt bei uns beantragt, ist es für ihn natürlich viel einfacher, wenn er selbst bei uns versichert ist. Mit unserer sogenannten Kombiabrechnung bieten wir einen erstklassigen Kundenservice aus einer Hand. Der spürbare Vorteil für den einzelnen Versicherten ist, dass er eine Arztrechnung nur einmal einreichen muss – und zwar am besten gleich über unsere „RundumGesund-App“.“

Kolb: Eins vorweg: Mehr als zwei Drittel der bayerischen Kommunen haben ja ihre Beihilfeblöversicherung bei der Versicherungskammer Bayern. Wenn der Dienstherr schon über uns abrechnet und somit der Beamte seine Beihilfeleistungen direkt bei uns beantragt, ist es für ihn natürlich viel einfacher, wenn er selbst bei uns versichert ist. Mit unserer sogenannten Kombiabrechnung bieten wir einen erstklassigen Kundenservice aus einer Hand. Der spürbare Vorteil für den einzelnen Versicherten ist, dass er eine Arztrechnung nur einmal einreichen muss – und zwar am besten gleich über unsere „RundumGesund-App“.

GZ: Was kann diese App?

Kolb: Mit der „RundumGesund-App“ können unsere Kunden alle ihre Arztrechnungen, Rezepte, usw. sowie den ausgefüllten Beihilfeantrag einfach fotografieren und an uns schicken. Der Aufwand mit oft lästigem Papierkram und der Weg zum Briefkasten fallen weg. Dadurch beschleunigt sich die Leistungsabrechnung, die der Kunde smart mitverfolgen kann: Mittels zusätzlicher Status-Funktion erhält er über die App eine Nachricht zum Eingang des Leistungsantrags, zum Stand der Bearbeitung bis hin zur Leistungsabrechnung. Die persönlichen Daten sind dank aufwändiger Verschlüsselung bei der Übertragung geschützt. Die App kann kostenlos aus dem Internet auf das Smartphone oder Tablet heruntergeladen werden. Viele unserer Kunden nutzen die App schon und sind von ihr begeistert. □



V. I.: Rolf Sattelmeyer, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Augsburg, Cornelia Kollmer, Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse Augsburg, Dr. Kurt Gribl, OB der Stadt Augsburg und Dr. Walter Eschle, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse Augsburg. □

BeratungsCenter im Herzen der Stadt eröffnet:

MAX 23 gestartet!

Gelebte Kundenorientierung dafür steht MAX 23, der neue Standort der Stadtsparkasse Augsburg im Herzen von Augsburg. Eine moderne und offene Sparkasse präsentiert sich dort seit heute ihren Kunden und solchen, die es vielleicht noch werden.

An historischer Stätte wurde eine der letzten Baulücken aus dem Zweiten Weltkrieg in der Innenstadt harmonisch geschlossen. „Die Stadtsparkasse Augsburg hat sich mit der Anmietung der Räumlichkeiten mitten im Herzen der Stadt einen optimalen Standort gesichert“, da ist sich der Vorstandsvorsitzende Rolf Sattelmeyer sicher.

„MAX 23 setzt Zeichen aus architektonischer und städtebaulicher Sicht. Dort, wo früher die Römer Handel trieben und der Weber Hans Fugger wohnte, setzen wir ein Zeichen für unsere Kunden. Qualifizierte und qualitativ hochwertige Beratung in exponierter Lage nah bei unseren Kunden.“ Dazu passend: erweiterte Öffnungszeiten. Beratungsgespräche sind sogar zwischen 7.30 Uhr und 19.30 Uhr möglich. Vereinbaren kann man diese nicht nur telefonisch oder bei den beiden Mitarbeitern am Empfang, sondern auch online direkt über den Terminkalender seines Beraters.

Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl betonte den neuen Weg, den die Stadtsparkasse mit

MAX 23 geht: „Mit dem Private Banking und der Kundenberatung im Herzen der Stadt wird ein Geschäftsbereich akzentuiert, der auch für die Wirtschaftsregion Augsburg von erheblicher Bedeutung ist.“

„Geldangelegenheiten erfordern einen besonderen Rahmen, dem werden wir in MAX 23 gerecht: Ökologie geht hier Hand in Hand mit Ökonomie. Natürliche Materialien wie Naturstein, Eiche und Filz, energiesparende Beleuchtung und Klimatechnik zeichnen unsere großzügigen Beratungsräume aus - einfach Räume zum Wohlfühlen mit angenehmer, diskreter Atmosphäre“, so beschreibt das für Privatkunden zuständige Vorstandsmitglied Cornelia Kollmer das Ambiente.

Personell treffen die Kunden in MAX 23 auf ihre Berater aus der Karolinenstraße und der Geschäftsstelle am Rathausplatz. Diese wird in den nächsten Monaten zu einer Servicegeschäftsstelle umgebaut und ist während dieser Umbauzeit erstmal geschlossen; der SB-Bereich ist bis auf weiteres 24 Stunden zugänglich. □

Pflegeinnovationspreis 2018 ausgeschrieben:

Zukunftsweisende Konzepte gesucht!

Bereits zum zweiten Mal wird der Deutsche Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe ausgeschrieben. Der Preis fördert zukunftsweisende Quartierskonzepte in der Pflege. Eine Bewerbung ist bis zum 31. Oktober 2017 möglich.

Plötzlich Pflegefall zu sein bringt eine neue Lebenssituation und viele Fragen mit sich – für die Betroffenen selbst, aber auch für deren Angehörige und Freunde. Da unsere Gesellschaft immer älter wird, nimmt auch der Pflegebedarf deutlich zu. Zukunftsweisende Wohnformen für pflegebedürftige Menschen werden daher immer relevanter.

Pflege im Quartier

2018 widmet sich der „Deutsche Pflegeinnovationspreis der Sparkassen-Finanzgruppe“ daher erneut der „Pflege im Quartier“. Es sollen gezielt Lebensräume gefördert werden, in denen Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf weiterhin in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Dafür braucht es neben altersgerechtem Wohnraum auch Angebote häuslicher Pflege und Hilfe sowie eine gute Vernetzung der Generationen untereinander.

„Das Thema Pflege ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit für uns ei-

ne Herzensangelegenheit“, betont UKV-Vorstandsmitglied Manuela Kiechle. „Wenn Menschen gemeinsam aktiv werden und sich gegenseitig unterstützen, stärkt das nicht nur das Gemeinschaftsgefühl, sondern jeden einzelnen Bewohner.“ Dies wolle das Unternehmen mit dem Pflegeinnovationspreis bewusst und nachhaltig fördern.

Kriterien für Teilnahme und Auswahl des Siegers

An der Ausschreibung des mit 10.000 Euro dotierten Preises kann jedes Projekt teilnehmen, das die drei Grundpfeiler des Quartiersmanagements berücksichtigt: Wohnen als Grundversorgung, ortsnaher Unterstützung und Pflege sowie Beratung und soziale Netzwerke. Bewerber können sich alle beteiligten Mitarbeiter und Verantwortlichen.

Das Bewerbungsformular unter <https://www.ukv.de/pflegepreis> ist einfach gestaltet und eine Bewerbung mit nur wenigen Angaben möglich. □

Kommunaler Finanzreport 2017 der Bertelsmann Stiftung:

Beste Ergebnisse für Bayern

Wie aus dem aktuellen Kommunalen Finanzreport 2017 der Bertelsmann Stiftung hervorgeht, verzeichnen die Kommunen im Freistaat im bundesweiten Vergleich die mit Abstand beste Finanzlage. Demnach ist den bayerischen Gemeinden und Kreisen im Jahr 2016 bereits zum sechsten Mal in Folge ein Haushaltsüberschuss gelungen. Außerdem haben sie mit einem Plus von 1,9 Milliarden Euro das mit Abstand beste Ergebnis erreicht.

Im Vergleich mit allen anderen Bundesländern liegt Bayern damit weiterhin unangefochten an der Spitze. In zehn der 13 Flächenländer waren die Kommunen 2016 im Plus. Demgegenüber konnten die Kommunen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz keine schwarzen Zahlen schreiben. Auch bei den für die Zukunftsperspektiven von Kommunen so wichtigen Investitionsausgaben steht der Freistaat wie in den vergangenen Jahren sehr gut da: Die bayerischen Kommunen hatten auch 2016 die mit Abstand höchsten Pro-Kopf-Investitionsausgaben. Verglichen mit dem Schlusslicht Saarland investierten sie pro Einwohner sogar mehr als dreimal so viel.

Anstieg der Gemeindesteuern

Wie der Finanzreport weiter ausweist, stiegen die Gemeindesteuern zwischen 2005 und 2015 bundesweit um fast 56 Prozent. Der Einbruch der Wirtschaftskrise 2009 und 2010 wurde im Bundesdurchschnitt schnell überwunden. In Westdeutschland liegt Bayern mit einer Wachstumsrate von fast 66 Prozent vorn, während das Saarland am anderen Ende nur 41 Prozent erreichte. Die Spanne der Steuereinnahmekraft hat sich in Westdeutschland weiter erhöht. Zudem liegen unter den zehn kreisfreien Städten mit den höchsten Pro-Kopf-Aufkommen aus der Gewerbesteuer neun in Bayern und Baden-Württemberg.

Im Vergleich der Jahre 2005 und 2015 waren die Kommunen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen quasi frei von Kassenkrediten. Eine andere Gruppe von vier Ländern verzeichnet von hohem Niveau ausgehend einen weiteren starken Anstieg (Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen).

Die Gegenüberstellung der Kommunalisierungsgrade von Einnahmen und Ausgaben erlaubt Hinweise auf die Symmetrie der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen. Die aus kommunaler Sicht günstigste

Position haben die Kommunen in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern inne. Hier ist der kommunale Anteil der Einnahmen größer als jener der Ausgaben.

Der Kommunale Finanzreport 2017 zeigt nach Auffassung von Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB, „dass die Disparitäten zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen weiter zunehmen“. Trotz eines saldierten Überschusses in Milliardenhöhe könne für die kommunalen Haushalte insgesamt keine Entwarnung gegeben werden.

„Die wachsenden kommunalen Haushaltsrisiken, vor allem wegen der steigenden Sozialausgaben, des Investitionsrückstandes von über 126 Milliarden Euro und des erheblichen Zinsrisikos bereiten vielen Städten und Gemeinden große Sorgen. Nur die derzeit noch gute konjunkturelle Lage und prosperierende Steuereinnahmen lässt im Saldo ein gutes Bild entstehen. Aber gerade in finanzschwachen Kommunen vertiefen sich trotz der Probleme immer mehr. Und sollte sich die wirtschaftliche Lage wieder verschlechtern oder ein Zinsanstieg ergeben, werden viele Kommunen wieder tiefrote Zahlen schreiben“, betonte Landsberg.

Arme Kommunen bleiben arm

Auch in einem Zeitraum von über zehn Jahren konnten finanzschwache Kommunen ihre Haushaltslage selbst so gut wie nicht verbessern. Im Gegenteil, von 2005 und 2015 haben sich die kommunalen Kassenkredite bundesweit auf fast 50 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Die kommunalen Sozialausgaben werden in diesem Jahr bei rund 63,5 Milliarden Euro liegen, ein Anstieg von über 110 Prozent seit dem Jahr 2004. „Arme Kommunen bleiben arm. Die Sozialausgaben explodieren und übertreffen die hohen Steuereinnahmen. Der Schuldenberg bleibt“, stellte Landsberg fest. „Daher muss der Weg der kommunalen Haus-

Gute Konjunktur und höhere Hebesätze lassen Gewerbesteuern sprudeln

Die boomende Wirtschaft sorgt für sprudelnde Gewerbesteuereinnahmen. Zusätzlich sichern sich immer mehr Gemeinden einen noch größeren Anteil an den Firmengewinnen, indem sie die Hebesätze erhöhen. „Die Belastung der Betriebe durch die Gewerbesteuer steigt“, sagt Eberhard Sasse, Präsident der IHK für München und Oberbayern. Im vergangenen Jahr haben 52 der 500 gewerbesteuerberechtigten oberbayerischen Gemeinden die Hebesätze der Gewerbesteuer angehoben. Senkungen gab es nur in zwei Fällen, so die Auswertung des Bayerischen Landesamts für Statistik.

Sasse warnt vor weiteren Erhöhungen. Im vergangenen Jahr kassierten die oberbayerischen Städte und Gemeinden knapp 5,1 Milliarden Euro an Gewerbesteuern, ein Plus von 7,3 Prozent gegenüber 2015. Die Gewerbesteuer stand 2016 für 60,7 Prozent der kommunalen Steuereinnahmen in Oberbayern. 2015 waren es noch 59,8 Prozent.

IHK-Präsident Sasse betont, dass der durchschnittliche Hebesatz in Oberbayern (333 Prozent) leicht unter dem bayerischen (338 Prozent) sowie deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt (2015: 397 Prozent) liegt. „Diesen Standortvorteil dürfen die oberbayerischen Kommunen nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Bei den Gewerbesteuern ist Augenmaß gefragt – ein niedriger Hebesatz lässt

haltskonsolidierung unbedingt fortgesetzt werden. In einem Dreiklang: Kommunen von Sozialausgaben entlasten! Kommunale Steuer- und Investitionskraft stärken! Kommunales Altschuldenproblem lösen!“

Wachsendes Gefälle

Der Kommunale Finanzreport 2017 stellt ein Haushaltsergebnis der Kommunen im Jahr 2016 mit einem Überschuss von 4,5 Mrd. Euro fest. Dieser bundesweit insgesamt positive Saldo verteilt sich aber regional unterschiedlich. So hat sich gegen den Bundestrend die Haushaltslage der Kommunen in Brandenburg, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-

den Betrieben mehr Luft zum Atmen und Investieren“, so Sasse weiter. Der IHK-Präsident kritisiert, dass durch Hinzurechnungen bei der Gewerbesteuer nicht nur Gewinne besteuert würden, sondern auch Kosten, wie Zinsen, Mieten oder Leasingraten, und damit die Substanz der Betriebe.

Spitzenreiter beim Gewerbesteuerhebesatz blieb 2016 die Landeshauptstadt München mit 490 Prozent, es folgten die Gemeinde Kirchberg im Landkreis Erding mit 450 sowie die beiden kreisfreien Städte Ingolstadt und Rosenheim mit jeweils 400 Prozent. Den niedrigsten Hebesatz von 240 Prozent riefen die Gemeinden Grünwald (Landkreis München), Pöcking (Landkreis Starnberg) und Stammham (Landkreis Altötting) auf. □

Holstein wieder verschlechtert. Laut Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, „warnt der Kommunale Finanzreport zu Recht vor dem wachsenden finanziellen Gefälle zwischen Kommunen. Die Zahlen belegen, dass finanzschwache Kommunen ihre Kassenlage aus eigener Kraft kaum verbessern können. Bund und Länder müssen eine Lösung für die Altschulden der Kommunen entwickeln, um gerade diesen Städten und Gemeinden eine positive Entwicklungsperspektive zu ermöglichen. Die Lebenswirklichkeit der Menschen in den Städten darf sich nicht weiter auseinanderentwickeln. Dieser Trend muss umgekehrt werden.“ **DK**

BayernLB:

Halbjahresergebnis auf 426 Mio. Euro gesteigert

Alle Kundengeschäftsfelder behaupten sich in schwierigem Marktumfeld und liefern starke Ergebnisbeiträge

Der BayernLB-Konzern hat im ersten Halbjahr 2017 ein starkes Vorsteuerergebnis von 426 Mio. Euro erreicht. Damit lag der Gewinn über dem guten Niveau des Vorjahres (409 Mio. Euro). Das Konzernergebnis (nach Steuern) stieg auf 330 Mio. Euro (Vj.: 314 Mio. Euro). Die Eigenkapitalquote (CET 1-Quote) fully loaded der BayernLB hat sich erhöht und liegt nun bei sehr soliden 13,3 Prozent. Ihre Eigenkapitalrentabilität (RoE) hat die BayernLB in den ersten sechs Monaten 2017 auf 9,6 Prozent (Vj.: 9,3 Prozent) gesteigert. Die Cost-Income-Ratio (CIR) lag mit 59,5 Prozent weiterhin im Zielkorridor (Vj.: 52,9 Prozent).

„Unser starkes Halbjahresergebnis untermauert einmal mehr unsere erfolgreiche Entwicklung in den letzten Jahren zu einer nachhaltig erfolgreichen Kundenbank“, erklärte Johannes-Jörg Riegler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

Weitere Ertragspotenziale erschließen

„Die Bank ist heute schon in einem guten, eingeschwungenen Zustand. Diese Entwicklung wollen wir nach dem vorzeitigen Abschluss des EU-

Verfahrens weiter verstetigen und das bisher schon erfolgreiche Geschäftsmodell der Bank mit Augenmaß weiter vorantreiben. Dazu arbeiten wir bereits seit einiger Zeit an verschiedenen strategischen Initiativen, um weitere Ertragspotenziale für die BayernLB zu erschließen, ohne unser konservatives Risikoprofil aufzuweichen. Flankiert von unserem derzeit laufenden Effizienzprogramm stellen wir damit die Weichen, um aus der heute schon sehr gut aufgestellten BayernLB dauerhaft

eine der stärksten Regionalbanken Europas zu machen“, so Riegler.

Die BayernLB konnte trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen sowohl den Zinsüberschuss als auch den Provisionsüberschuss steigern. Der Zinsüberschuss stieg deutlich auf 845 Mio. Euro (Vj.: 728 Mio. Euro), der Provisionsüberschuss erhöhte sich auf 141 Mio. Euro (Vj.: 133 Mio. Euro).

Hohe Qualität des Portfolios

Wegen der hohen Qualität ihres Portfolios konnte die BayernLB bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erneut einen positiven Wert ausweisen. Zu dem Anstieg auf 90 Mio. Euro haben auch die Auflösung von Risikovorsorge und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen beigetragen (Vj.: -4 Mio. Euro). Die BayernLB arbeitet kontinu-

ierlich an der weiteren Verbesserung ihres Portfolios und konnte den Anteil an Non-Performing Loans (NPL) weiter verringern. Die NPL-Quote lag zum Ende des ersten Halbjahrs 2017 bei hervorragenden 1,4 Prozent (31.12.2016: 1,6 Prozent).

Das Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich an. Es lag bei 143 Mio. Euro (Vj.: 13 Mio. Euro). Das Ergebnis aus Finanzanlagen betrug 16 Mio. Euro (Vj.: 216 Mio. Euro). Der höhere Vorjahreswert resultierte zu einem großen Teil aus dem Verkauf der Anteile an der Visa Europe Ltd.

Wachsender Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich auf 612 Mio. Euro (Vj.: 578 Mio. Euro). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf den höheren Aufwand für die Erfüllung regulatorischer Vorgaben zurückzuführen. Die laufenden Programme zur Kostensenkung und weiteren Effizienzsteigerung konnten den Anstieg abschwächen aber nicht vollständig ausgleichen. Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung belastete das Ergebnis mit insgesamt 84 Mio. Euro (Vj.: 93 Mio. Euro). Darin enthalten sind 52 Mio. Euro die Bankenabgabe (Vj.: 51 Mio. Euro) sowie mit 32 Mio. Euro der Beitrag zum Einlagen-Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (Vj.: 42 Mio. Euro).

Die Eigenkapitalquote (CET 1-Quote) der BayernLB fully loaded hat sich im Vergleich zum Vorjahr weiter erhöht. Die Quote liegt nun bei sehr soliden 13,3 Prozent (31.12.2016: 13,2 Prozent).

Die Bilanzsumme der Bay-

ernLB stieg im Vergleich zum Jahresende 2016 um 4,1 Prozent auf 220,9 Mrd. Euro (31.12.2016: 212,1 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) wurden durch stringentes Management um 2,4 Prozent gesenkt. Sie betragen 63,6 Mrd. Euro (Vj.: 65,2 Mrd. Euro).

Vorzeitige Beendigung des EU-Verfahrens

Die BayernLB hat Ende Juni die letzte noch ausstehende 1 Mrd. Euro an stiller Einlage an den Freistaat Bayern zurückgezahlt und damit vorzeitig die EU-Beihilfeverpflichtung, insgesamt fünf Milliarden Euro Staatshilfen zurückzuführen, erfüllt. Rechnet man die Gebühren für die ehemalige Abschirmung von Risiken durch den Freistaat für ABS-Papiere hinzu (sog. „Umbrella“), hat die BayernLB unterm Strich seit 2012 fast 5,5 Mrd. Euro an den Freistaat Bayern geleistet.

Solide Kapitalausstattung

Mit der Rückführung der stillen Einlage ist das EU-Beihilfeverfahren der Bank zweieinhalb Jahre vor der Zeit beendet, damit sind alle kompensatorischen Geschäftseinschränkungen für die Bank aufgehoben. Möglich wurde die vorzeitige Rückzahlung durch die sehr positive geschäftliche Entwicklung der BayernLB in den letzten Jahren und die damit einhergehende solide Kapitalausstattung der Bank.

Die finanzielle Stabilität der BayernLB wurde auch im Rahmen der Genehmigung der Auszahlung der stillen Einlage durch die zuständigen Behörden (EZB, Bundesbank, BaFin und

EU-Kommission) entsprechend gewürdigt.

Moody's hebt langfristiges Emittentenrating der BayernLB auf A1 an

Die nachhaltig positive Geschäftsentwicklung der BayernLB in den letzten Jahren und die Erfolge des am Kunden orientierten Geschäftsmodells wurden auch durch ein erneutes Rating-Upgrade bestätigt. Die Agentur Moody's hat im April 2017 das langfristige Emittentenrating der BayernLB um einen Notch von A2 auf A1 angehoben, wobei der Ausblick unverändert stabil bleibt. Die Herabstufung basiert insbesondere auf einer Verbesserung der Basiskreditrisikoeinschätzung infolge eines verbesserten Finanzprofils. Daneben würdigte die Ratingagentur vor allem die solide CET 1-Quote fully loaded und die gute Asset Qualität der BayernLB. Es war bereits das dritte Upgrade durch Moody's seit dem Jahr 2014.

Ausblick auf das Gesamtjahr 2017

Die BayernLB rechnet trotz des äußerst herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds und weiter steigender regulatorischer Anforderungen auch für das Gesamtjahr 2017 mit einer soliden geschäftlichen Entwicklung. Sofern sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verändern, erwartet die BayernLB wegen ihres soliden operativen Geschäfts, der guten Portfolioqualität und ihrer stabilen Kundenbasis weiterhin ein positives Ergebnis vor Steuern im mittleren dreistelligen Millionenbereich. □

BayernLB präsentiert Nachhaltigkeitsbericht 2016

Der Nachhaltigkeitsbericht 2016 dokumentiert umfassend, welche Aktivitäten und Fortschritte es im Berichtsjahr bei der Umsetzung des 2016 vom Vorstand verabschiedeten Nachhaltigkeitsprogramms 2020 gab. Mit diesem Programm beschloss der Vorstand ein zentrales Instrument für die Steuerung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsleistungen der BayernLB.

Hervorzuheben ist der Beitrag der BayernLB zur Unterstützung der ambitionierten internationalen Klimaziele. So konnten die Projektfinanzierungen im Bereich der erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden. Allein bei der BayernLB stieg das Finanzierungsvolumen für Projektfinanzierungen im Bereich Erneuerbarer Energien im Berichtsjahr auf 3,4 Mrd. Euro.

Die DKB hat seit 1996 über 4.100 Anlagen für grünen Strom finanziert und ist damit

einer der größten Finanzierer der Energiewende in Deutschland. Auch das Engagement bei Green Bonds bzw. Nachhaltigkeits-Emissionen wurde verstärkt. 2016 wurden fünf Emissionen mit einem Volumen von über 3 Mrd. Euro begleitet, darunter die weltweit ersten grünen Schuldscheine des Windanlagenbauers Nordex und des Nahrungsmittelherstellers FrieslandCampina.

Zu den Erfolgen zählen auch Fortschritte bei der Umweltbi-

lanz der BayernLB. So konnte die Emission von Treibhausgasen um mehr als 3 Prozent reduziert werden, der Papierverbrauch sogar um mehr als 17 Prozent. Ausdruck des großen gesellschaftlichen Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BayernLB ist die Zahl der geleisteten Stunden im Rahmen des Corporate Volunteering Programms. Sie stieg im Vergleich zum Vorjahr um 14 Prozent.

Neuregelung der Berichtspflicht

Ab dem kommenden Jahr wird die Berichterstattung durch die kürzlich gesetzlich verankerte europäische Berichtspflicht neu geregelt. Dr. Johannes-Jörg Riegler, Vorsitzender des Vorstandes der BayernLB: „Die europäische Berichtspflicht schafft zum einen Aufmerksamkeit für das Thema Nachhaltigkeit und fördert damit den Wettbewerb um nachhaltige und damit zukunftsfähige Lösungen. Zum anderen verbessert sie die Informationssituation für die Analyse und Bewertung von nachhaltigkeitsbezogenen Chancen und Risiken im Rahmen der Geschäftstätigkeit der BayernLB. Die BayernLB mit Ihrer langen Tradition in Sachen Nachhaltigkeit begrüßt diese neue Transparenz.“

Herausragende Leistungen

Wichtiger Gradmesser für die Fortschritte des Nachhaltigkeitsmanagements waren auch im vergangenen Jahr die unabhängigen Bewertungen der Nachhaltigkeits-Ratingagenturen. Diese haben dem Nachhaltigkeitsmanagement der BayernLB erneut eine im Branchenvergleich überdurchschnittliche Qualität bescheinigt. Erstmals hat auch MSCI ESG, die auf Nachhaltigkeitsratings spezialisierte Sparte des Finanzdienstleisters MSCI, die Nachhaltigkeitsleistungen der BayernLB bewertet – mit positivem Ergebnis. Mit der Note „A“ liegt die BayernLB auch hier im aktuellen Rating über dem Branchendurchschnitt. □

Happy 1st Birthday, BayernLabo in Grafenau!

Münchner Förderbank ermöglicht Traum vom Eigenheim und stärkt Region

Vor einem Jahr hat der bayerische Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder den neuen Förderstützpunkt der BayernLabo im niederbayerischen Grafenau eröffnet. Das Büro unter der Leitung von Norbert Kellermann bearbeitet seither Anträge zur Förderung von Eigenwohnraum in Niederbayern und der Oberpfalz sowie der bayernweiten Förderung von behindertengerechten Umbauten.

„Seit Eröffnung des Förderstützpunkts gingen rund 2.800 Förderanträge bei uns ein“, berichtet Norbert Kellermann. „Mit unseren Darlehen ermöglichen wir vielen Familien und Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen den Traum von den eigenen vier Wänden oder einer Modernisierung.“ Die BayernLabo hat sich schnell als verlässlicher Partner in der Region etabliert.

„Die BayernLabo ist ein Musterbeispiel für unsere Behördenverlagerung. Wir haben gezielt Kompetenz aus München in ländliche Regionen verlagert. Von Grafenau aus verhilft die BayernLabo jetzt Bürgern in Ostbayern zu einem Eigenheim. Gleichzeitig stärkt sie die Region mit zehn hochwertigen Arbeitsplätzen“, freute sich Finanzminister Söder anlässlich des ersten Geburtstags des Förderstützpunkts der Münchner Förderbank. „Nur ein Jahr nach Beschluss der Verlagerung konnten wir bereits den Förderstützpunkt eröffnen – das ist schon fast Rekordzeit“, ergänzte der Minister.

Organ der staatlichen Wohnungspolitik

Die BayernLabo ist die Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern und gehört zum BayernLB-Konzern. Das Institut ist traditionell das Organ der staatlichen Wohnungspolitik für die Wohnraumförderung im Freistaat Bayern. Zudem unterstützt die BayernLabo seit dem Jahr 2006 als Kommunalbank die bayerischen Gebietskörperschaften mit zinsgünstigen Krediten und speziellen Förderprogrammen. □



Wir machen uns stark für die Kommunen.

Intelligente Lösungen für Kommunkunden

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir Kommunkunden in Bayern ein lückenloses Leistungsspektrum – von der Finanzierung bis zur Energieberatung. Die BayernLabo ergänzt diese Leistungen durch zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle kommunale Förderprogramme. ▶ www.bayernlb.de/oeffentliche_hand

GVB-Pressesgespräch zu Halbjahreszahlen und Regulatorik:

Volksbanken und Raiffeisenbanken wachsen mit Bayerns Mittelstand

Getragen von der guten Konjunkturlage im Freistaat fragen mittelständische Unternehmen verstärkt Kredite bei den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken nach. „Insbesondere Firmenkunden nehmen derzeit mehr Darlehen auf und legen ihre Investitionszurückhaltung ab“, stellte Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), bei einem Pressesgespräch in München fest.

In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres stieg der gesamte Kreditbestand bei den GVB-Mitgliedsinstituten um 2,7 Prozent (2,4 Mrd. Euro) und erreichte mit 93,6 Mrd. Euro einen neuen Höchstwert. Als Treiber erwies sich das Firmenkundensegment, das um 3,8 Prozent (1,6 Mrd. Euro) auf 44,8 Mrd. Euro zulegte. Die größten Zuwächse verzeichneten die Banken bei Unternehmen aus dem Baugewerbe, dem Dienstleistungssektor und dem verarbeitenden Gewerbe.

Privatkundengeschäft

Im Privatkundengeschäft steigerten die Institute das Kreditvolumen um 1,6 Prozent (0,7

Mrd. Euro) auf 45,8 Mrd. Euro. Die Wachstumsdynamik ließ in diesem Segment gegenüber dem Vorjahreszeitraum (+2,0 Prozent) allerdings etwas nach. „Es gibt Anzeichen für eine leichte Abschwächung der Immobiliennachfrage von Privatkunden“, sagte Gros und verwies auf den deutlichen Rückgang von Baugenehmigungen in Deutschland im ersten Halbjahr.

Einlagengeschäft

Das Einlagengeschäft stabilisierte sich in der ersten Jahreshälfte auf hohem Niveau. So beliefen sich die Kundengelder zum 30. Juni auf 119,6 Mrd. Euro. Im Firmenkundenseg-

ment gingen die Einlagen um 2,7 Prozent (0,8 Mrd. Euro) auf 29,0 Mrd. Euro zurück. Privatkunden hingegen vertrauten den Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat zusätzliche Mittel in Höhe von 0,8 Mrd. Euro (1,0 Prozent) an. Der Bestand erhöhte sich hier auf 81,0 Mrd. Euro. Erfahrungsgemäß verzeichnen die Kreditgenossenschaften in der zweiten Jahreshälfte ein stärkeres Einlagengeschäft, sodass für das Gesamtjahr ein Einlagenzuwachs im Firmenkunden- und Privatkundensegment wahrscheinlich ist.

Weitere Stärkung des Eigenkapitals

Die Ertragslage der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken ist weiterhin durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) geprägt. „Deutschland bleibt im Zinstief gefangen“, bekräftigte Gros seine Lagebeschreibung aus der Bilanzpressekonferenz im März. Für das gesamte Jahr zeichne sich ein rückläufiges Zinsergebnis ab, das vom Wachstum im Kundengeschäft, vom zunehmenden Provisionsergebnis und den rückläufigen Personalkosten nicht voll kompensiert werde. „Gleichwohl wirtschaften die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Freistaat nach wie vor rentabel genug, um auch dieses Jahr ihr Eigenkapital deutlich zu stärken und in ihre Zukunftsfähigkeit investieren zu können. Das kundennahe Geschäftsmodell ist robust und trägt auch unter schwierigen Rahmenbedingungen“.

Halbjahresbilanz:

Wirtschaft in Bayern erhält eine Milliarde Euro

LfA-Programmkredite fließen an über 2.200 Unternehmen und Kommunen

Im ersten Halbjahr 2017 hat die LfA Förderbank Bayern die bayerische Wirtschaft mit Darlehen in Höhe von fast einer Milliarde Euro unterstützt. Die Nachfrage nach programmgebundenen Förderkrediten konsolidierte sich mit rund 770 Millionen Euro auf hohem Niveau. Über 2.200 mittelständische Unternehmen und Kommunen konnten so gefördert werden. Gefragt war insbesondere die Anfang des Jahres optimierte Gründungs- und Wachstumsförderung. Das Zusagevolumen legte hier um knapp 7 Prozent auf über 400 Millionen Euro zu. Bei den Konsortial- und Globaldarlehen ist aufgrund von Einmaleffekten im Vorjahr ein Rückgang auf rund 220 Millionen Euro zu verzeichnen.

„Der bayerische Mittelstand trägt entscheidend zu Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung im Freistaat bei. Daher ist es wichtig, dass wir unsere kleinen und mittleren Betriebe auf die Herausforderungen von morgen vorbereiten, etwa auf die Digitalisierung. Denn wer heute nicht investiert, wird morgen im Wettbewerb unterliegen“, betonte Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Attraktives Förderangebot

Nach ihren Worten hilft die LfA den Betrieben bei der Finanzierung solcher Zukunftsinvestitionen tatkräftig mit einem attraktiven, unbürokratischen und flexiblen Förderangebot. „Allein mit den Programmkrediten der bayerischen Förderbank konnten die Unternehmen in diesem Jahr bereits Investitionen in Höhe von über einer Milliarde Euro in Angriff nehmen. So werden über 63.000 Arbeitsplätze gesichert und fast 2.500 neue Stellen geschaffen“, hob Aigner hervor.

gen“, machte Gros deutlich.

Vormachtstellung der EZB kritisch hinterfragen

Mit Blick auf das regulatorische Umfeld warnte der GVB-Präsident vor einer Zentralisierung der EU-Bankenaufsicht durch die EZB. Während eine einheitliche Kontrolle von international tätigen Großbanken sinnvoll sei, müsse dem Gestaltungsdruck des europäischen Bankenaufsehers bei der Überwachung kleinerer Institute Grenzen gesetzt werden. Die zunehmende Einflussnahme etwa im Meldewesen führe zu Strukturen, die kaum zwischen den Geschäftsmodellen der Banken differenziere.

„Regionalbanken werden unverhältnismäßig belastet. Das begünstigt ein uniformes System aus Großbanken, das krisenanfälliger ist und die Finanzstabilität gefährdet“, erklärte Gros. Die politischen Entscheidungsträger müssten die Vormachtstellung der EZB daher bei der 2018 anstehenden Überprüfung der EU-Bankenaufsicht hinterfragen.

Erwartungen an die künftige Bundesregierung

Von der künftigen Bundesregierung erwarten Volksbanken und Raiffeisenbanken Standhaftigkeit in der Debatte über eine zentrale EU-Einlagensicherung. Berlin dürfe seine ablehnende Haltung gegenüber den Plänen für eine Zwangsvergemeinschaftung auch nach der Bundestagswahl nicht aufgeben – nicht zuletzt deshalb, weil nach wie vor hohe Bestände an faulen Krediten in südeuropäischen Banken vorhanden sind. Der GVB spricht sich daher für den Erhalt des bewährten Sparer-schutzes in Deutschland aus.

MünchenerHyp:

Wiedereröffnung des Covered-Bond-Marktes

Die Münchener Hypothekbank hat mit ihrem zweiten Benchmark-Hypothekpfandbrief dieses Jahres die Sommerpause am Covered-Bond-Markt beendet. Die Nachfrage der Investoren war ausgesprochen rege, sodass sich die Bank dazu entschloss, ein Volumen von 750 Mio. Euro zu emittieren. Das Orderbuch wurde bei über 1 Mrd. Euro geschlossen.

Die Laufzeit des Hypothekpfandbriefs beträgt neun Jahre und zwei Monate, der Kupon 0,625 Prozent. Die Emission wurde zu einem Preis von 13 Basispunkten unter Swap-Mitte platziert. Es wurden 64 Orders aus zehn Staaten abgegeben.

Deutschland als regionaler Schwerpunkt

Regionaler Schwerpunkt mit rund 85 Prozent des Emissionsvolumens war Deutschland. Es folgten Investoren aus Asien, dem Mittleren Osten, Österreich und der Schweiz. Größte Investorengruppe waren mit 41 Prozent des Emissionsvolumens Banken

sowie in fast gleicher Höhe Zentralbanken und Staatsfonds.

Großes Investoreninteresse

„Das große Investoreninteresse zeigt, dass die Liquidität im Covered-Bond-Markt nach wie vor hoch ist, was uns als renommierten Emittenten zugutekommt“, sagte Bernhard Heinlein, Mitglied des Vorstands der MünchenerHyp. Die Transaktion begleiteten BayernLB, Deka Bank, DZ Bank und UniCredit. Co-Lead-Manager war das Bankhaus Lampe.

Die Ratingagentur Moody's bewertet Hypothekpfandbriefe der MünchenerHyp mit der Höchstnote Aaa. □

Neues genossenschaftliches Verbundmodell:

Stärkung des ländlichen Raums

Vereinigte Volksbank Raiffeisenbank eG zieht positive Zwischenbilanz

Ein neues Verbundmodell sorgt für Aufsehen in der genossenschaftlichen Finanzfamilie: Anstatt den Weg des Zusammenschlusses durch eine Fusion zu gehen, entschieden sich im vergangenen Jahr die Institute Raiffeisen-Volksbank Miltenberg und Volksbank Odenwald mit Sitz in Michelstadt für eine neue Organisation, die die Voraussetzungen und das Fundament schafft, die genossenschaftliche Idee dauerhaft zu erhalten und zu stärken. Durch Niederlassungen an ihren bisherigen Standorten und Sitzen haben die Partnerinstitute ihre Präsenz erhalten und können somit weitestgehend selbstständig bleiben.

Bis erste Überlegungen für eine Fusion angestellt wurden, erzielten beide Institute betriebswirtschaftlich stabile Betriebsergebnisse und auch die Mittelfristplanung prognostizierte dies für weitere ein bis zwei Jahre. Danach allerdings musste man aufgrund der Niedrigzinsphase von einem deutlichen Rückgang der Zinsergebnisse ausgehen. Vor diesem Hintergrund und weiteren anstehenden Herausforderungen, wie etwa Regulatorik und Digitalisierung, beschlossen beide Banken, ein Fusionsvorhaben zu prüfen.

Bündelung der Kräfte

Da die Geschäftsgebiete der Raiffeisen-Volksbank Miltenberg und der Volksbank Odenwald zwar keinen in sich geschlossenen Wirtschaftsraum bilden (das Gebiet reicht vom hessischen Odenwald bis nach Freudenberg in Baden-Württemberg, das schon länger vom bayerischen Landkreis Miltenberg aus mit bedient wird), jedoch über ein vergleichbares Geschäftsmodell in einem ländlich geprägten Umfeld verfügen, wurde ein Fusionsmodell gesucht, das allen wirtschaftlichen und regionalen Aspekten gebührend Rechnung trägt. Leitlinien waren dabei unter anderem die Beibehaltung höchstmöglicher regionaler Identität, die maximale Individualität in der Kundenwahrnehmung für jede der bisherigen Banken, die bestmögliche betriebswirtschaftliche Effizienz durch Bündelung der Kräfte und eine erfolgreiche Fusion mit größtmöglicher Akzeptanz bei allen Beteiligten.

Da schnell klar war, dass diese Ziele mit einem klassischen Fusionsmodell kaum erreicht werden können, wurde schließlich das „genossenschaftliche

Verbundmodell“ gewählt. Im Mai 2016 beschlossen beide Vertreterversammlungen mit überwältigender Mehrheit die Fusion. Dabei sind beide Marken erhalten geblieben – unter dem Dach der Vereinigten Volksbank Raiffeisenbank (VVR), die nun Mitglied sowohl im bayerischen als auch im hessischen Genossenschaftsverband ist.

Deren stellvertretender Vorstandssprecher und Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen-Volksbank Miltenberg, Dr. Hans-Martin Blättner, zog nach gut einem Jahr des Zusammenschlusses nun ein positives Fazit: „Trotz der enormen Aufgaben können wir sagen, die Fusion wurde insgesamt gut gemeistert und ist für die Zukunftssicherung der Bank und auch für die Region ein Gewinn und stärkt den ländlichen Raum.“

Der Zusammenschluss der Kreditinstitute sorgte dafür, dass Steuerzahlungen, Aufträge sowie Arbeitsplätze und damit die wichtige Wertschöpfung in den angestammten Regionen des ländlichen Raums bleiben und nicht in irgendwelche Ballungsräume konzentriert werden. Damit leisteten beide Institute einen wichtigen Beitrag im Rahmen ihres Förderauftrages für die Mitglieder in ihrem Geschäftsgebiet.

Charmant an dem Modell sei darüber hinaus, dass es auch weiteren Partnerinstituten erlaubt, dem Verbund beizutreten, ohne damit regionale Identität und Verwurzelung aufzugeben.

Für die Kunden habe sich durch die Fusion nichts geändert, betonte Blättner. Die bekannten Berater und Mitarbeiter seien nach wie vor Ansprechpartner, über Kreditvergaben, Konditionen und Spenden werde ebenfalls weiterhin vor Ort entschieden. **DK**

120 Millionen Euro für Handwerk in Bayern

LfA unterstützt im ersten Halbjahr über 500 Handwerksbetriebe
Attraktive Arbeitsplätze am Standort

Die LfA Förderbank Bayern hat dem bayerischen Handwerk im ersten Halbjahr 2017 mehr als 120 Millionen Euro an Förderkrediten zugesagt. Das entspricht dem hohen Niveau des Vorjahres. Über 500 kleine und mittlere Betriebe haben von der Förderung profitiert und konnten so im laufenden Jahr bereits Investitionen in Höhe von gut 180 Millionen Euro angehen. Das sichert bzw. schafft rund 9.000 Arbeitsplätze am Standort.

Der Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), Franz Xaver Peteranderl, erklärt: „Das Handwerk ist für den Freistaat ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Vor allem mit

konditionen, langen Laufzeiten und der einfachen Antragstellung. Mit Bürgschaften und Haftungsfreistellungen können wir zudem fehlende Sicherheitsfaktoren bei der Kreditfinanzierung



V. l.: Der Präsident des Bayerischen Handwerkstages, Franz Xaver Peteranderl, stellvertretender LfA-Vorstandschef Dr. Hans Schleicher und der Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Handwerkstages Dr. Lothar Semper. □

Blick auf die Digitalisierung müssen unsere Betriebe verstärkt investieren. Dafür brauchen sie einen verlässlichen Finanzierungspartner. Hier kommen die LfA sowie Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft ins Spiel, die zusammen mit den Hausbanken Kredite ausreichen oder Sicherheiten stellen.“

Wichtiger Wirtschaftsfaktor

BHT-Hauptgeschäftsführer Dr. Lothar Semper ergänzt: „Durch erfolgreiche Investitionen, etwa in neue Gebäude und moderne Maschinen, schaffen die Handwerksbetriebe Arbeits- und Ausbildungsplätze und sichern diese ab. Das hält den Standort Bayern attraktiv.“

„Unser Förderangebot kommt gut beim Handwerk an. Das liegt an den attraktiven Zins-

ausgleichen. Aktuell haben wir den Energiekredit Gebäude neu eingeführt. Auch Handwerksbetriebe, die in die Energieeffizienz ihrer Gebäude investieren, können sich einen Tilgungszuschuss von bis zu 18,5 Prozent sichern. Das senkt die zurückzahlende Darlehenssumme und die Zinsbelastung“, so der stellvertretende LfA-Vorstandschef Dr. Hans Schleicher.

Die LfA ist seit 1951 die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch Infrastrukturvorhaben. Informationen zu den Finanzierungsmöglichkeiten bietet die LfA-Förderberatung. □

Trend zur Rekommunalisierung:

Plädoyer für fairen Wettbewerb und Transparenz

GZ-Interview mit VBS-Präsident Otto Heinz und Erwin Huber, MdL, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag

In Bayern gibt es seit zehn Jahren einen Trend zur Rekommunalisierung der Hausmüllabfuhr. Kommunen begründen dies unter anderem damit, dass sie der „kommunalen Daseinsvorsorge“ zu zurechnen ist. Ihre Einschätzung zur aktuellen Situation gaben in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung der Präsident des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS), Otto Heinz und Erwin Huber, MdL, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag.

Fakt ist: „Im Bereich der Abfallwirtschaft hat sich über Jahrzehnte eine privatwirtschaftliche, sehr effiziente Struktur aufgebaut, die durch Tendenzen in Richtung Rekommunalisierung gefährdet ist“, betonte VBS-Präsident Heinz. Hier sollte sich der Staat zurückhalten, könne er doch nicht wie die Wirtschaft agieren. Es dürfe nicht Ziel einer Kommune sein, ihr vom Bürger „geliehenes“ Kapital in privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaftszweige zu stecken; vielmehr sollte sie sich auf Investitionen in anderen Bereichen – siehe Breitbandausbau, Infrastruktur – konzentrieren.

Große Zustimmung zur Müllabfuhr

Ohnehin, so Otto Heinz, zeigten sich die Bürger im Freistaat grundsätzlich zufrieden mit ihrer Müllabfuhr. Laut einer All-Emnid-Umfrage sind 97 % aller Befragten „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ mit dem Service ihres Müllentorsers. 65 % befürchten allerdings steigende Gebühren durch eine Rekommunalisierung der Müllabfuhr.

Um den aus Sicht des VBS wettbewerbsfeindlichen Rekommunalisierungstrend aufzuhalten, müssten bürgernahe Entsorgungsleistungen wie die Abfallsammlung neutral und überparteilich einem Markttest unterzogen werden – dadurch werde Transparenz geschaffen. „In ihrem aktuellen Wahlprogramm unterstreicht die CSU, dass die öffentliche Daseinsvorsorge im fairen Wettbewerb stattfinden müsse – dies bestätigt deutlich unsere Forderung nach einer Überprüfung wettbewerbsfeindlichen Gebarens einiger Kommunen“, erklärte Heinz.

Bayerische Gemeindeordnung als Richtschnur

„Eine Rekommunalisierung verschiedener Bereiche steht nicht auf der politischen Agenda“, unterstrich der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, MdL Erwin Huber. Die Bayerische Gemeindeordnung als „Gradmesser und Richtschnur“ gebe hier den politischen Rahmen vor, der eine wirtschaftliche Tätigkeit der Kommunen ausschließe.

Im Bereich der Abfallwirtschaft gebe es eine Überschneidung zwischen hoheitlichen Aufgaben und dem wirtschaftlichen Bereich, führte Huber aus. Selbstverständlich liege es auch im Aufgabenbereich der Kommunen, dass Müll und Abfälle ordnungsgemäß entsorgt werden. Gleichwohl gelte das Prinzip „Verwertung vor Entsorgung“. Da man im Bereich der Verwertung dringend auf die Kraft des Marktes angewiesen sei, sei es durchweg ratsam, die Abwicklung „in Partnerschaft mit kommunalen Unternehmen“ vorzunehmen.

Angesichts allgemeiner Klagen der Kommunen über ihre Finanzausstattung hält der Ausschussvorsitzende es für „nicht

sehr klug, wenn sie ihr Betätigungsfeld im Sinne von Kommunalisierung und Rekommunalisierung immer weiter ausdehnen“. Schließlich seien damit auch wirtschaftliche Risiken verbunden, für die der Steuerzahler oder der Staat am Ende gerade stehen müssten. Letztlich gelte das Prinzip: „Schuster bleib' bei Deinen Leisten.“ Der Gemeinde obliege es, sich auf ihre Kernaufgaben zu besinnen.

Zuverlässiger Partner der Kommunen

„Insgesamt zeigt sich, dass die Privatwirtschaft die wirtschaftliche Tätigkeit besser beherrscht als der hoheitliche Bereich“, so Huber. Die mittelständisch geprägte bayerische Entsorgungswirtschaft sei ein langjähriger, zuverlässiger Partner der Kommunen. Sich auf spezialisierte Unternehmen zu konzentrieren, sei auch im Sinne der Bürger. Dies sollten kommunale Verantwortungsträger stets beachten.

Wie eine Aufstellung des VBS zeigt, hat der Anteil kommunal bewirtschafteter Landkreise im Freistaat in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 60 Prozent zugenommen – von 20 Kreisen im Jahr 2006 auf 32 Kreise im Jahr 2016. Somit werden laut Heinz zusätzlich über eine Million Bayern von Kommunalbetrieben betreut – das entspricht neun Prozent der Bevölkerung. Diese Entwicklung hat vor allem auch negative Auswirkungen auf das Portemonnaie des Bürgers, denn wie eine Studie von IW Consult belegt, erheben kommunale Entsorger trotz Mehrwertsteuerprivileg im Schnitt 14 Prozent höhere Gebühren.

Epizentren des Verstaatlichungstrends

Ein Epizentrum des Verstaatlichungstrends ist der Regierungsbezirk Niederbayern. Während dort von zwölf Gebietskörperschaften im Jahr 2006 nur einer kommunal bewirtschaftet wurde, sind es im Jahr 2016 bereits acht Gebietskörperschaften. Dazu zählen die Landkreise Regen, Deggendorf, Freyung-Grafenau, Passau und Straubing-Bogen sowie die Kreisfreien Städte Passau und Straubing.

Insbesondere die Rekommunalisierung der Hausmüllabfuhr im Gebiet des ZAW Donau-Wald sowie des ZAW-SR (Straubing-Bogen) hat Heinz zufolge dafür gesorgt, dass den kleinen und mittelständischen Entsorgungsunternehmen in Niederbayern die Geschäftsgrundlage entzogen wurde.

ZAW-SR

Der ZAW-SR prognostiziert bereits für 2017 aufgrund steigender Verbrennungskosten und unvorhergesehener Marktschwankungen bei Rohstoffpreisen und hoher Investitionskosten durch die Rekommunalisierung der Hausmüllabfuhr ein Defizit in Höhe von 1,28 Mil-

lionen Euro. 2,2 Millionen Euro musste der Zweckverband für neue Müllfahrzeuge ausgeben, die – zumindest zum Teil – vorher von einem privaten Unternehmen gestellt wurden. Dieses Unternehmen hatte dem Zweckverband angeboten, die bewährten Mülllaste kostengünstig zu übernehmen – das wurde jedoch abgelehnt.

Auch in den kommenden Jahren rechnet man beim ZAW-SR nicht mit einer Verbesserung der Ertragslage. Trotzdem ist nicht geplant, eine entsprechende Gebührenerhöhung vorzunehmen, um das Defizit zu begleichen.

ZAW Donau-Wald

Beim ZAW Donau-Wald dagegen liegt eine Gebührenerhöhung durchaus im Bereich des Möglichen. Zwar konnte hier dank des Mehrwertsteuerprivilegs sogar eine Senkung der Hausmüllgebühren durchgesetzt werden; laut eigener Aussage des Zweckverbands erschwert diese Gebührensenkung nun jedoch die versprochene Stabilität der Beiträge. Die Gebühren für die Hausmüllentsorgung waren schon gering, als die Entsorgung noch von einem privaten Anbieter durchgeführt wurde. Als der ZAW Donau-Wald die Ge-

bühren weiter absenkte, nahmen viele Bürger den Preisvorteil nicht mit, sondern bestellten sich zum alten Preis eine größere Mülltonne.

Mögliche Gebührenerhöhung

Wie der Zweckverband bekanntgab, habe dies zu einem erheblichen Anstieg des Restmüllaufkommens geführt, der die allgemeine Zunahme des Hausmüllaufkommens in der Region noch maßgeblich verschärft hat. Hierdurch seien die kommunalen Müllfahrzeuge deutlich früher an ihren Aufnahmekapazitäten angelangt, was sich „mittelfristig“ auch auf die Tourenplanung und damit auf die Gebühren auswirken kann. Weitere Gründe für eine mögliche Anpassung der Entsorgungsgebühren sind, dass sich auch der ZAW Donau-Wald mit hohen Verbrennungskosten und unerwartet niedrigen Erlösen an den Rohstoffmärkten konfrontiert sieht.

Unkalkulierbare Risiken

Nach Ansicht von VBS-Präsident Heinz „spielen hier sehr ehrgeizige Kommunalpolitiker und deren Mitarbeiter Unternehmer ohne Risiko“. Dabei sei der Versuch kommunaler Entsorgungsbetriebe, als Akteure auf den internationalen Rohstoffmärkten zu agieren, eben doch mit unkalkulierbaren Risiken für die Bürger verbunden. Kommunen beispielsweise, die im Papiermarkt spekulierten, bekamen dies während der letzten Wirtschaftskrise, als der Papierpreis von über 100 Euro pro Tonne auf 5 Euro pro Tonne sank, deutlich zu spüren.



Otto Heinz.



Erwin Huber.

Die Preis-Schwankungen in den Rohstoffmärkten sind größer als im Deutschen Aktienindex. Hier bestehe die Gefahr, dass auf Grund von Fehlkalkulationen der Bürger zur Kasse gebeten wird. Demgegenüber trage ein privater Unternehmer das Risiko von Fehlentscheidungen ausschließlich selbst, hob der VBS-Chef hervor.

Massive Kritik

Längst üben die Monopolkommission der Bundesregierung, das Bundeskartellamt, zahlreiche Landespolitiker, die Privatwirtschaft sowie der Bund der Steuerzahler massive Kritik an der fortschreitenden Rekommunalisierung. So diagnostiziert Maria Ritch, Vizepräsidentin des Bundes der Steuerzahler in Bayern, einen „Anstieg der öffentlichen Selbstüberschätzung“ – inklusive kaufmännischer Fehleinschätzungen, Großtuererei, Po-

stengeschacher und laxen Aufsichtskontrollen, die im Endeffekt zu Gebührenerhöhungen für die privaten Haushalte führten.

Fehlender Wettbewerb

„Der Bürger hat einen Anspruch darauf, dass ihm für die von ihm gezahlten Abfallgebühren ein optimales Preis-Leistungsverhältnis geboten wird. Dadurch, dass die Kommunen die Hausmüllabfuhr nicht mehr ausschreiben, findet jedoch kein Wettbewerb mehr statt“, monierte Otto Heinz. Allein Wettbewerb garantiere jedoch Effizienz, Qualität und nachhaltig günstige, innovative Dienstleistung für den Bürger – und nicht die Vergabe an kommunale Eigenbetriebe, die als Monopole agieren. Dies sei mit den Werten der Sozialen Marktwirtschaft schlicht nicht vereinbar, bilanzierte der VBS-Präsident. **DK**

Besser gleich auf Synergien setzen!

Online zum Amt – rund um die Uhr.



Kommunale 2017
18. und 19. Oktober
auf der Messe Nürnberg
Halle 9 Stand 342

Dort sein, wo der Bürger ist: online – mit dem Bürgerservice-Portal

Weil die Lebenswirklichkeit vieler Deutscher mehr und mehr online stattfindet, lassen sich über 70 Verwaltungsdienste, von A wie Antrag Meldebescheinigung bis Z wie Zulassung fabrikneuer Fahrzeuge, über das Bürgerservice-Portal der AKDB bequem von zu Hause aus erledigen. 24 Stunden täglich, jeweils integriert in die betreffenden Fachverfahren. Mit einer Portallösung, die deutschlandweit Maßstäbe setzt.

www.akdb.de

Jetzt die neue SYNERGO®-Produktgeneration entdecken!

AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Bauen mit Holz – klimagerecht, langlebig und schön

Interaktives Forum in Weilheim mit kostenfreier Holzbauberatung für kommunale Entscheidungsträger, Bauherren, Architekten und Holzbau-Interessierte

Holzbau ist „in“ und Bauen mit Holz liegt in Bayern voll im Trend. proHolz Bayern veranstaltet daher am 6. Oktober 2017 von 12 bis 17.30 Uhr gemeinsam mit dem Landkreis Weilheim-Schongau, der Stadt Weilheim i. OB und dem Arbeitskreis Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen der Weilheimer Agenda 21 im Pfarrheim Miteinander in Weilheim das Interaktive Forum „Bauen mit Holz – klimagerecht, langlebig und schön“. Ein weiterer Termin findet am 17. November 2017 gemeinsam mit der Stadt und dem Landkreis Traunstein im örtlichen Landratsamt statt. In Kurzvorträgen und Workshops können sich kommunale Entscheidungsträger, Bauherren, Architekten und Holzbau-Interessierte über die Vorzüge und Besonderheiten des Holzbaus informieren und beraten lassen.

Der Baustoff Holz ist mit vielen positiven Eigenschaften behaftet. Er ist ökologisch, wirkt warm, und ist wohnlich. Dennoch sind viele Fragen mit ihm verbunden. Ist der Baustoff Holz der richtige für das geplante Bauvorhaben? In welchen Bereichen ist er überall einsetzbar? Guter Rat ist oft teuer und kompetente Beratung Gold

wert. Hier setzt das Interaktive Forum „Bauen mit Holz – klimagerecht, langlebig und schön“ an.

Individuelle Holzbauberatung

Holzbauexperten aus den Bereichen Landwirtschaft, Gewerbebau, Kommunalbau und

Wohnungsbau bieten nach kurzen Impulsvorträgen in Workshops eine individuelle Holzbauberatung an. In diesen Gesprächskreisen werden die Fragen der Teilnehmer besprochen, diskutiert und Lösungen erarbeitet. Praxisbeispiele zeigen, dass Holz für alle vier oben genannten Bereiche der geeignete Baustoff ist, mit dem sich Baulösungen realisieren lassen, die ganz auf die individuellen Bedürfnisse und Wünsche der Bauherren zugeschnitten werden können.

Beitrag zu positiver Klimabilanz

Das globale Thema Klimawandel trifft auch die Kommunen. Klimaschutz wird gefordert und gefördert. Holzbauten können einen großen Beitrag zu einer positiven Klimabilanz leisten. Jeder Kubikmeter Holz speichert eine Tonne CO₂. Bauen mit Holz ist also klimagerecht.

Holz ist zudem langlebig: Bauwerke aus dem Mittelalter zeigen, dass Holz bei richtiger Anwendung Jahrhunderte überdauern kann. Seien es beeindruckende Verbindungen von Holz und Stein in Fachwerkkonstruktionen oder aus der Gründerzeiten stammende Gebäude mit hohem Holzanteil. Holz bereichert seit jeher die Architektur in den Städten.

Holz ist auch schön: Aktuell kommt dieses altbewährte Baumaterial in ganz neuen Verarbeitungsformen und in neuen Funktionen wieder in die Städte zurück. Durch seine individuellen Maserungen verschafft Holz jedem Raum und jedem Möbelstück einen einzigartigen Charakter.

Holzbau in der Praxis – Landwirtschaftliches Bauen

Bei landwirtschaftlichen Bauten und bei Einfamilienhäusern verzeichnet die Holzverwendung schon seit Langem deutliche Steigerungen. Landwirtschaftliches Bauen gilt seit jeher als Zugpferd des Holzbaus. Mit rund 30 Prozent verzeichnet dieser Bereich die höchste Holzbauquote in Bayern. Die Gründe liegen auf der Hand: Viele Landwirte besitzen selbst Wald und können so den Rohstoff quasi vor der Haustüre produzieren. Das spart Zeit und schon den Geldbeutel. Moderne Stallungen aus Holz in Modulbauweise ermöglichen Stallbau in jeder Größenordnung und erlauben bei Bedarf eine

zügige Erweiterung. So kann schnell und günstig auf geänderte Betriebsbedingungen reagiert werden. Zu diesen Themen steht den Teilnehmern des Forums der Architekt Jochen Simon von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft Rede und Antwort.

Holzbau in der Praxis – Wohnungsbau

Eine Holzbauquote von 20 Prozent beweist: schon jetzt wird jedes Fünfte Ein- oder Zweifamilienhaus aus Holz gebaut und Holz ist auch in diesem Bereich etabliert. Die Schaffung von neuem Wohnraum ist vor allem in den Ballungszentren ein großes Thema. Der Baustoff Holz bringt viele Eigenschaften mit, die ihn den städtischen Bereich erobern lassen. Die Möglichkeit, die einzelnen Bau-Module weitgehend in Produktionshallen vorfertigen zu können, verkürzt die Bauzeit und damit die Lärm- und Baustellenbelastungen. Zudem hat Holz ein geringes Gewicht und eignet sich damit für die Aufstockung bereits bestehender Gebäude. So werden Wohnungen im verdichteten Raum geschaffen.

In Weilheim wird der Holzbauunternehmer Alexander Gumpf die Fragen der Teilnehmer beantworten, während in Traunstein der Holzbauperte Johann Peteratzinger von



Die „Häuser für Demenz-WGs und Familien“ in Weilheim von SCHANKULA Architekten wurden in Holzständerbauweise errichtet und sind ein Beispiel dafür, dass Holz ein idealer Baustoff für kommunales Bauen ist. Bild: Peer Prechtl

der Firma Huber und Sohn von seinen Praxiserfahrungen berichtet.

Holzbau in der Praxis – Kommunal- und Gewerbebau

Wenngleich der Holzbau in größeren Städten gerade bei mehrgeschossigen Bauten seine Renaissance feiert, sieht das in bayerischen klein- und mittelgroßen Städten noch ganz anders aus. Holz findet sich je nach Affinität und Umweltbewusstsein der Verantwortlichen vor allem im Kommunal- und Gewerbebau wieder. Hier werden die Architekten Regina

Gaigl und Martin Hirner für Fragen zur Verfügung stehen und mit den Teilnehmern diskutieren. Beispiele, wie das „Kinderhaus Holzkirchen“, gebaut in Brettsperrholz Konstruktion, zeigen, dass ein Kindergarten oder eine Schule aus Holz sich zunehmend großer Beliebtheit erfreuen und entsprechend bei Architekten und Fachplaner nachgefragt werden. Das wundert nicht: Ist der Rohstoff doch klimagerecht, langlebig und schön.

Weitere Informationen, Programm und Anmeldung unter: <http://proholz-bayern.de/bauen-mit-holz-klimagerecht-langlebig-und-schoen.html> □

Kommunales Wohnraumförderprogramm:

Jährlich 150 Mio. Euro aus Landesmitteln

Bauminister Herrmann für schnelleren Wohnungsbau

Das Kommunale Wohnraumförderprogramm (KommWFP) als zweite Säule des Wohnungspakts Bayern erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Seit dem Start des Programms im letzten Jahr hat der Freistaat eine Vielzahl von Kommunen in allen sieben Regierungsbezirken mit insgesamt 54,4 Millionen Euro beim Wohnungsbau unterstützt. Dies sagte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann mit Blick auf die aktuelle Entwicklung.

Mit dem Wohnungspakt Bayern will der Freistaat die zügige Schaffung von Wohnraum für alle fördern. Dadurch sollen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen von Wohnkosten entlastet werden. Das Wohnraumförderprogramm richtet sich speziell an die Städte und Gemeinden, erläuterte der Bauminister. Erfreulicherweise steige das Interesse hierfür bei Bayerns Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern stetig. Ebenso habe sich die Nachfrage deutlich erhöht. Von den knapp 1.000 Wohnungen, die derzeit entstünden, könnten noch in diesem Jahr ca. 270 Unterkünfte bezogen werden.

Günstige Konditionen

Im Rahmen des Wohnraumförderprogramms, das bis 2019 ca. 600 Millionen Euro an Finanzmitteln bereitstelle, unterstütze der Freistaat die Kommunen auch bei der Planung und dem Bau von neuen Mietwohnungen. Hierfür gebe es verstärkt Zuschüsse in Höhe

von 30% der zuwendungsfähigen Gesamtkosten. Bei Bedarf komme sogar ein zinsgünstiges Kapitalmarktdarlehen von bis zu 60% dieser Gesamtkosten hinzu.

Mittel verstärkt nutzen

Die besonders günstigen Konditionen dienen vor allem als Anreiz dafür, dass die Gemeinden neben den privaten, genossenschaftlichen und kommunalen Wohnungsunternehmen auch selbst im Wohnungsbau tätig werden. Die Belegung der Unterkünfte erfolge dann durch die Städte und Gemeinden. So könnten diese selbst für die Schaffung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und deren Erhalt sorgen. Insgesamt stelle der Freistaat für das Programm pro Jahr 150 Millionen Euro aus Landesmitteln bereit, führte Herrmann aus.

Abschließend appellierte der Minister an die Kommunen, die bereitstehenden Mittel verstärkt zu nutzen und selbst als Bauherr aufzutreten. **rm**

proHolz

Bayern

Einladung zum Interaktiven Forum

Bauen mit Holz klimagerecht, langlebig, schön

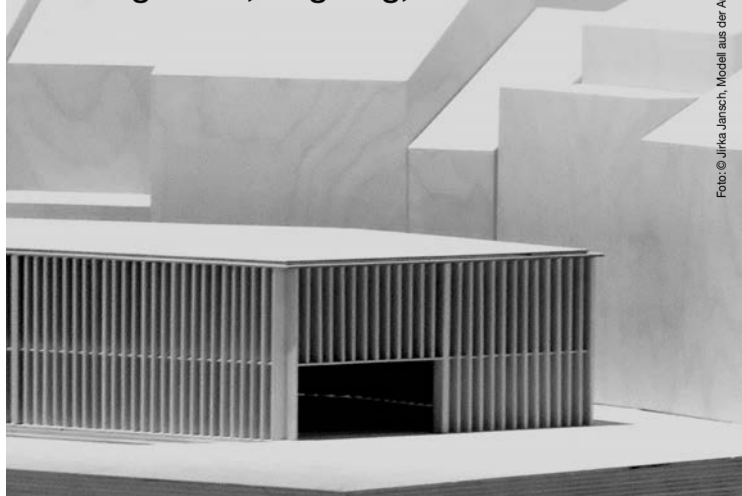


Foto: © Jilka Jansch, Modell aus der Ausstellung „Bauen mit Holz“

Interaktives Forum zum Holzbau in seinen vielfältigen Möglichkeiten – vom Wohnungs- über den Gewerbebau bis hin zu kommunalen und landwirtschaftlichen Bauten.

06. Oktober 2017 | Weilheim
17. November 2017 | Traunstein

Programm und Anmeldung unter: www.proholz-bayern.de

Kreislauf- und Recyclingwirtschaft:

Verbändemanifest zur Bundestagswahl

Die Verbände der Kreislauf- und Recyclingwirtschaft, darunter BDSV, BDE, bvse und VBS, haben sich im Vorfeld der Bundestagswahl mit der Forderung an Politik und Öffentlichkeit gewandt, eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft umzusetzen. „Die nächste Legislaturperiode entscheidet, ob unser Land kraftvoll in das Rennen um die modernsten Umwelttechnologien zurückkehrt. Es wird sich zeigen, ob der Recyclingweltmeister Deutschland seiner Rolle gerecht wird“, heißt es in dem Manifest.

„Obwohl die Potenziale, die noch gehoben werden könnten, bekannt sind, legt die deutsche Umweltpolitik den Akteuren Fesseln an. Die Kreislaufwirtschaft kämpft mit wettbewerbsfeindlichen Regelungen. Eine aggressive Staatswirtschaft frisst sich in das Fleisch der Unternehmen, die zusätzlich systematisch gegenüber Staatsbetrieben auf Kommunalebene benachteiligt werden“, betonen die Verbände.

An der Kreislaufwirtschaft hängen 250.000 Arbeitsplätze und eine Bruttowertschöpfung von 25 Milliarden Euro im Jahr. Deutschland habe die Chance, „dass Made in Germany bald nicht nur für Qualität, sondern auch für ökonomische und ökologische Vernunft steht“. Diese Chance gelte es zu nutzen.

Die Verbände fordern, dass Recyclingmaterialien weltweit am freien Warenverkehr teilhaben können. Nationale oder auch europäische Abschottungsmechanismen für Recyclingmaterialien seien wettbewerbs- und damit zugleich innovationsfeindlich. Für Sekundärrohstoffe müssten grundsätzlich die gleichen Marktvorgaben wie für Primärrohstoffe gelten.

Gefordert wird zudem ein europaweites Deponieverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle. Deutschland habe das strikte Deponieverbot 2005 eingeführt. Damit die Erderwärmung nachhaltig gestoppt wird, müsse zumindest europaweit gelten, dass Siedlungsabfall nur nach Trennung sämtlicher Wertstoffe und Behandlung biogener Reste deponiert wird.

„Kreislaufwirtschaft muss Teil der Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern werden, deren Umweltschutz noch in den Kin-

derschuhen steckt“, lautet ein weiterer Appell. Damit fördere Deutschland den Export von Know-how und leiste einen wichtigen Beitrag zur globalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Zudem gelte es, das Kreislaufwirtschaftsgesetz zu novellieren, „zumindest in den §§ 17 und 18, um gewerbliche Sammlungen nicht faktisch immer weiter zu verdrängen“. Auch sei das Elektroggesetz zu überprüfen.

Massive Einschränkung gewerblicher Sammlungen

Den Verbänden zufolge haben die bestehenden Regelungen in der Praxis die gewerblichen Sammlungen massiv eingeschränkt: Profiteure der behördlichen Untersagungen seien staatliche Entsorger. In Teilen Deutschlands hätten sie bereits flächendeckend die Sammlung aller Siedlungsabfälle an sich gezogen. Private Entsorger würden vom Markt ausgeschlossen. Im Geltungsbereich des Elektroggesetzes sei die geteilte Produktverantwortung gescheitert und hinter den Optierungen der Kommunen steckten bloße Deckungsbeitragssteigerungen.

Gefordert wird darüber hinaus die Abschaffung des Umsatzsteuerprivilegs für staatliche Entsorger, verschärfe dieses doch die wettbewerbliche Schieflage in der Kreislaufwirtschaft. Private Unternehmen können diesen unfairen Preisvorteil häufig nicht kompensieren.

Künftig soll es auch möglich sein, kommunale Abfall- und Wassergebühren durch das Bundeskartellamt zu überprüfen. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen müsse die Marktmissbrauchskontrolle auch

bei öffentlich-rechtlichen Gebühren wieder ermöglichen.

Gefordert wird neben einer Mantelverordnung zum Umgang mit mineralischen Abfällen und Böden, „damit endlich die 16 unterschiedlichen Länderregelungen durch ein bundesweites, praktisches und nachhaltiges Regelwerk abgelöst werden“ auch eine Klärstellung der Abfallerzeugereigenschaften des Bauherren. Dieser müsse gemäß dem Verursacherprinzip die Informationspflicht gegenüber dem Auftragnehmer für aus seinem Besitz stammende gefährliche Stoffe in der Gebäudesubstanz erhalten.

Zudem soll das EU-Umweltzeichen dahingehend weiter entwickelt werden, die Recyclebarkeit und den Einsatz von Recyclingrohstoffen in Produkten auszuweisen. Darüber hinaus sollte auch der Bund mit gutem Beispiel vorangehen und verstärkt Recyclingprodukte einsetzen.

„Wir fordern eine von der Bundesregierung initiierte Konzeption hinsichtlich der grundlegenden Anforderungen an die Qualitätssicherung der Erfassung von Elektroaltgeräten“, heißt es weiter. Die zerstörungsfreie Erfassung sei eine Grundvoraussetzung für die hochwertige Abfallbehandlung.

Ferner soll laut Verbänden die Wirkweise von Humusdüngern im Düngerecht stärker berücksichtigt werden. Komposte aus getrennt erfassten Bioabfällen aus Haushalten müssten spezifische Regelungen beim Nährstoffvergleich, den Sperrzeiten und der Aufbringungsobergrenze bekommen. Die aktuellen Vorschläge in der Düngeverordnung sähen weitreichende Anwendungsbeschränkungen für organische Düngemittel vor, auch für die Humusdünger. Dabei werde allerdings zu wenig berücksichtigt, wie sich diese organischen Dünger verhalten und zu welchem Zweck sie eingesetzt werden. **DK**

Abfallvermeidung in den Kommunen:

Initiativen und Konzepte

Fachtagung des Bayerischen Landesamts für Umwelt in München

In den Kommunen fallen große Mengen Siedlungs- und Bauabfälle an. Die Städte und Gemeinden sind aufgerufen, bei ihnen bereits bestehende Initiativen zur Vermeidung von Abfällen (Sozialkaufhäuser, Repair Cafés etc.) zu recherchieren und die Erhebung um Möglichkeiten der Vermeidung in der eigenen Verwaltung zu ergänzen. Über Initiativen und Konzepte bei der Abfallvermeidung in den Kommunen informierte nunmehr das Bayerische Landesamt für Umwelt im Rahmen einer Fachtagung in München.

Dr. Henning Wilts, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH, wies darauf hin, dass Kommunen als zentraler Akteur der Abfallvermeidung nicht „verantwortlich“ für die Entstehung von Abfällen, jedoch näher an den Akteuren seien. Abfallvermeidung sei bisher noch das zentrale Alleinstellungsmerkmal der kommunalen Abfallwirtschaft. Mehr Austausch und Koordination seien notwendig – nicht jeder brauche das Rad immer wieder neu zu erfinden. Selbst in der Beauftragung gebe es noch erhebliche Potenziale zur Stärkung der Abfallvermeidung.

Nützliche Instrumente

Glaubwürdig kommunizierte Ziele könnten gute Anreize für die Abfallvermeidung sein, fuhr Wilts fort; insbesondere quantifizierte Ziele stellten sich dabei als nützliche Instrumente dar. Langfristige Ziele ermöglichten es auch den Wirtschaftsakteuren, ihre Produktionsprozesse oder Geschäftsmodelle an diese Zielvorgaben anzupassen und möglicherweise notwendige Investitionen langfristig zu planen. Dringend notwendig sei daher die Entwicklung innovativer Methoden, mit denen die jeweiligen Abfallvermeidungsmaßnahmen in ihrer Effizienz beurteilt werden können.

Mit Blick auf die Diskussionen zur Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft werden aus Wilts Sicht in Zukunft die langfristigen Innovationsimpulse stärker in den Fokus geraten, die durch intelligente Ab-

fallvermeidungspolitik ausgelöst werden könnten.

Hilfe zur Selbsthilfe

Laut Danielle Rodarius und Julia Stanger vom Zentrum für Nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern sammelt die Berliner Stadtreinigung pro Jahr 15.000 Tonnen Elektroschrott, Tendenz steigend. Reparatur-Initiativen wie Reparatur-Treffs oder Reparatur-Bars könnten hier Abhilfe schaffen. Gemeinsam reparieren meine nicht „kostenloser Reparatur-Service“, sondern gemeinschaftlich organisierte Hilfe zur Selbsthilfe. Getragen würden die Veranstaltung von ehrenamtlich engagierten Helfern und Reparierenden, die ihr Wissen und Können freiwillig und unentgeltlich zur Verfügung stellen, weil sie Interesse an Technik, Selbermachen und Werken haben.

In Bayern sei die Zahl an Reparatur-Initiativen deutlich gewachsen: Waren es im Januar 2014 noch 40 Initiativen, konnten im August 2015 270 Initiativen und im Januar 2017 bereits über 600 Initiativen gezählt werden.

Verlorene Ressourcen

„Coffee to go“ wird auch in Bayern immer beliebter. Bislang wird er meist in Einwegbechern ausgedient. Dabei verbrauchen Einwegbecher große Mengen an Ressourcen und ihre Lebensdauer ist kurz. Nach durchschnittlich 15 Minuten werden sie zu Abfall. Pro Jahr kommt in Deutschland durch

Coffee to go-Becher eine unvorstellbare Menge zusammen: Stündlich werden rund 320.000 Einwegbecher in Deutschland verbraucht. Das macht rund drei Milliarden Becher im Jahr. Für deren Herstellung werden zehntausende Tonnen Holz und Kunststoff sowie Milliarden Liter an Wasser benötigt. Diese Ressourcen gehen verloren, da ein Recycling hier große Probleme bereitet.

Wie Fabian Eckert und Florian Pachaly, Gründer des Start-up-Unternehmens „reCup“ aus Rosenheim darlegten, bietet ihre Firma einen Rundumservice für Betriebe in Rosenheim, die umweltfreundliche Mehrwegbecher im Rahmen eines Pfandsystems einsetzen wollen. Mit diesem Share-System können deutschlandweit Kaffeetassen geliehen und zurückgegeben werden. Somit wird viel Müll vermieden.

Einfaches Share-System

Das Prinzip des Pfandsystems ist denkbar einfach: Der bis zu 500 Mal wiederverwendbare reCup soll in so vielen Cafés, Bäckereien und Restaurants wie möglich zur Verfügung stehen. Kauft man seinen Kaffee im reCup, zahlt man einen Euro Pfand. Bei allen reCup-Partnern kann man den leeren Coffee-to-go-Becher wieder abgeben und erhält sein Pfand zurück. Die Becher werden vor Ort gereinigt und sofort wieder eingesetzt.

Nach den Worten der beiden Jungunternehmer „ist es unsere Vision, das Coffee-to-go-Geschäft dahingehend zu revolutionieren, dass der Kaffee im Einwegbecher für immer von der Bildfläche verschwindet und somit wertvolle Ressourcen geschont werden“.

Laut AWM-Werkleiter Helmut Schmidt, der über Maßnahmen zur Abfallvermeidung in München informierte, zählen

hierzu Altkleidersammlungen, ein Gebrauchtwarenkaufhaus und die Kooperation mit Sozialbetrieben. Das Münchner Flohmarktportal, ein Verschenk- und Tauschportal, ein Secondhand- und Reparaturführer, ein Leihlexikon, ein Geschirrmobil sowie Upcycling-Ideen zum Selbstmachen ergänzten die umfangreiche Palette an Möglichkeiten.

AWM als Partner nachhaltiger Lebensstile

Wie Schmidt hervorhob, werde die Landeshauptstadt München weiterhin die Wiederverwendung von Gebrauchsgegenständen fördern. Im Herbst werde sie eine neue Abfallvermeidungskampagne starten und Mehrweg-Initiativen unterstützen. Zudem bereite sie eine Kampagne zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen vor und unterstütze Sharing-Economy-Aktivitäten. Der Abfallwirtschaftsbetrieb München werde sich als Partner nachhaltiger Lebensstile etablieren.

Für geändertes Konsumverhalten

Grundsätzlich, so der Werkleiter, reichten die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen nicht aus, um den ökologischen Fußabdruck auf ein verträgliches Maß zu reduzieren. Effektiver Ressourcenschutz gelinge nur mit neuen Produkten und einem geänderten Konsumverhalten. Neben Effizienz-Themen müssten auch Konsistenz- und Suffizienz-Aspekte in den Fokus der Politik gerückt werden. Die Preise müssten die ökologische Wahrheit sagen. Appelle und

freiwillige Selbstverpflichtungen reichten nicht, um eine nachhaltige Ressourcenpolitik zu betreiben.

Jürgen Morlok vom Landratsamt Aschaffenburg stellte seinerseits die Börse für historische Baustoffe des Landkreises Aschaffenburg vor. Vermittelt werden hier Baumaterialien zwischen Abnehmern und Abgebern. Der Landkreis Aschaffenburg vermittelt nur zwischen den Interessenten, übernimmt aber keine Baumaterialien und betreibt kein Materiallager. Dies wird professionellen Baustoffhändlern, die mit historischen Materialien handeln, überlassen.

Börse für historische Baustoffe

„Durch die Börse für historische Baustoffe sind sicherlich mehrere hundert, vielleicht auch mehr als 1.000 Tonnen Abfälle, vermieden und analog ihrer ursprünglichen Bestimmung wieder eingesetzt worden“, berichtete Morlok. Neben der Vermeidung von Abfällen wurden auch CO₂-Emissionen eingespart, da keine neuen Dachziegel und Ziegelsteine gebrannt werden mussten und Transportwege für Baustoffe verkürzt wurden.

Genauso bedeutsam sei allerdings, dass wertvolle und teure handgemachte Baustoffe geteilt und somit für die Nachwelt bewahrt werden konnten – „so sind diese nicht unwiederbringlich verloren gegangen wie in den Jahren zuvor, als Millionen Tonnen historischer Materialien meist ungeordnet deponiert und verbrannt wurden“, stellte Morlok fest.

Der Charme alter Baustoffe durch Patina und Gebrauchs-

spuren sei nicht zu reproduzieren. Ferner könnten durch die Verwendung historischer Baustoffe bestehende historische Gebäude saniert und restauriert und somit länger originalgetreu für die Nachwelt erhalten werden, was von bauhistorischer sowie volkskundlicher Bedeutung und ortsbildprägend sei.

Man kennt das: Es gibt Dinge in Keller, Speicher und Garage, die man nicht mehr braucht, die aber zu schade sind zum Wegwerfen. Also wohin damit? Zurück in den täglichen Gebrauch – das ist das Ziel der Aktion „Gebraucht & Gut“, die das kommunale Entsorgungsunternehmen VIVO gemeinsam mit dem Kreisverband des Bayerischen Roten Kreuzes (BRK), der Diakonie in Rosenheim und den Oberland-Werkstätten in Miesbach zusammen mit sozialen Einrichtungen durchführte.

Miesbacher Projekte

Wie Dr. Martina Peters, VIVO KU, Wangau, unterstrich, stellt das Kommunalunternehmen die reibungslose und hochwertige Abfallentsorgung und -verwertung im Landkreis Miesbach sicher. Darüber hinaus sei seine Umweltpolitik auf eine ökologisch und ökonomisch möglichst vorbildhafte Kreislaufwirtschaft ausgerichtet.

Als weitere Abfallvermeidungsprojekte im Landkreis Miesbach 2016/17 führte Peters den Betrieb eines Flohmarktes auf dem Gelände des Wertstoffzentrums, ein Abfallvermeidungsprojekt mit weiterführenden Schulen sowie die Umstellung des Reklamationsverfahrens auf papierlos seit 1. Januar 2016 an.

DK

Umweltministerin Ulrike Scharf:

Sicherer Umgang mit Klinikmüll

Bayerische Gewerbeaufsicht prüft verstärkt Krankenhäuser und Labore

Die Bayerische Gewerbeaufsicht sorgt für Sicherheit im Alltag. So wurden vor kurzem im Rahmen von Schwerpunkttaktionen Krankenhäuser, Labore und größere Arztpraxen daraufhin überprüft, ob die gesetzlichen Vorgaben zum sicheren Umgang mit gefährlichen Stoffen eingehalten werden.

Die bayerische Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf betonte dazu in München: „Die Bayerische Gewerbeaufsicht sorgt für die Sicherheit der Bürger. Die Menschen vertrauen darauf, dass im Krankenhaus höchste Standards für den Schutz der Allgemeinheit vor gefährlichen Stoffen eingehalten werden. Garant dafür sind die Qualifikation und das Verantwortungsbewusstsein des Personals. Die Kontrolle und Beratung durch die Bayerische Gewerbeaufsicht sind wesentliche Eckpfeiler zur Gewährleistung der Sicherheit von Umwelt und Bürgern.“

Sichere Verpackung

Die Bayerische Gewerbeaufsicht hat ein halbes Jahr lang schwerpunktmäßig Krankenhäuser, Labore, Kliniken und größere Arztpraxen auf die Einhaltung von gefahrgutrechtlichen Anforderungen überprüft. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die sichere Verpackung und

ordnungsgemäße Kennzeichnung von Gefahrgütern gelegt, beispielsweise bei Desinfek-



Ulrike Scharf. □

tionen- und Reinigungsmitteln oder medizinischen Proben.

Im Ergebnis zeigte sich, dass insbesondere bei größeren Krankenhäusern oder Universitätskliniken die Einhaltung der Gefahrgutvorschriften meist

unproblematisch gegeben war. Vereinzelt Aufklärungsbedarf durch die Gewerbeaufsicht gab es in kleineren und mittleren Einrichtungen. Die von der Gewerbeaufsicht festgestellten Mängel umfassten beispielsweise den Versand von Proben oder die Beschriftung von bestimmten Abfällen. In einigen Einrichtungen hat die Gewerbeaufsicht den jeweiligen Betreiber zudem dazu angehalten, den Schulungsstand des Personals im Hinblick auf Vorschriften zum Umgang mit Gefahrgut zu intensivieren.

Regelmäßige Kontrolle

Die Bayerische Gewerbeaufsicht überprüft seit 2006 regelmäßig medizinische Einrichtungen insbesondere im Hinblick auf die Hygienestandards. Gleichzeitig beraten die Beamten die Beschäftigten in den Praxen bei der Umsetzung aktueller Standards bei der hygienischen Aufbereitung. Unter anderem wird die hygienische Aufbereitung von Medizinprodukten in Krankenhäusern, ambulanten OP-Einrichtungen und Zahnarztpraxen regelmäßig kontrolliert. □

Jetzt kostenlos informieren: 0800 0 372 372

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

www.esb.de/kommunen

Deutscher Landschaftspflegetag 2017 in Regensburg:

Perspektivwechsel beim DVL

Wie sich gewachsene Kulturlandschaften in ganz Europa dauerhaft sichern lassen, stand im Mittelpunkt des Deutschen Landschaftspflegetags in Regensburg. Bei der dreitägigen Fachtagung, die der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) und die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege organisierten, trafen sich 250 Vertreter aus Landschaftspflege, Naturschutz, Landwirtschaft und Politik.

Da die Gemeinsame Agrarpolitik der EU die Entwicklung der Kulturlandschaften wesentlich beeinflusst, wurde zu Tagungsbeginn ihre künftige Ausrichtung diskutiert. Darüber hinaus wurden verschiedene Themenbereiche der Landschaftspflege in zahlreichen Vorträgen der Fachforen vertieft betrachtet. Zum Beispiel zeigte das Forum „Landscape Europe“, wie Organisationen aus anderen Staaten Europas in der Landschaftspflege arbeiten. Diskutiert wurde dort auch, wie eine grenzüberschreitende, europäische Organisation „Landscape Europe“ entstehen kann.

Regionale Vermarktung

Aktuellen Trends beim Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten widmete sich das Forum „Regionale Vermarktung und Landschaftspflege“. In einem weiteren Forum „Biodiversität und Landwirtschaft“ wurden Modelle vorgestellt, mit denen auch bei aktueller Landwirtschaft mehr Platz für Arten in der Feldflur entsteht.

Drei Exkursionen rund um Regensburg nahmen die Themen der Fachforen auf und zeigten anhand erfolgreicher Projekte, wie die Umsetzung gelingt. Vom Landschaftspflegeverband Re-

gensburg erfuhren die Teilnehmer, wie es mit Hilfe unterschiedlicher Förderprogramme gelingt, in der Landschaft des tertiären Hügellands eine ökologische Vielfalt zu gestalten. An den Kelheimwinzerer Hängen berichtete der Landschaftspflegeverband Kelheim VöF e.V. von der Entwicklung der Kulturlandschaft seit der Römerzeit. Der Landschaftspflegeverband Neumarkt/Oberpfalz stellte wiederum das Projekt „Juradist“ vor, dessen Ziel der Schutz gefährdeter Tier- und Pflanzenarten im Oberpfälzer Jura ist.

Alpenexkursion

Im Anschluss an die Landschaftspflegetage bot die Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege eine Alpenexkursion in den Nationalpark Berchtesgaden an. Unter dem Motto „Naturschutz und Nutzung“ wanderten die Teilnehmenden zum Hintersee. Ranger erläuterten Hintergründe zur Almwirtschaft und zur natürlichen Dynamik, die durch Felsstürze und Lawinen entsteht, während Experten aktuelle Trends zu Tourismus und Umweltbildung präsentierten.

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) nahm

den bundesweiten Landschaftspflegetag zum Anlass, dazu aufzufordern, die Leistungen der Landwirte für das Gemeinwohl gezielter zu honorieren. Verbandsvorsitzender Josef Göppel MdB, appellierte in Richtung der europäischen Agrar- und Umweltpolitik, diejenigen Bauern finanziell besser zu unterstützen, die einen aktiven Beitrag zum Schutz der vielfältigen Kulturlandschaften leisten. Nur so könne die biologische Vielfalt stabilisiert werden. „Die Landwirte müssen auf freiwilliger Basis und mit passenden Anreizen gewonnen werden. Nur so erreichen wir die Trendwende zu einer nachhaltigeren europäischen Agrarpolitik“, erklärte Göppel.

Gemeinwohlprämie

Erreichen will dies der DVL mit der „Gemeinwohlprämie“, einem Fördermodell, das auch in Brüssel intensiv diskutiert wird und sich von den bisherigen Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik abhebt. Diejenigen Landwirte, die mehr Gemeinwohlleistungen im Bereich Biodiversität, Klima- und Gewässerschutz erbringen, sollten künftig mehr Prämie bekommen. Auch können Landwirte aus unternehmerischer Sicht frei entscheiden, auf welchen Betriebsflächen Gemeinwohlleistungen oder Produktion im Vordergrund stehen sollen.

„Wir wechseln damit bewusst die Perspektive“, stellte Göppel fest. Während bisher den Landwirten bestimmte Hürden ge-

setzt wurden, um Zahlungen wie die Greeningprämie zu erhalten, werden mit der Gemeinwohlprämie die aktuell erbrachten Umweltleistungen über Punkte bewertet und entgolten. Landwirte können über einen Betriebsrechner die Wirtschaftlichkeit weiterer Umweltmaßnahmen kalkulieren und entscheiden, ob es sich lohnt, mehr Nahrungsmittel oder mehr Umweltleistungen zu produzieren.

Wie die bisherigen Erfahrungen aus einem Modellprojekt in Schleswig-Holstein mit 100 Betrieben zeigen, extensivieren Landwirte vor allem auf unproduktiven Standorten und erhöhen damit ihre betriebliche Punktzahl – ein Win-win-Effekt. Oft sind genau diese Flächen für seltene Tier- und Pflanzenarten interessant.

Landschaftspflegepreis

Der Deutsche Landschaftspflegetag bildete auch den Rahmen für die Vergabe des Deutschen Landschaftspflegepreises 2017. Zwei Projekte und fünf Personen wurden im historischen Reichssaal für ihre herausragenden Leistungen zum Erhalt und zur Entwicklung der Kulturlandschaften ausgezeichnet. Bayerns Umweltministerin Ulrike Scharf würdigte die Preisträger. Jürgen Huber, Bürgermeister der Stadt Regensburg und Verbandsvorsitzender Göppel überreichten die Preise.

Der erste Preis in der Kategorie „Innovative Projekte“ ging an ein Gemeinschaftsprojekt der vier Landschaftspflegeverbände Amberg-Sulzbach, Neumarkt, Regensburg und Schwandorf für das Projekt „Biodiversitätsprojekt Juradist – Biologische Vielfalt im Oberpfälzer Jura“ (siehe Bild). Den zweiten Preis erhielt der Verein Sächsische Schweiz-Ostgebirge e.V., der mit dem Projekt „Goldmarie sucht Eremit & Co“ punkten konnte.

Preisträger

Das Wirken von Rudolf Sirch und Gerhard Süßmaier, Landwirte des LPV Stadt Augsburg, würdigte der DVL mit dem ersten Preis in der Kategorie „Engagierte Personen“. Der zweite Preis wurde Heinrich Faatz aus dem Landkreis Bamberg verliehen. Neben seiner Tätigkeit als erster Bürgermeister der Gemeinde Walsdorf ist Faatz nicht nur praktizierender Landwirt und Kreisobmann des Bauernverbandes, sondern auch als Mitglied im Kreisrat tätig. Vor 25 Jahren trug er maßgeblich zur Gründung des LPV Landkreis Bamberg bei und ist seit 15 Jahren 1. Vorsitzender dieses Verbands. Diverse Projekte wie z.B. zum Erhalt des Dunklen Wiesenknopf-Ameisen-Bläulings oder dem „Beweidungsprojekt Aurachochse“ unterstützt der Preisträger mit großem Engagement.

Mit Mut und Weitsicht

In der Kategorie „Private Förderer von Naturschutz und Landschaftspflegeprojekten“ ehrte der DVL schließlich den Einsatz von Josef Homeier und Konrad Seilbeck aus dem Wasserwirtschaftsamt Regensburg mit einem undotierten Sonderpreis. Beide Preisträger haben in beispielgebender Weise vorbildlich zur Partnerschaft zwischen den Landschaftspflegeverbänden und den Wasserwirtschaftsämtern in ganz Bayern beigetragen. Mit Weitsicht und Mut zu neuen Denkweisen sowie unter Ausschöpfung aller behördlichen Möglichkeiten wurden innovative Projekte und Partnerschaften begründet. Ergebnis ist das „Regensburger Modell“, eine vorbildliche Zusammenarbeit von Wasserwirtschaftsamt und Landschaftspflegeverband. **DK**



Ehrung des Juradistprojekts im Reichssaal mit Regierungspräsident Axel Bartelt (hinten links). Weiter auf dem Bild unter anderem die Landräte aus Neumarkt, Schwandorf und Regensburg, die Geschäftsführer der jeweiligen Landschaftspflegeverbände und der stellvertretende Vorsitzende des LPV Amberg-Sulzbach mit Söhnen. **□**

BayWa ist neuer Vertriebspartner von Holder

Die Max Holder GmbH, Metzgingen und die BayWa AG, München haben eine strategische Kooperation unterzeichnet. Seit 01.07.2017 vertreibt die BayWa AG in ihrem gesamten Vertriebsgebiet in Bayern, Württemberg und Sachsen die Fahrzeuge der Max Holder GmbH im Bereich Wein- und Obstbautechnik und wickelt die zugehörigen Serviceleistungen ab.

Zum 01.01.2018 wird die BayWa AG dann das gesamte Fahrzeug- und Anbaugeräteprogramm auch für die Kommunal- und Gewerbeteknik in ihr Programm integrieren und sowohl den Vertrieb als auch den Service in Bayern, Sachsen und im Großteil Württembergs übernehmen.

„Mit der Aufnahme des Holder Fahrzeugprogramms schließen wir eine Lücke in unserem Produktportfolio“, sagt Markus Leinfelder, Leiter PM Neumaschinen der BayWa AG. „Nach intensiven Recherchen und Verhandlungen haben wir uns für Holder entschieden, dessen Produktportfolio und Lösungsangebot ideal zu un-

seren Anforderungen und zu den Bedürfnissen unserer Kunden passt“, berichtet Markus Leinfelder weiter.

Andreas Vorig, Vorsitzender der Geschäftsführung der Max Holder GmbH, setzt vor allem auf die flächendeckende Präsenz der BayWa: „Mit ca. 200 Standorten im BayWa-Gebiet werden wir unseren Kunden ein professionelles und engmaschiges Servicenetz bieten. Außerdem hat uns die Vertriebsstärke mit über 35 Außendienstmitarbeitern überzeugt, diesen Schritt zu gehen und somit unsere Ziele für die nächsten Jahre zu abzusichern“, betont Andreas Vorig. **□**

Öffentliche Grünanlagen in Nürnberg:

Kritische Bewertung

Im Juli veranstaltete der Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern in Nürnberg die Roadshow „Grün in die Stadt“. Viele Bürger nutzten die Gelegenheit, sich über die positiven Aspekte städtischen Grüns zu informieren. Knapp 160 Besucher aus der Metropolregion Nürnberg beteiligten sich außerdem an einer Befragung zum Thema Stadtgrün in der Frankenmetropole – mit teilweise ernüchternden Ergebnissen.

Rund 60 Prozent der Befragten empfinden den derzeitigen Grünflächenanteil in der Stadt Nürnberg insgesamt als nicht zufriedenstellend. Unzufrieden mit dem Anteil an Grünanlagen in ihrem jeweiligen Stadtteil äußerten sich knapp 40 Prozent. Erfreulich: Eine öffentliche Grünfläche befindet sich bei 82 Prozent in der näheren Wohnumgebung. Bei der Frage nach der beziehungsweise Abnahme von Grünanlagen in ihrem jeweiligen Stadtteil in den letzten zehn Jahren vertreten über 80 Prozent die Ansicht, dass sich der Flächenanteil verringert habe oder gleich hoch geblieben sei.

Dabei ist die Nutzung von öffentlichem Grün den Bürgern wichtig für ihre Freizeitgestaltung: 42 Prozent besuchen Grünflächen in ihrem Stadtteil täglich, 35 Prozent wöchentlich, 13 Prozent monatlich und zehn Prozent verzichten gänzlich. Spitzenreiter bei den grünen Oasen ist die Wöhrder Wiese gefolgt vom Stadtpark, den Pegnitzauen und dem Volkspark Dutzendteich. Als Gründe für die Nutzung der Parkanlagen wurden hauptsächlich Erholung und Entspannung, gute Luft, sportliche Aktivitäten sowie weitere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung genannt. Dagegen halten ungepflegte Anlagen, Müll und Hundekot, Zeitmangel und schlechtes Wetter die Bürger von einem Parkbesuch ab. Zudem wirken sich Lärm und Menschenaufläufe sowie Drogenabhängige und Betrunkene abschreckend auf die Be-

sucher aus. Was sind aber die wichtigsten Eigenschaften einer Grünfläche, was wünschen sich die Nürnberger für ihre Stadt? Hier gab es vielfältige Vorschläge wie beispielsweise eine bessere Pflege der vorhandenen Parkanlagen und mehr Mülltonnen, eine großzügigere Gestaltung mit natürlicher Bepflanzung, hoher Pflanzenvielfalt und mehr Bäumen. Die Bürger legen darüber hinaus größten Wert auf Sitzplätze, Sportmöglichkeiten und Spielplätze für Kinder.

Mit mehr „Grün in die Stadt“ fordern die bayerischen Landschaftsgärtner die kontinuierliche Verbesserung der grünen Infrastruktur in Städten und Gemeinden. So seien in der Stadtentwicklung höhere Mindeststandards für die Grünversorgung und Pflege zu verankern – auch und gerade in der Frankenmetropole.

Ulrich Schäfer, Präsident des VGL Bayern: „Als Nürnberger kann ich die Kritik vieler Bürger sehr gut nachvollziehen. Beispielsweise gibt es zahlreiches Straßengrün mit ungepflegten Bäumen und Sträuchern, die nicht zur Zufriedenheit beitragen. Ich begrüße es daher, dass die Stadt Fördermittel in Höhe von rund 600.000 Euro aus dem neuen Bund-Länder-Programm „Zukunft Stadtgrün“ erhalten soll. Damit lassen sich zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der grünen Infrastruktur und des Stadtklimas durchführen – zugunsten einer hohen Lebensqualität in Nürnberg.“ **□**

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

BayWa



Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie mit dem Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Anbaugeräten
- Anhängern

Ihr verlässlicher Partner für:

- Winterdiensttechnik
- Grünflächenpflege
- Kehren und Reinigen

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

www.baywa.de/kommunal

Kennen Sie schon unsere umfassenden Service-Leistungen?
www.baywa.de/service

Henne Nutzfahrzeuge GmbH:

JCB-Produkte verstärken Portfolio

Vorführung neuester Technik auf der Baumaschinen- und Kommunaltechnikausstellung in Heimstetten

Als einer der größten Mercedes-Benz Unimog-Generalvertreter ist die Henne Nutzfahrzeuge GmbH schon lange ein starker Kommunaltechnikpartner im bayerischen Süden. Ab sofort verstärken Baumaschinen der Marke JCB das Portfolio des Unternehmens. Damit verfügt Henne Nutzfahrzeuge über eine umfangreiche Produktpalette, die für nahezu jeden Einsatzzweck das richtige Fahrzeug oder die richtige Maschine bereithält, wie auf der Baumaschinen- und Kommunaltechnikausstellung in Heimstetten eindrucksvoll demonstriert wurde.

Die Henne Nutzfahrzeuge GmbH ist seit 1. Februar diesen Jahres neuer JCB Vertriebspartner für Baumaschinen im Raum Bayern (Süd), die Landkreise Nordsachsen, Leipzig Land und die Stadt Leipzig sowie für große Teile Thüringens. Mit über 140 Mitarbeitern an insgesamt sechs Standorten in Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt ist Henne der größte zivile Unimog-Händler Europas. Für JCB wird mit dieser Verbindung an den drei Standorten Kirchheim-Heimstetten, Wiedemar bei Leipzig sowie Wurmansgrün (Landkreis Rottal-Inn) ein starker Partner etabliert.

Henne, früher direkt zugehörig zum Daimler-Konzern, gehört seit 2016 zur Gruma Nutzfahrzeuge GmbH, die vom Ampfinger Unternehmen Gruber Landtechnik 1975 gegründet wurde. Mit Gruma verbindet JCB seit über 25 Jahren eine erfolgreiche Partnerschaft. Gemeinsam erklärtes Ziel ist es, das Baumaschinengeschäft in Vertrieb, Vermietung und Service aufzubauen. Als etabliertes Unternehmen hat Henne eine gute Positionierung im Markt – insbesondere auch im kommunalen Sektor.

Gründerjahr 1945

Stephan C. Glahn, Unimog-Verkaufsleiter, Henne Nutzfahrzeuge GmbH in Wiedemar bei Leipzig und Geschäftsbereichsleiter JCB, verwies auf die Anfänge von JCB: Joseph Cyril Bamford (Mr. JCB) begann im Jahr

www.miet-e.com:

MIET-e: Elektro-Transporter einfach clever mieten

Neu-Ulm – Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge stellt ein neues, innovatives Mietkonzept für elektrische Kleintransporter für Industrie und Kommunen vor. Noch nie war der Umstieg in die Elektromobilität so einfach. Gerade Kommunen sind bei diesem Thema Vorreiter.

„Kompakt, kraftvoll, leise – und ohne Abgas“, sind die schlagenden Argumente beim Umstieg auf E-Mobilität. Denn die Diskussion um Feinstaub, Lärmbelastung sowie die permanente Verschärfung von Abgasnormen spitzt sich zu.

Mieten ohne Risiko

MIET-e ermöglicht den Nutzern der Fahrzeuge eine Langzeitmiete inklusive eines Rundum-Sorglos-Pakets ohne versteckte Kosten zu einer festen monatlichen Rate. Außer den Kosten für Strom und Kleinstreparaturen bis 100 Euro, kommen keine weiteren Ausgaben hinzu. „Im Anschluss an die Mietzeit oder wenn Sie schon vorher überzeugt sind, können die Fahrzeuge übernommen, zurück gegeben oder gegen ein neues Fahrzeug getauscht werden“, lautet das Angebot.

Die Miettransporter sind vom Marktführer in dieser Fahrzeugklasse – gut durchdacht, variabel im Aufbau und an jeder haushaltsüblichen 220V-Steckdose aufladbar. „Wir vermieten diese

1945, sein ingenieurtechnisches Talent zur Erfindung neuer Baumaschinen zu nutzen. Seither breitet sich das Familienunternehmen mit Sitz im englischen Staffordshire kontinuierlich auf dem Weltmarkt aus. JCB-Maschinen werden auf sechs Kontinenten eingesetzt und an knapp zwei Dutzend Standorten in Großbritannien, Brasilien, China, Nordamerika und Indien gefertigt.

Wie Glahn erläuterte, „halten wir JCB für ein absolut hochwertiges Produkt“. Mit seiner vielfältigen Palette – von der handgeführten Tandemwalze bis zum 40-Tonnen-Kettenbagger – bietet JCB für jeden Einsatz die richtige Maschine.

Produkte live erlebbar

Zahlreiche Besucher nutzen in Heimstetten die Gelegenheit, die Produkte live zu erleben und selbst auszuprobieren. Ein Team der JCB Deutschland GmbH stand bereit, um die neueste JCB-Technik bei Baggern, Radladern, Teleskopladern und allen anderen Baumaschinen vorzuführen und zu erklären.

JCB-Kompaktlader beispielsweise sind sicher, wirtschaftlich und zeichnen sich durch hohe Produktivität aus. Bei deren Konstruktion verfolgte JCB einen Ansatz mit einzigartiger Perspektive: Inspiriert durch die branchenführende LOADALL Teleskoplader-Reihe wurden die Kompaktlader in völlig neuartiger Ausführung konstruiert – mit nur einem Ausleger und seitlichem Kabineneinstieg.

Als wirtschaftlich, produktiv und vielseitig gelten JCB-Baggerlader. Der kleinste Baggerlader im Produktprogramm ist der ICX. Mit nur 1,4 Metern Breite und der Fähigkeit, sich dank seiner Kompaktlader-Bauweise um die eigene Achse zu drehen, lässt er sich auch unter extrem beengten Bedingungen einsetzen. Darüber hinaus wartet er mit einem Universal-Schnellwechsler und einem Seitenschub auf.

JCB-Baggerlader

Der 2CX, einer der kleineren JCB-Baggerlader, bietet mit seiner Allradlenkung exzellente Wendigkeit, während der Teleskopstiel für höchste Baggerleistungsdaten sorgt. ROPS/FOPS-Schutzdächer oder Kabinen bedeuten ein Höchstmaß an Sicherheit und Komfort. Die breite Auswahl an Anbaugeräten macht den 2CX zudem extrem vielseitig.

Die Flaggschiffe des Programms, der JCB 3CX Eco und der JCB 4CX Eco, sind außerordentlich wirtschaftliche Baggerlader für die meisten Einsatzszenarien. Die TorqueLock-Wandlerüberbrückung spart auf der Straße bis zu 25 Prozent Kraftstoff. Weitere Einsparungen bieten die Systeme EcoDig, EcoLoad und EcoRoad.

Mobilbagger

Manchmal benötigt ein Bagger mehr Wendigkeit und Vielseitigkeit, als mit Ketten möglich ist. Genau hier kommt die Baureihe der JCB Mobilbagger ins Spiel. Diese eignen sich ideal für sämtliche Bereiche, vom Tief- und Straßenbau bis zum Materialumschlag oder auch für die Vermietung. JCB-Bagger sind auf Zuverlässigkeit, Produktivität, Langlebigkeit und natürlich auf unabhängige Straßenfahrten aus-

gelegt.

Die Mobilbagger erreichen bis zu 30 km/h und liefern eine Produktivität, die sich mit der von Raupenbaggern vergleichen lässt. Zudem bieten sie den Vorteil geringerer Schäden an der Bodenoberfläche. Das Mobilbaggersortiment umfasst fünf Maschinen: Die Modelle JS145W und JS160W verfügen über den neuesten JCB 4,4-Liter-Dieselmotor, während die Modelle JS175W und JS200W mit Isuzu-Motoren ausgestattet sind. Beide Motoren sind weltweit für ihre Leistung, Zuverlässigkeit, Langlebigkeit, Kraftstoffeffizienz sowie geringe Geräuschentwicklung und Emissionen bekannt.

Ein Radlader wird praktisch ständig für die unterschiedlichsten Aufgaben benötigt, weshalb eine breite Palette an Ausführungen angeboten wird. Zusätzlich gibt es ein umfangreiches Angebot an Ausstattungsoptionen und Anbaugeräten.

Leistungstechnisch ist ein JCB-Radlader ein regelrechtes Kraftpaket mit hohem Drehmoment, einem optimalen Leistungsgehalt, hohen Losbrechkraften und massiver Traktion. All dies zusammen ergibt herausragende Arbeitsleistungen.

Teleskoplader

Das Maschinenprogramm der JCB-Teleskoplader steht für höchstes Niveau in puncto Leistung und Produktivität. Damit nicht genug – das JCB-Teleskopladerprogramm gehört zu den umfangreichsten der Welt und zeichnet sich durch besonders



In Heimstetten wurde die neueste JCB-Technik bei Baggern, Radladern, Teleskopladern und allen anderen Baumaschinen vorgeführt.

günstige Betriebskosten, unübertroffene Fertigungsqualität, beneidenswerte Vielseitigkeit sowie erstklassige Wiederverkaufswerte aus.

Die Reihe der JCB-Teleskoplader umfasst mehr als 30 Modelle – von kompakten Maschinen für beengte Einsatzorte bis hin zu Maschinen mit einer Nutzlast von 5 Tonnen und Hubhöhen bis 20 Meter. Hinzu kommt eine breite Auswahl an Anbaugeräten.

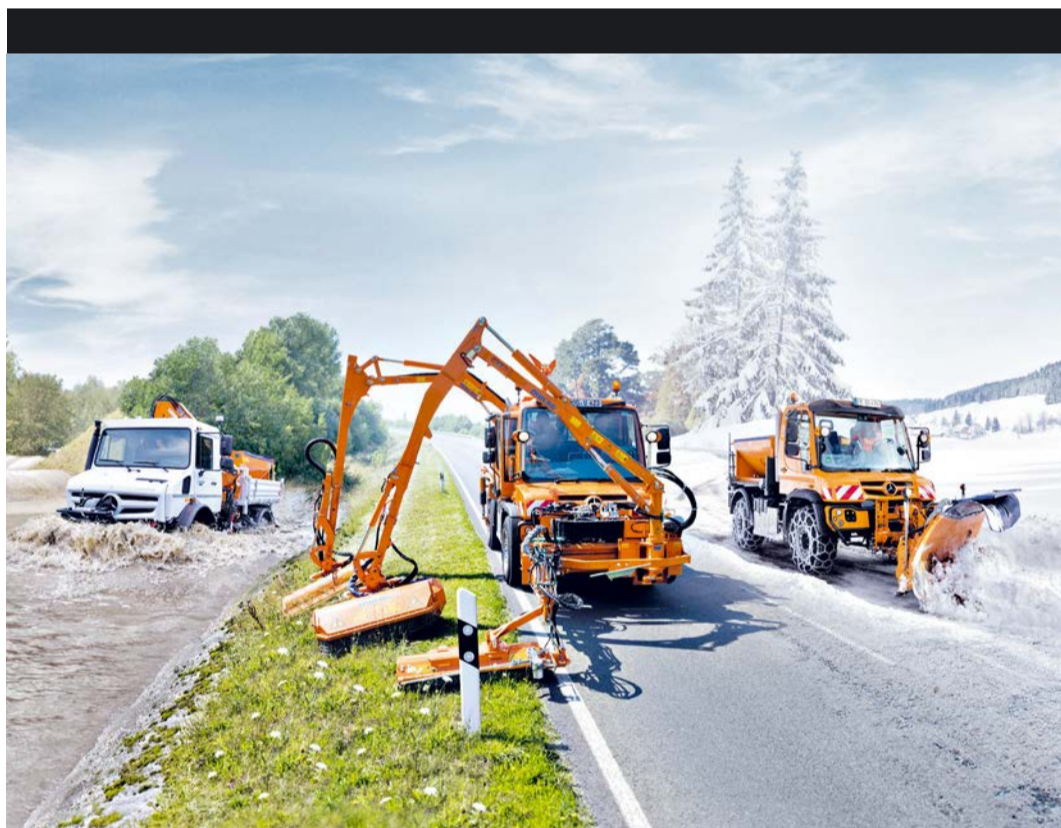
Optimale Wendigkeit

Die meisten JCB-Teleskoplader verfügen über den weltberühmten Dieselmotor. Zudem sind sämtliche Modelle auf optimale Wendigkeit ausgelegt und zeichnen sich durch drei Lenkarten aus. Darüber hinaus sind spezielle Ausstattungspakete

für Sonderanwendungen erhältlich, wie etwa die Wastemaster-Reihe.

Auf optimale Vielseitigkeit in Bereichen mit eingeschränktem Platzangebot ist wiederum die JCB-Reihe an Teleskopradladern ausgelegt. Der Teleskopradlader TM320 Wastemaster mit Ecomax-Motor bietet beispielsweise die bequemste, produktivste und sicherste Bedienposition. Das ± 10-Grad-Knick-Pendelgelenk sorgt ebenso für exzellente Zugkraft wie das Zentralgelenk für ständigen Bodenkontakt und der permanente Allradantrieb.

Zudem bieten all diese Maschinen ein Hydrauliksystem ohne Ölmengenteiler. Auf diese Weise können zwei Aufgaben gleichzeitig durchgeführt und die Ladezyklen verkürzt werden. **DK**



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden knapper. Verlangen Sie deshalb nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen. Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: ob besonders kompakt (U 216 / U 218), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).



Weitere Informationen finden Sie unter www.mercedes-benz.de/unimog

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Elektromobilität kann CO2-Emissionen verringern

Schon mit dem heutigen Kraftwerksmix sind elektrisch betriebene Fahrzeuge im Vergleich zu Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren in der Energiebilanz effizienter und tragen so zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes bei. Erhebliche Klimavorteile werden erreicht, sobald der Strom rein aus regenerativen Energiequellen gewonnen wird, zum Beispiel wenn der Strom direkt selbst erzeugt und verbraucht wird. Genau wie bei Wilhelm Mayer, auf dessen Dachflächen mit über 900 kWp eine der größten Photovoltaik-Anlagen im Stadtgebiet Ulm/Neu-Ulm installiert ist.

Lokaler Umweltschutz

Elektrofahrzeuge stoßen lokal keine Schadstoffe aus und sind zudem äußerst leise. Aus diesem Grund können Elektrofahrzeuge Städte, Gemeinden und Regionen von Schadstoffen, Feinstaub und Lärm befreien und so die Lebensqualität vor Ort steigern. Gerade bei Städten, die bereits erfolgreich ein Energiekonzept umsetzen, ist dieser Einstieg in die Elektromobilität das Gebot der Stunde. **DK**

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Jahreshauptversammlung der KPV Nürnberger Land:

Trinkl als Vorsitzende einstimmig bestätigt

Besuch bei der Dauphin HumanDesign Group
MdB Mortler stellt Kommunalbilanz der CDU/CSU vor

Bei der turnusgemäßen Jahreshauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Offenhausen beim Büromöbelanbieter Dauphin wurden die stellvertretende Landrätin Cornelia Trinkl als Kreisvorsitzende und der 1. Bürgermeister aus Neuhaus, Josef Springer, als Stellvertreter im Amt bestätigt. Die Winkelhaider Gemeinderätin Petra Lorenz wurde neu als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Thematischer Schwerpunkt an diesem Abend war die Kommunalpolitische Bilanz der Bundestagsabgeordneten Marlene Mortler.

Die CSU-Politikerin stellte ein breites Spektrum an kommunalpolitischen Themen, die auf Bundesebene bearbeitet wurden, vor. „Der Bund setzt sich unter Führung der Union intensiv für eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. Keine andere Bundesregierung hat die Kommunen so intensiv unterstützt wie die unionsge-

fürten Bundesregierungen der vergangenen Jahre“, so Mortler.

Entlastung der Kommunen

So habe der Bund mit der Übernahme der Kosten für die Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Kommunen deutlich entlastet. Im Jahr 2017 beträgt die Entlastungswirkung 7,13 Milliarden Euro. Obwohl der

Ausbau der Kleinkindbetreuung in die originäre verfassungsrechtlich geregelte Zuständigkeit der Länder fällt, hat der Bund den U3-Ausbau über das Sondervermögen „Kinderbetreuungsfinanzierung“ allein bis 2014 mit 5,4 Milliarden Euro unterstützt. Zwischenzeitlich wurde das bestehende Sondervermögen nochmals um 1,126 Milliarden aufgestockt, um auch Plätze für über dreijährige Kinder fördern zu können. Darüber hinaus hat sich der Bund mit einer Förderung von weiteren 400 Millionen Euro in den letzten Jahren aktiv an der Sprachförderung in den Kindertagesstätten beteiligt. Darüber hinaus stellt der Bund mit dem Kommunalinvestitionsförderbonds insgesamt rund 7 Milliarden Euro zur Förderung von Investitionen in finanzschwachen Kommunen zur Verfügung.

Aktuell laufen die Beratungen, den Verwendungszweck auszuweiten, damit der Bund auch in die kommunale Bildungsinfrastruktur investieren kann. Seit 2016 beteiligt sich der Bund auch strukturell, dauerhaft und dynamisch an den gesamtstaatlichen Asyl- und Flüchtlingskosten. 2016 waren im Haushalt 3,6 Mrd. Euro vorgesehen. Als weiteren Punkt nannte die Abgeordnete die vom Bund initiierten Denkmalschutzprogramme, die den Erhalt von Kulturdenkmälern ermöglichen und Aufträge vor allem für kleine und mittelständische Handwerksbetriebe sichern, so profitieren Kommunen in doppelter Weise.

Aktive KPV im Landkreis mit breitem Themenspektrum

Anschließend trug KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl ihren Jahresbericht vor. „Auch in den letzten beiden Jahren haben wir wieder viele Veranstaltungen wie Seminare, Fachgespräche und Sitzungen durchgeführt“, so die Vorsitzende in ihrem Tätigkeitsbericht.

Es fanden nicht nur Vorstandssitzungen statt, sondern auch viele andere Veranstaltungen, wie z.B. eine Betriebsbesichtigung bei der Kaiser Bräu Neuhaus, ein Ortsspaziergang in Ottensoos mit Bürgermeister Klaus Falk und der CSU-Gemeinderatsfraktion, ein Vortrag von Nürnbergs Wirtschaftsreferent Dr. Michael Fraas mit dem Thema „Die Wirtschaft in der Metropolregion Nürnberg“ oder der Besuch des Neunkirchener Krippenwegs in der Weihnachtszeit.

Höhepunkt im Jahr 2016 war klar die KPV-Landesversammlung in Röthenbach an der Pegnitz mit Kommunal- und Innenminister Joachim Herrmann, die inhaltlich für die Kommunen wichtige

Beschlüsse auf den Weg bringen konnte. Die Vorsitzende bedankte sich bei der Vorstandschaft, besonders bei den Stellvertretern, für die sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Neuwahlen der Kreisvorstandschaft

Auf den Jahresbericht der Vorsitzenden und die Entlastung der Vorstandschaft folgten die Neuwahlen der KPV-Kreisvorstandschaft, die von CSU-Kreisvorsitzendem und MdL Norbert Dünkel geleitet wurden. Hier wurde Cornelia Trinkl als Kreisvorsitzende bereits zum vierten Mal in Folge einstimmig bestätigt.

Zu den beiden stellvertretenden Vorsitzenden wurden der Neuhauser 1. Bürgermeister Josef Springer und Gemeinderätin Petra Lorenz aus Winkelhaide gewählt. Beisitzer bleiben Andreas Kögel (Kreisrat und Altbürgermeister, Simmelsdorf), Kurt Sägmüller (Altbürgermeister, Neunkirchen), Thomas Buchner (Gemeinderat Offenhausen), Ulrich Weinert (Gemeinderat Rückersdorf) und Christa Begert (Stadträtin, Velden). Neue Beisitzer sind Frank Pitterlein (1. Bürgermeister Schnaitach), Thomas Krausser (Gemeinderat Leinburg) und Jens Fankhänel (CSU-Ortsvorsitzender Neunkirchen). Neu als Schatzmeister wurde der Röthenbacher Stadtrat Wolfgang Hellmann gewählt.

Global Player mit starken Wurzeln im Nürnberger Land

Im Vorfeld der Neuwahlen erhielten die CSU-Kommunalpolitiker die Möglichkeit, den Büromöbelanbieter Dauphin am Standort Offenhausen zu besichtigen. Neben einem Einblick in die Produktion, erläuterte Geschäftsführer Bernd Neubauer die Firmengeschichte und derzeitige Arbeitsfelder.

Mit 23 Vertriebs- und Produktionsgesellschaften im In- und Ausland sowie zahlreichen Lizenznehmern und Vertretungen in 81 Ländern ist die Dauphin-Gruppe einer der führenden Büromöbelhersteller im europäischen Raum. Mit 743 Mitarbeitern weltweit erwirtschaftete das Unternehmen im Jahr 2016 einen konsolidierten Umsatz in Höhe von 137,1 Mio. Euro. In eigenen Produktionsstätten werden weltweit durchschnittlich 2.000 Stühle pro Tag gefertigt, davon alleine ca. 1.500 in Offenhausen. Durch die Gründung und den Aufbau eigener Vertriebsgesellschaften in Australien, Großbritannien sowie in Frankreich, Italien und in den Niederlanden/Belgien hat Dauphin eine internationale Präsenz geschaffen.

Dauphin verfügt über eine traditionell starke Position in Deutschland. Der Auslandsanteil liegt bei rund 27,4 Prozent (2016). Im Sinne einer konsequenten Internationalisierungspolitik wird die internationale Positionierung der jeweiligen Marken in den europäischen Ländern und Übersee weiter gestärkt und ausgebaut. □



V. r.: Oberfränkischer Bezirkspräsident Dr. Günther Denzler, der oberfränkische Bezirksheimatpfleger Prof. Günther Dippold, Frank Rebhan, Oberbürgermeister von Neustadt bei Coburg, Bürgermeister Dr. Heiko Voigt (Sonneberg), Bezirksrätin und zweite Bürgermeisterin von Neustadt bei Coburg, Elke Protzmann und Martin Stingl, Kulturbürgermeister von Neustadt bei Coburg. Foto: Bezirk Oberfranken

Erstmals grenzüberschreitender Tag der Franken

Der Tag der Franken wird im Jahr 2019 erstmals grenzüberschreitend gefeiert. Das teilte Bezirkspräsident Dr. Günther Denzler bei einer Pressekonferenz in Neustadt bei Coburg mit. Der Bezirkstag von Oberfranken hatte sich zuvor einstimmig für die gemeinsame Bewerbung der Partnerstädte Neustadt bei Coburg (Oberfranken) und Sonneberg (Thüringen) ausgesprochen.

Frank Rebhan, OB von Neustadt bei Coburg sowie der Bürgermeister der thüringischen Stadt Sonneberg, Dr. Heiko Voigt, zeigten sich in der kultur.werk.stadt in Neustadt bei Coburg überglücklich. Kein Wunder, schließlich erhielten die beiden Partnerstädte den Zuschlag zur Austragung der Schlussveranstaltung zum Tag der Franken im Jahr 2019. Bezirkspräsident Dr. Günther Denzler kündete das Geheimnis, für welchen Austragungsort der Schlussveranstaltung der Bezirkstag von Oberfranken in nicht-öffentlicher Sitzung letztlich entschieden hatte.

„Die Entscheidung für die gemeinsame Bewerbung der Städte Neustadt bei Coburg und Sonneberg soll deutlich machen, dass Franken über die Landesgrenzen Bayerns hinaus beheimatet waren und sind. Beide Nachbarstädte haben die jahrzehntelange Trennung und die Wiedervereinigung in besonderer Weise erlebt“, begründete Dr. Denzler die Entscheidung auch im Hinblick darauf, dass sich im Jahr 2019 der Fall der Mauer zum 30. Mal jährt. Sonneberg und Neustadt bei Coburg hätten eine längere gemeinsame Geschichte als eine geteilte, erinnerte der Bezirksheimatpfleger Prof. Günther Dippold bei der Pressekonferenz an die vielen gemeinsamen Verflechtungen. Grenzen seien vor allem auch Berührungsräume und gerade in der heutigen Zeit immer mehr fließend. Er freue sich sehr, die Ausgestaltung des ersten länderübergreifenden Tags der Franken federführend übernehmen zu dürfen. Das Konzept soll nun in den kommenden Monaten gemeinsam erstellt werden.

Fest steht jedoch bereits, dass auch der Tag der Franken 2019 wieder dezentral stattfinden wird. Wie bereits 2013 und 2016 werden auch in knapp zwei Jahren wieder alle fränkischen Kommunen dazu aufgerufen sein, sich unter einem speziellen Motto an den Feierlichkeiten zu beteiligen. „Die Resonanz auf dieses „oberfränkische Modell“ und unseren dezentralen Ansatz war überwältigend. Wir werden daran auch beim nächsten Tag der Franken unter der Regie Oberfrankens daran festhalten“, verspricht Bezirkspräsident Dr. Günther Denzler auch die Kommunen mit fränkischen Wurzeln zu berücksichtigen, die außerhalb der drei Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken liegen.

Denzler wies darauf hin, dass der Tag der Franken im Jahr 2006 vom Bayerischen Landtag ins Leben gerufen wurde, um an fränkische Traditionen sowie die Innovationskraft und das Entwick-

lungspotential Frankens zu erin- nern. Seither wechseln sich Ober-, Mittel- und Unterfranken im Jahresrhythmus mit der Organisation der Festveranstaltung am ersten Sonntag nach dem 2. Juli ab. Im Jahr 2019 wird die Abschlussveranstaltung somit am 7. Juli stattfinden. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 51 vom 01.01.2017

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Die Mitglieder der KPV Nürnberger Land mit ihrer Vorsitzenden Cornelia Trinkl (3. v. l.), MdL Norbert Dünkel (1. Reihe, 4. v. l.), MdB Marlene Mortler (1. Reihe, Mitte) und Dauphin-Geschäftsführer Bernd Neubauer. □

1200 Jahre Gaißach:

Stimmungsvolles Dorfjubiläum

Großen Zusammenhalt und enorme Tatkraft zeigte die Gaißacher Bevölkerung rund um die Feierlichkeiten zum 1200-jährigen Bestehen ihrer Gemeinde im Isarwinkel. Höhepunkte der Festtage waren dabei die Dorfschau mit einem vielfältigen Programm, der Festabend und schließlich der historische Festzug mit Beteiligung der ganzen Bevölkerung, aller Organisationen und Vereine.

Im Rahmen der Dorfschau stellte jeder Ortsverein seine Tätigkeit, seinen Zweck vor. Die Besucher erfuhren unter anderem, wie man Kühe noch mit der Hand melkt oder wie das Torfstechen einst von statten ging. Zu sehen waren landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, auch altes Handwerk. Spiele aus einer Zeit, als es weder Fernseher noch Smartphones gab, präsentierte der Kindergarten St. Michael. Auch wurde gezeigt, wie man Schnaps herstellt.

Historischer Umzug

Beim historischen Umzug waren alle Gaißacher Vereine und alle Musikkapellen aus den Nachbarorten mit von der Partie. Die diversen Festwagen zeigten dem Publikum, was typisch ist für den Ort und was ihn bis heute prägt. Das reichte von der Darstellung des Almbetriebs bis hin zu Schleppmaschinen aus alter Zeit.

Die erste nachweisliche Erwähnung von Gaißach, damals Kalzahu genannt, stammt aus dem Jahre 817 n. Chr. Von Kalzahu über Kelzan, Kazzah, Gaizzah, entstand im Laufe der Zeit der heutige Ortsname. Schon in der 2. Hälfte des 8. Jahrhunderts wurde mit der Rodung und Besiedelung des rechten Isarufers be-

gonnen und das Land in Form von Waldhufen aufgeteilt.

Weltberühmtheit erlangte das Dorf durch das alljährlich stattfindende „Internationale Gaißacher Schnablerrennat“. Bei diesem in der Faschingszeit und bei ausreichender Schneelage durchgeführtem Gaudirennen vom Lehner Berg versuchen waghalsige Burschen, auf ihrem Hornschlitten, Schnablern, möglichst schnell und mit einem satten Satz über die Sprungschanze ins Ziel zu kommen. Meist gibt es dabei viel Kleinholz und so manchen blauen Fleck. Aber die Gaißacher, die „Dritte Rass“, wie sie von Ihren Nachbarn nicht ohne Respekt genannt werden, zeigen auch hier Charakter und Standfestigkeit.

Laut Erstem Bürgermeister Stefan Fadinger haben viele Generationen dazu beigetragen, den unverwechselbaren Dorfcharakter zu erhalten und dort, wo es sinnvoll und notwendig war, behutsam weiterzuentwickeln, ohne die Identität der Gemeinde aufzugeben. Gerade durch ein reges Vereinsleben hätten sich Brauchtum und Traditionen bis heute erhalten, seien feste Bestandteile des dörflichen Lebens und bewiesen somit, „dass die Goßbara auch mit Stolz und Respekt auf die eigene Geschichte blicken“. **DK**

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention:

Aktionsplan für Landkreis FFB

Der Landkreis Fürstentum hat in Zusammenarbeit mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften München und dem gemeinnützigen Verein Dreirat e.V. einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Umgangssprache und leichter Sprache herausgegeben.

In einem offenen Prozess konnten sich alle interessierten Bürger über eine extra eingerichtete Internetplattform daran beteiligen und ihre Wünsche und Erwartungen äußern. Eine Expertengruppe stand bei der Erstellung des Aktionsplanes beratend und unterstützend zur Seite.

Im Aktionsplan sind 36 Maßnahmen und Ziele aus den Bereichen Bewusstseinsbildung, Mobilität/Bauen/Wohnen, Arbeit, Bildung und Gesundheit/Kultur/Freizeit/Sport formuliert. Bei der Umsetzung der Maßnahmen hofft man auf die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger, da Inklusion kein Sonderrecht darstellt, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Der Aktionsplan kann unter www.lra-ffb.de heruntergeladen werden. □

Metropolregion Nürnberg schließt Innovationspakt

Die Europäische Metropolregion Nürnberg geht einen Innovationspakt ein, um die Innovationskraft der Region nachhaltig zu stärken. Die Förderung der Innovationen in den Unternehmen vor Ort wurde als zentrale Aufgabe für die Region verankert.

Mit dem Innovationspakt verpflichten sich die sieben Technologie-Cluster, durch technologie- und branchenübergreifende Zusammenarbeit in Cross-Cluster-Projekten die Metropolregion in ihren Zukunftsfeldern nach vorne zu bringen. Diese Aktionsfelder sind im Leitbild für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung (WaBe) identifiziert worden als „Vernetzte Produktion“, „Intelligente Mobilität“, „Nachhaltige Energiesysteme“ und „Digitale Gesundheitswirtschaft“.

Der neu gewählte Ratsvorsitzende der Metropolregion Nürnberg, Oberbürgermeister Andreas Starke (Bamberg), dazu: „Die Metropolregion Nürnberg ist schon heute eine der innovativsten Regionen Europas. Beim ‚Regionalen Innovationsanzeiger‘ der Europäischen Kommission liegt die Metropolregion Nürnberg in der Führungsgruppe. Auch innerhalb Deutschlands belegt unsere Region einen Spitzenplatz – dies zeigt eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW Köln). Der Innovationspakt wird dafür sorgen, dass das so bleibt.“

Im Innovationspakt bringen die sieben Technologie-Cluster der Region das Lösungs-Know-how unterschiedlicher Branchen und Technologien zusammen. Denn:

Was in einer Branche ein Problem darstellt, hat man an anderer Stelle vielleicht schon im Griff. Informations- und Kommunikationstechnologien bieten zum Beispiel Lösungsansätze für andere Branchen, wie Medizin (Telemedizin), Energieerzeugung (Smart Grids) oder Automobilbau (autonomes Fahren). Im Innovationspakt für die Europäische Metropolregion Nürnberg kooperieren: Automation Valley Nordbayern, Center for Transportation & Logistics Neuer Adler e.V., ENERGIRegion Nürnberg e.V., Kompetenzinitiative Neue Materialien, Medical Valley Europäische Metropolregion Nürnberg e.V., Nürnberger Initiative für die Kommunikationswirtschaft NIK e.V. und OfraCar Automobilnetzwerk e.V..

Die Zusammenarbeit ist bereits erprobt. Ein erster großer Erfolg war die Initiierung eines technologieübergreifenden Open Innovation-Wettbewerbs zum Thema „Krankenhaus der Zukunft“.

Weiteres Highlight der Cross-Cluster-Kooperation ist das „Innovationsforum Nachhaltige Energiesysteme – sicher, dezentral, vernetzt“, für das Mittel in Höhe von 80.000 € beim Bund erworben werden konnten. „Das Innovationsforum bringt mittelständische Unternehmen der

Branchen Energie, Information und Kommunikation sowie Automatisierung aus der Region und ganz Deutschland zusammen, um neue Kooperationen für nachhaltige Energiesysteme zu initiieren.

Wichtige Impulse im Bereich „Vernetzte Produktion“ gab die Integrated Plant Engineering Conference – IPEC 2017. Mit der IPEC 2018 sollen internationale Partnerschaften der Europäischen Metropolregion mit Fokus auf industrielle Cloud-Anwendungen fortgeführt werden. Insbesondere mit den Regionen Shenzhen/China, Saitama/Japan, Eindhoven/Niederlande sowie der Industrie 4.0-Initiative MADE aus Dänemark gibt es bereits eine langjährige Zusammenarbeit im Bereich der vernetzten Produktion. In Zusammenarbeit mit der Nürnberger Initiative für die Kommunikationswirtschaft e.V. wurde gemeinsam auf der Konferenz Data Analytics 2017 sowie beim Unternehmertalk Digitalisierung 2017 der Schwerpunkt „Daten- und wissensgetriebene Produktion“ entwickelt. Das Automation Valley Nordbayern und die Nürnberger Initiative für die Kommunikationswirtschaft e.V. arbeiten im Innovationspakt an einem Leuchtturmprojekt, das die Transformation der industriellen Produktion in der Region unterstützt.

„Die Metropolregion Nürnberg hat im Bereich Verkehr und Logistik eine lange Tradition und große Kompetenz mit herausragenden Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Speziell im Aktionsfeld ‚Intelligente Mobilität‘ wird die Zukunft im Verkehrsbereich aktiv mitgestaltet. Das Cluster bereitet im Rahmen des Innovationspaktes gerade einen technologieübergreifenden Mobilitätskongress für die Metropolregion Nürnberg im Jahr 2018 vor.

Mit der Förderung von Cross-Cluster-Innovationen durch die Definition von vier gemeinsamen Aktionsfeldern soll das Leitbild der Metropolregion positive Impulse ermöglichen, kommentiert der Koordinator der Metropolregion für das Leitbild, Harald Leopold, einen weiteren Beschluss des Rates der Metropolregion.

Metropolregion Nürnberg ist High-Tech- und innovativer Wirtschaftsstandort

Die Europäische Metropolregion Nürnberg zählt zu den bedeutendsten und dynamischsten Wirtschaftsregionen in Europa. 1,9 Millionen Beschäftigte in



Präsentierten die Neuauflage des Schulbuches „Unser Landkreis Dillingen a.d. Donau (v.l.): Schulamtsdirektor Wilhelm Martin, Landrat Leo Schrell und Schulamtsdirektor Markus Wörle.“

Dillinger Schulbuch

3. Neuauflage von „Unser Landkreis Dillingen a.d. Donau“

Rechtzeitig zum Beginn des neuen Schuljahres hat der Landkreis Dillingen a.d. Donau in Zusammenarbeit mit dem Wißner-Verlag die bereits 3. Auflage des Schulbuches „Unser Landkreis Dillingen a.d. Donau“ herausgegeben.

Darauf dürfen sich besonders die Schülerinnen und Schüler der 4. Jahrgangsstufen im Landkreis freuen. Gemeinsam mit Schulamtsdirektor Wilhelm Martin und Schulamtsdirektor Markus Wörle präsentierte Landrat Leo Schrell die Neuauflage.

Dabei betonte Schrell, dass sich das Schulbuch als hervorragendes Lehrmittel für den Heimat- und Sachkundeunterricht bewährt habe und mit dem Arbeitsheft sehr gut geeignet sei, den Schülern der Grundschulen einen interessanten und aufschlussreichen Unterrichtsstoff über die eigene Heimat zu vermitteln.

Das Schulbuch „Unser Landkreis Dillingen a.d. Donau“ wurde erstmals anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Landkreises Dillingen a.d. Donau im Jahr 2012 gemeinsam mit dem Wißner-Verlag erstellt. Das Buch ist seinerzeit mit Unterstützung von Pädagogen aus dem Landkreis entstanden und zeugt nach Meinung von Landrat Leo Schrell neben hoher fachlicher Kompetenz von großer Empathie. Deshalb dankte der Landrat nochmals dem seinerzeitigen Redaktionsteam sowie der Sparkassenstiftung, die das Projekt seinerzeit finanziell unterstützt hatte.

Die Neuauflagen werden seither von den Schulaufwandsträgern finanziert, so dass die Schülerinnen und Schüler zum Ende des jeweiligen 4. Schuljahres das Buch in ihr Eigentum übernehmen können.

Der Inhalt des 88 Seiten umfassenden Werkes ist weit gefächert. So finden sich Ausführungen zur Entstehung des Landes von der Stein- und Bronzezeit über die Eisenzeit und die Kelten bis hin zur Eroberung des Landes durch die Römer und die Besiedelung des Landes durch die Alemannen. Des Weiteren sind das Mittelalter, die Reformation und der 30-jährige Krieg ebenso beschrieben wie die Neuzeit, die Schlacht von 1704 und die geschichtliche Entwicklung des Landkreises. In über 30 Seiten finden sich ausführliche, bebilderte Informationen zu den Besonderheiten der 27 Städte, Märkte und Gemeinden im Landkreis. Zudem sind Sagen und Legenden, die Heimatmuseen und vieles mehr beschrieben. Durch das begleitende Arbeitsheft, das auf der Basis des Schulbuches entwickelt wurde, ist es den Pädagogen zudem möglich, den Schülern anhand von Rätseln und Aufgaben Wissen zu vermitteln. **Hurler**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Hallo, da bin ich wieder. Der Urlaub war toll, jetzt ist es aber auch schön, wieder an den Schreibtisch zurück zu kommen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat einen zwar zu kurzen, aber offensichtlich erholungstechnisch erfolgreichen Urlaub hinter sich und begrüßt uns ansteckend fröhlich.

Wieder zurück am Ort seines Wirkens nahm er am Schreibtisch Platz und übernahm wieder die Geschäfte. Schließlich gehört der Schreibtisch zu den prestigeträchtigsten Möbelstücken überhaupt, seit der Mensch sich so hochstehend arbeitsteilig organisiert hat, dass mit Hilfe von schriftlich niedergelegten Nachrichten verwaltet, registriert oder organisiert wird.

Die ersten Schreibtische mögen die Bretter gewesen sein, die altägyptische Schreiber auf ihren Knien ruhen ließen, um den Papyri einen festen Untergrund zu geben, auf denen die Anweisungen

Spiegelbild seines Benutzers.

Der Schreibtisch wurde aber auch demokratisiert. In der Gründerzeit war keine bürgerliche Wohnung denkbar ohne einen Sekretär mit aufklappbarer Schreibunterlage, an dem der Hausherr seine Korrespondenz erledigte. Über Generationen war es fester Teil des Traums vom sozialen Aufstieg, aus der Fabrikhalle oder Werkstatt heraus zu kommen und an

einem Schreibtisch zu landen. Einzelbüro und man hatte es endgültig geschafft. Dann kam aber die digitale Wende und für einen kurzen Augenblick schien es, als wäre der Schreibtisch ein Auslaufmodell. Der digitale Arbeitnehmer braucht nur einen Laptop oder ein Tablet, arbeitet von wo aus auch immer und sucht sich, wenn er in der Firma ist, irgendein freies Eck mit Steckdose.

In mancher Werbung für diese Art des Arbeitens balancieren die Nutzer ihren Flachcomputer so auf den Knien, dass einem unweigerlich die Schreiberfigur des Henka aus dem Ägyptischen Museum Berlin einfällt.

Aber, oh Wunder, die digitale Welt entdeckt den Schreibtisch wieder! Sozialwissenschaftler, die auf der Suche nach den aktuellen Trends die sozialen Netzwerke durchforsteten, berichten von einer erstaunlichen Zunahme von Posts des eigenen Schreibtischs. Dies wird gedeutet als Sehnsucht der digitalen Nomaden nach einem Ort, der beständig zu ihrer Verfügung steht, auf den man nicht nur das Tablet, sondern auch die Füße auflegen kann. Die Schreibtische, die als Sehnsuchtsbild erhalten, sind teils sehr klein, oft recht schmucklos, aber erkennbar individualisiert. Die Ikone dieser Bewegung hin zur Renaissance des Schreibtischs ist der französische Präsident Emmanuel Macron, der sich auf seinem ersten offiziellen Bild vor seinem Schreibtisch ablichten ließ, traditional mit Barockuhr, aber auch mit zwei Smartphones, die gut zu erkennen sind. Alte und neue Welt versöhnt.

Mein Chef, der Bürgermeister, konnte nie etwas mit dem Ruf nach Abschaffung des Schreibtischs anfangen. Allerdings hält er es mit dem amerikanischen Schriftsteller Charles Bukowski: „Wenn man nichts in sich hat, ist es egal, worauf man schreibt“.

Ihre Sabina

Vom Schreiben, von Tischen und von Schreibtischen

gen des Pharao festgehalten wurden. Seither war die Karriere der Schreibunterlage nicht aufzuhalten. In einigen Kulturkreisen saß man davor auf Stühlen, andere bevorzugten niedrige Tische, vor denen man auf dem Boden hocken oder knien konnte. Ein genialer Kopf zog aus dem schmerzenden Rücken der über ihre Manuskripte gebeugten Schreiber den noch heute unschlagbaren Schluss, ein Stehpult zu konstruieren und die unnatürliche Sitzhaltung gegen das schonendere Stehen einzutauschen.

So oder so wurde der Schreibtisch im Laufe der Jahrhunderte neben einem nützlichen Arbeitsmittel ein Repräsentationsgegenstand, der auch Macht und Einfluss ausstrahlen sollte. Dieser Siegeszug wurde angetreten, als Schreiben nicht mehr nur eine Dienstleistung gebildeter Zuarbeiter war, sondern die Herrscher selber lesen und schreiben konnten. Ein Herrscher, ob Kaiser, König, Herzog oder Bischof, musste nicht nur auf einem Pferd oder im Festsaal eine imposante Figur machen, sondern auch in seinem Kabinett am Schreibtisch. Fortan wurden die Schreibtische größer, aufwändiger geschmückt und vor allem mit allerlei Zierrat beladen, von der Uhr über Federhalter, Federschalen bis hin zu feinsten Intarsien. Kurz: Der Schreibtisch wurde zum

über 300.000 Unternehmen erwirtschaften ein Bruttoinlandsprodukt von mehr als 124 Milliarden Euro. Basis und Innovationsmotor für die gute Wirtschaftsleistung sind Unternehmen in den sieben wissensgetriebenen und exportstarken Technologiebranchen Information und Kommunikation, Medizin und Gesundheit, Energie und Umwelt, Neue Materialien, Automation und Produktionstechnik, Verkehr und Logistik und Automotive – den wirtschaftlichen Kompetenzfeldern der Metropolregion. □

Demenz – was nun?

In Kirchheim findet die erste Themenwoche Demenz statt
Landkreis beteiligt sich mit Demenzparcours

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt heute bei über 80 Jahren. Gleichzeitig steigt leider auch das Risiko für körperliche wie geistige Erkrankungen und Gebrechen. Insbesondere bei neurodegenerativen Erkrankungen, speziell Demenzen, nehmen die Fallzahlen stetig zu. Mit der ersten Themenwoche Demenz im Landkreis München vom 18. bis 22. September möchte Kirchheim Betroffene, Angehörige und Interessierte informieren, sensibilisieren, beraten und vernetzen.

Im Landkreis München leben rund 5.200 Menschen mit unterschiedlich ausgeprägten demenziellen Erkrankungen, Tendenz steigend. Die unterschiedlichen Angebote in der Versorgungslandschaft sind zahlreich wie unterschiedlich. Sich einen Überblick zu verschaffen oft alles andere als einfach.

Vielfach ist Demenz immer noch ein Tabuthema. Hier setzt die Themenwoche der Gemeinde Kirchheim an. Rund um den Welt-Alzheimerstag am 21. September 2017 hat die Kommune ein vielfältiges und informatives Programm zum Thema Demenz zusammengestellt.

Die Themenwoche ist ein Beitrag der Modellkommune Kirchheim zur Demenzstrategie des Landkreises, die im Dezember 2015 im Rahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes beschlossen wurde. Sie soll die Versorgung von Menschen mit Demenz sowie deren Angehörige verbessern. Ein zentraler Bestandteil ist das Förderprojekt „Selbstbestimmt leben mit Demenz in der Kommune – Wege gemeinsam gehen“, für das sich die Landkreiskommunen bewerben konnten.

www.landkreis-muenchen.de/
Stichwort: Demenzstrategie

Trauer um zwei Bürgermeister

Rudolf Krug und Werner Friedrich erlagen viel zu früh ihren schweren Erkrankungen

Am 17. August verstarb Tutzings Bürgermeister Rudolf Krug 60-jährig nach Monaten schwerer Krankheit. Nur sehr kurz, aber schwer erkrankt war auch der Bürgermeister der mittelfränkischen Gemeinde Wilhelmstorf, Werner Friedrich. Der 71-Jährige verstarb am 30. August. Erschütterung und große Trauer sind in beiden Gemeinden spürbar.

Mit einem bewegenden Trauergottesdienst verabschiedeten sich die Menschen von Wilhelmstorf in der völlig überfüllten Hugenottenkirche von Friedrich. Die Fortentwicklung der Gemeinde wurde vom Verstorbenen seit seiner Wahl im Jahr 2002 entscheidend geprägt. Zweiter Bürgermeister Peter Müller: „Das Gemeinwohl stand stets im Mittelpunkt seiner Arbeit. Seinen unermüdeten Einsatz, sein großes fachliches Können und seine hohe menschliche Ausstrahlung wussten alle außerordentlich zu schätzen. Er verkörperte nicht nur Traditionsbewusstsein und Heimatverbundenheit. Er stand auch allem Neuen unvoreingenommen und aufgeschlossen gegenüber. Wir sind unendlich traurig und gleichzeitig dankbar für alles, was er für uns getan hat“.

Mit Hartnäckigkeit und Fantasie habe Friedrich unter anderem ein langfristig tragbares Konzept für den „dörflichen Industriestandort“ entwickelt. „Wohnen und Arbeiten am Ort“, so habe seine Devise gelautet. Schwerpunkt seiner Arbeit sei zudem die Entwicklung einer familienfreundlichen Gemeinde gewesen, der Aufbau einer modernen Verwaltung, die Stärkung der Feuerwehren und vieles mehr habe ihm am Herzen gelegen. In den Gremien von CSU und Kommunalpolitischer Vereinigung sei Werner Friedrich ein gefragter Ratgeber und geschätzter Gesprächspartner gewesen.

Über Rudolf Krug schreiben Tutzings Zweite Bürgermeisterin Elisabeth Dörrenberg und die Dritte Bürgermeisterin Marlene Greinwald: „Er hat nach schwierigen Zeiten mit Ruhe und Bedacht die Geschichte der Gemeinde in die Hand genommen und stets Frieden gestiftet.“ Voller Tatendrang habe er seine Pläne und Ideen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt.

Am Gedenkgottesdienst für Rudolf Krug in der St. Josefskirche nahmen neben zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern auch viele Kommunalpolitiker mit Landrat Karl Roth an der Spitze teil. Der allseits beliebte Bürgermeister der Gemeinde am Starnberger See war Mitglied der ÖDP. Krugs erklärte und auch erreichte Ziel war es, im früher polarisierenden Gemeinderat ein konstruktives Miteinander aller Fraktionen zu schaffen. So konnte er wichtige, teils lange aufgeschobene Projekte mit ruhiger Hand und finanziellem Augenmaß realisieren. **pmw/red**

Kommunale Entwicklungshilfe im Donau-Ries:

Die 7. Landkreisschule entsteht in Namibia

Landrat Stefan Rößle zeigt sich vom Engagement in seinem Landkreis begeistert

Die Kommunen, Unternehmen und Bürger des Landkreises Donau-Ries sollen dabei helfen Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen und die Lebenssituation in den ärmsten Regionen der Welt zu verbessern. Diesen Gedanken hat Landrat Stefan Rößle aufgegriffen und ein Projekt initiiert, durch das mit Unterstützung der Landkreiskreisbürger in Afrika zehn Schulen gebaut werden sollen.

Auch die Donau-Ries-Medien GmbH, Betreiber des Online-Nachrichtensportals www.donau-ries-aktuell.de hat sich dazu entschlossen das Projekt zu unterstützen: „Gemeinsam mit verschiedenen Institutionen, Firmen und Privatpersonen aus dem Landkreis Donau-Ries bauen wir von Donau-Ries-Aktuell eine Schule in Afrika. Unser Partner ist hierbei die renommierte Stiftung Fly & Help aus Deutschland. Die Schule soll im Norden des Landes, in der Region Kaokoveld, entstehen. Der Ort heißt Omuhoro. Hier

betreibt die Regierung von Namibia bereits eine Schule. Diese ist jedoch baufällig und unzureichend“, erklärt Geschäftsführer Matthias Stark das geplante Projekt. Finanziert werden soll dieses durch Spendengelder sowie den Erlös der Versteigerung eines Kunstwerkes.

Projekt in drei Bauabschnitten

Entstehen soll in Namibia eine Schule mit zwei Klassenzimmern, sowie einer neuen und zeitgemäßen Einrichtung

für die Kinder der Nomadenbevölkerung. Im ersten Bauabschnitt sollen zunächst das Ge-

FAHNEN KOCH COBURG
Tel.: 09561-5527-0 info@fahnen-koch.de

Weihnachtsbaum Beleuchtung für den FAHNENMAST
www.Leucht-Fahne.de

bäude und die Ausstattung der Schule finanziert werden. Für den zweiten Bauabschnitt ist eine Küche mit eigener Wasserversorgung geplant. Der dritte und letzte Bauabschnitt umfasst ein komplettes Hostel mit einer Unterkunft für die Schüler und Lehrer. Dieses ist nötig, um den Kindern regelmäßigen Unterricht ermöglichen zu können. „Als Baubeginn haben wir das 1. Halbjahr 2018 im Blick. In der Grundschule sollen nach der Fertigstellung 95 Kinder unterrichtet werden“, so Matthias Stark.

Warum gerade Namibia?

„In Namibia herrschte ab 1990 rückblickend rund hundert Jahre Fremdbestimmung. Deutschland trägt als ehemali-

ger Kolonialherrscher durch die Ausbeutung der Diamantenvorkommen und der Bevölkerung als Lohnarbeiter seinen Anteil daran. Ich selbst genieße das Privileg in einem reichen, sicheren und wirtschaftlich stabilen Land aufgewachsen und zur Schule gegangen zu sein. Dieses Privileg ist den Kindern der Ovahimba, einem der letzten Nomadenstämme Namibias, bisher versagt. Daher ist mein

Anliegen zu helfen.“, erklärt Matthias Stark seine Beweggründe.

Jeder gespendete Euro kommt unmittelbar vor Ort an

„Für die Ovahimba ist Bildung eine Chance, ihren Kindern eine bessere Perspektive für ihre Zukunft zu geben. Wir wollen den Ovahimba dabei helfen, ihren Kindern Bildung zu ermöglichen. Daher meine Bitte: Helfen Sie uns, zu helfen“, sagt Stark: „Da wir den Schulbau gemeinsam mit unserem Partner Fly and Help direkt vor Ort betreuen, können wir sicher sein, dass jeder gespendete Euro auch unmittelbar vor Ort ankommt und hilft.“

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH die Dokumentation zum Bayerischen Sparkassentag 2017 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □



V. l.: Landrat Stefan Rößle, Reisebüroinhaber Gunter Freisle, der Harburger Bürgermeister Wolfgang Kilian, Reiner Meutsch von Fly and Help sowie Matthias Stark, Geschäftsführer der Donau-Ries Medien GmbH.

Bild: Simon Kapfer, Landratsamt Donau-Ries

Bleibperspektive durch Bildung

Landrat Stefan Rößle, der auch eine Schule aus eigenen Mitteln finanziert, zeigte sich begeistert von der positiven Resonanz in seiner Region: „Es ist phantastisch, wie viele Menschen einen Teil beitragen wollen. Durch den Bau von Schulen mit Mitteln aus unserer Region soll der Bevölkerung in den ärmsten Gegenden

der Welt durch Bildung eine Bleibperspektive gegeben und so die Ursachen für die Flucht vieler nach Europa hoben werden.“

Spendenadresse

Stiftung Fly & Help, Westwald Bank eG, IBAN: DE94 5739 1800 0000 0055 50, Stichwort: Donau-Ries-Aktuell + die Adresse (für die Spendenquittung). □

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 28. September 2017 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie, Breitband, Mobilfunk
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN - **GZ** NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau



ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

Energiedienstleistung



erdgas schwaben

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Postfach 1654
96406 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Fahnenmaste + Fahnen



FAHNEN KÖSSINGER
• Fahnen
• Maste
• Roll-Ups
• Bekleidung
• und vieles mehr

www.fahnen-koessinger.de

Telefon: 09451 / 9313-0



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de



Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Energieeinsparung für Ihre Luft- und Klimaanlage

Mit Einsatz multifunktionaler Wärme- / Kälterückgewinnungssysteme

- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Hohe Reduzierung der sonst erforderlichen Heiz-, Kälte- und Rückkühlleistungen
- Maximale Einsparung an Wärme, Kälte und Strom auf Jahrzehnte
- Absolut keim- und schadstofffreie Wärme-/Kälteübertragung - auch im Störfall ohne Rauch- und Brandübertragung → optimale Luftqualität

hocheffizient + hochrentabel + hochredundant

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Augsburg: Klinikum; Aschaffenburg: Fachhochschule; Bamberg: Klinikum; Bayreuth: Klinikum; Ingolstadt: Saturn Arena; München: Bay. Nationalmuseum, Berufsschule, Klinikum Großhadern, Muffathalle, Techn. Universität, Villa Stuck; Regensburg: Universität; Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus; Würzburg: Universität etc.

SEW® GmbH
47906 Kempen
Tel.: 02152 / 91560



Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem
... clevere Raumkonzepte

Fordern Sie unsere neuen Verkaufsunterlagen an

Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohhausen)
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **Waldle Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell



Ministerpräsident Horst Seehofer, Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern und Sozialstaatssekretär Johannes Hintersberger

Bayerischer Sparkassentag 2017 in Erlangen

Modernes Banking. Erfolgreiches Geschäftsmodell

Das Ringen um eine angemessene Bankenregulierung stand im Mittelpunkt des Bayerischen Sparkassentags 2017 in Erlangen. Wie Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, vor 500 Gästen aus ganz Bayern darlegte, „unterscheidet die Flut an neuen Regulierungsmaßnahmen nur unzureichend zwischen den großen, systemrelevanten und international aktiven Banken auf der einen Seite und kleinen, mittleren und regional verankerten Kreditinstituten auf der anderen Seite. Sie werden deutlich stärker belastet als Großbanken. Das ist wettbewerbsverzerrend!“

Um mehr Proportionalität in der Regulierung zu erreichen, schlagen die Sparkassen ein eigenständiges Regelwerk für Regionalbanken vor, das sich vor allem hinsichtlich aufwändiger Melde- und Offenlegungspflichten von der Regulierung für systemrelevante Großbanken unterscheidet. Für welche Kreditinstitute diese „Small and Simple Banking Box“ Anwendung findet, sollte aus Netzers Sicht primär vom Geschäftsmodell abhängen. Alle Sparkassen hätten das gleiche risikoarme Geschäftsmodell, ganz unabhängig davon, wie groß sie sind. „Es sollten sich also alle – mit Ausnahme der wenigen größenbedingt systemrelevanten – in der Box wiederfinden und Entlastungen erfahren“, so der SVB-Präsident.

Mit Blick auf das Tagungsmotto meinte Netzer: „Modernes Banking heißt für uns Sparkassen, unseren Kunden Orientierung zu geben. Orientierung durch spürbare Präsenz vor Ort genauso wie auf digitalen Kanälen und durch kompetente Beratung, wie Ersparnisse auch in zinslosen Zeiten aufgebaut werden können.“

Beibehaltung der Regulierungsreformen

Dr. Andreas Dombret, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, sprach sich für eine Beibehaltung der Regulierungsreformen aus. Gleichwohl sind seiner Ansicht nach Er- →

leichterungen für kleinere Institute bei den Regeln für Organisation oder Verwaltung sinnvoll. Unnötiger Ballast seien etwa zu weitgehende Meldeanforderungen oder Vorgaben für Vergütungsregeln. Eine vergleichsweise geringe Bilanzsumme wäre Dombret zufolge nur ein erstes Kriterium, mit dem eine Bank oder Sparkasse den einfacheren Regeln zugeordnet werden könnte. Ergänzend müssten weitere Kriterien hinzugezogen werden.

Dombrets diskutierte seine Positionen anschließend in einer Podiumsdiskussion mit SVB-Präsident Ulrich Netzer, Walter Strohmaier, Landesobmann der bayerischen Sparkassen und Vorstandschef der Sparkasse Niederbayern-Mitte sowie Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern.

Auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer forderte eine maßvolle Bankenregulierung. Die Besonderheiten der Sparkassen im Freistaat seien ausreichend zu berücksichtigen. Die Staatsregierung werde sich in Brüssel weiter „mit aller Macht“ für das deutsche Drei-Säulen-Modell einsetzen.

Vertrauen der Bevölkerung

Wie der Ministerpräsident feststellte, sei man auf politischer Ebene stolz auf die öffentlich-rechtlichen Institute. Sie setzten riskanten Luftnummern eine solide Leistung entgegen. „Die Sparkassen haben so viel Vertrauen in der Bevölkerung, wie ich es mir als Politiker nur erträumen könnte“, erklärte Seehofer. ■



Ministerpräsident Horst Seehofer

Horst Seehofer

Erfolgsmodell und Zukunftsmacher

„Die Sparkassen in Bayern sind Erfolgsmodell und Zukunftsmacher“, konstatierte Ministerpräsident Horst Seehofer. Mit ihrem soliden Geschäftsmodell und ihrer langfristigen Kundenbindung hielten sie Kurs. „Feste Verankerung in den Kommunen, verlässlicher Finanzpartner des Mittelstands, Schutzschild der Sparer – das sind die Grundpfeiler soliden Wirtschaftens“, betonte Seehofer.

„Die Staatsregierung steht fest an ihrer Seite. Wir bekennen uns klar zum Drei-Säulen-Modell der deutschen Bankwirtschaft“, so der Ministerpräsident. Würde Europa dieses in Frage stellen, wäre das eine Katastrophe. „Dann würden wir zur Revolution aufrufen“, machte Seehofer deutlich. Gefragt sei eine Bankenregulierung mit Vernunft und Augenmaß, die auch die Besonderheiten der Sparkassen ausreichend berücksichtigt, „denn unsere Mittelständler und Existenzgründer brauchen weiterhin eine vernünftige Finanzierung“.

Explizit hob Seehofer das Engagement der Bayerischen Sparkassen bei der Initiative „Bayern barrierefrei“ hervor: „Unser Ziel ist es, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen. Dafür investiert der Freistaat fast 430 Millionen Euro. Gesellschaftliches Engagement als Stifter und Spender unmittelbar in der Region und vor Ort hat bei den Sparkassen lange Tradition. Ich freue mich, dass wir die Sparkassen jetzt auch als Partner von ‚Bayern barrierefrei‘ gewinnen konnten.“

Mit derzeit über 2.400 Geschäftsstellen stellen die Sparkassen im Freistaat die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft in ihrem Geschäftsgebiet sicher. Beim Abbau von Barrieren leisteten die Sparkassen im Freistaat auch beim Onlinebanking Beachtliches. In Anerkennung der Leistungen für die Inklusion in Arbeitsleben und Gesellschaft überreichte Seehofer dem Sparkassenverband das Signet „Bayern barrierefrei – Wir sind dabei“. ■



„Vielfältigkeit als
Garant für Stabilität“

Dr. Andreas Dombret

Werbung für eine „Small Banking Box“

„Nicht eine starke Regulierung schadet einer Volkswirtschaft, sondern vielmehr schwache Regeln“, unterstrich Dr. Andreas Dombret, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. Die Regulierungsreformen nach der Finanzkrise stellten eine wichtige Errungenschaft dar; sie auszuhöhlen wäre ein großer Fehler auf Kosten der Allgemeinheit. „Aber wir sollten systematisch prüfen, wo die Regulierung für kleine Institute unverhältnismäßig ausfällt“, so Dombret.

Das vielfältige Bankensystem in Deutschland sei „der beste Garant für Stabilität“ und müsse erhalten werden. Deshalb regte der Bankenvorstand an, strenge Regeln für Eigenkapital und Liquidität beizubehalten und zugleich sinnvolle Erleichterungen bei komplizierten Regeln für Organisation oder Verwaltung zu finden. Aus seiner Sicht muss Regulierung für nicht große, nicht komplexe und nicht riskante Banken und Sparkassen „einfacher, aber robust“ sein.

Guter Anfang

Als „guten Anfang“ bezeichnete Dombret dabei die Überprüfung der CRR und CRD IV, die aktuell in der EU erfolgt. So habe die Kommission in ihrem Vorschlag für eine CRR II und eine CRD V die Absicht erklärt, die Belastungen für kleinere Institute in allen Reformbereichen zu senken. Der Konsultationsentwurf sieht diverse Erleichterungen und Bagatellgrenzen vor – zum Beispiel bei Offenlegungs- und Meldepflichten, aber auch im Bereich der Handelsbuchregulierung.

Für Institute, die unterhalb dieser Bagatellgrenzen liegen, soll es Dombret zufolge einfachere Regeln geben und manche Anforderung soll sogar ganz entfallen. „Das heißt zum Beispiel, dass kleine Institute ohne nennenswerten Eigenhandel nicht die neuen komplizierten Ansätze rechnen müssen.“

Um mehr Verhältnismäßigkeit herzustellen, biete sich letztlich die „anfangs als höchst unrealistisch eingeschätzte Small

Banking Box“ an. Nach Dombrets Auffassung sollten sich Institute jenseits einer „Bilanzsumme im niedrigen einstelligen Milliardenbereich“ vereinfachten Regeln unterwerfen. Zudem sollte ein Institut nicht größer sein als ein bestimmter Teil des Bruttoinlandsprodukts oder des Bankenmarkts des betreffenden Mitgliedstaates.

Darüber hinaus plädierte der Bundesbankvorstand dafür, eine Reihe „harter Nebenbedingungen“ zu erfüllen: Nur solche Institute dürften Teil der Box werden, die im Abwicklungsfall einem Insolvenzverfahren unterliegen, sie dürften nicht nennenswert auf dem Kapitalmarkt oder grenzüberschreitend aktiv sein, sollten allenfalls kleine Handels- und Derivatebücher aufweisen und schließlich keine internen Modelle verwenden, sondern nur den Standardansatz nutzen.

Stichwort „too many to fail“

Laut Dombret führt dieser Vorgabekatalog dazu, dass Institute mit riskanteren Geschäftsmodellen von vornherein ausgeschlossen werden. Darüber hinaus dürfe man auch systemische Risiken, die sich aus der Vernetzung vieler kleiner Institute ergeben können, nicht vergessen – Stichwort „too many to fail“. Und schließlich müsse die letzte Entscheidung immer der Aufsicht vorbehalten bleiben. „Sollte diese schwerwiegende Einwände haben, kann sie davon absehen, ein Institut unter vereinfachten Regeln zu beaufsichtigen“, betonte der Bankenvorstand. ■



Dr. Andreas Dombret



„Berechenbar und langfristig ausgelegt“

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern

Dr. Ulrich Netzer

Finanzierungspartner Nummer eins

„Wir bleiben Sparkasse, nah an den Menschen. Wir sind berechenbar, langfristig ausgerichtet und als Finanzierungspartner Nummer eins des Mittelstands mit dem regionalen Geschäftsgebiet ‚verheiratet‘“, betonte der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Ulrich Netzer. Freilich benötigten die Sparkassen dafür eine angemessene, verhältnismäßige Regulierung, „das heißt keinen Knebel im Mund, sondern den Atem, um Finanzpartner gerade auch an den schwächeren Standorten Bayerns sein zu können. Denn gerade dort wird unser dezentrales Geschäftsmodell gebraucht.“

Der Sparkassenverband Bayern schlägt deshalb eine „Small and Simple Banking Box“ vor, ein entschärftes Regelwerk für kleinere und risikoarme Institute mit weniger komplexem Geschäftsmodell als dem internationaler Großbanken. Damit ließen sich gezielt unverhältnismäßige Regulierungslasten abbauen. Denn derzeit sei die relative Belastung am höchsten wo das Risiko am geringsten ist.

Regionalbanken wie die Sparkassen konzentrierten ihre Präsenz und ihre Geschäftstätigkeit auf eine angestammte Heimatregion, lebten vom dortigen Einlagen- und Kreditgeschäft. Sie alle verfügten über ein identisches, risikoarmes Geschäftsmodell, weshalb es auch „keinen Sinn ergibt, uns Sparkassen sozusagen aufzuteilen“, hob Netzer hervor. Alle Sparkassen (mit Ausnahme der wenigen größenbedingt systemrelevanten) müssten sich darum in der gleichen Regulierungskategorie wiederfinden, damit nicht neue Ineffizienzen geschaffen werden.

*System stärken statt
Euroraum entschädigen*

Nach wie vor für verfehlt hält der Präsident die Debatte um eine komplette Zentralisierung der europäischen Einlagensicherung. „Denn die Mittel, die für die Absicherung unserer Kunden in Bayern und in Deutschland zurückgelegt wurden, würden mit einer Zentralisierung direkt in einen gemeinsamen EU-Haftungspool durchgeschossen, aus dem Anleger einer insolventen Bank irgendwo im Euroraum entschädigt würden. Statt das System zu stärken, würde eine solche Haftungsgemeinschaft Fehlanreize setzen.“

Tatsache sei, so Netzer, dass sich zehn Jahre nach dem Beginn der Finanzkrise, die die neue Bankenregulierung nach sich zog, die Rahmenbedingungen geändert haben: Niedrig- und Nullzinsen erodierten die Zinsspanne, von der Sparkassen leben. Die Regulierungsflut sei in etwa so hoch, wie die Zinsen niedrig. Der Aufwand für Melde- und Aufsichtswesen belaste vor allem kleinere Sparkassen enorm. Zudem verändere die schnelllebige digitale Welt die Wege zu den Kunden und die sparkasseninternen Prozesse.

All dies führe dazu, „dass die Erträge der Sparkassen am Ende des Tages den Markterfolg nicht widerspiegeln“, so Netzer. „Wir müssen uns deshalb konsolidieren und unsere Strukturen überdenken.“ Aber auch die Politik habe Handlungsbedarf: „Die Förderung der Vermögensbildung breiter Bevölkerungsgruppen ist ein wichtiger Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Deshalb wäre eine Novellierung des 5. Vermögensbildungsgesetzes angebracht. Darüber hinaus wären eine signifikante Verbesserung der Wohnungsbauprämie oder direkte Zuschüsse für Bauherren und Käufer wichtig.“

*Sparkassen als
Lebensbegleiter*

Gleichzeitig definierten die Sparkassen, was modernes Banking für sie bedeute: „Nicht Hochfrequenzhandel, nicht der letzte Gimmick auf der Smartphone-App oder krawattenloses Geschäft.“ Modernes Banking bedeute, „dass wir unsere Kunden nicht nur durchs digitale Zeitalter und die Niedrigzinsphase begleiten, sondern durch ihr ganzes Leben. Das macht uns Sparkassen anders, deshalb machen wir den Unterschied. Das ist Nähe, das ist Mehrwert.“ ■



vl. Dr. Ulrich Netzer, Dr. Andreas Dombret, Walter Strohmaier, Dr. Frank Walthes

Podiumsdiskussion

Regulierung mit Maß und Ziel

Damit die Wirtschaft Bayerns auf dauerhaft gesunde und starke Sparkassen an ihrer Seite zählen kann, braucht es eine angemessene Finanzmarktregulierung, die verhältnismäßig ist und dem nachweislich stabilen Geschäftsmodell der Institute Rechnung trägt. Eine „Small Banking Box“, die eigene Regeln für kleinere Kreditinstitute mit einem einfachen und damit stabilerem Geschäftsmodell festlegt, wird deshalb inzwischen auch bei der Bankenaufsicht diskutiert. Wie sie ausgestaltet sein soll und wer unter die besonderen Regelungen fallen soll, darüber sprachen Dr. Andreas Dombret, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Walter Strohmaier, Landesobmann der bayerischen Sparkassen und Vorstandschef der Sparkasse Niederbayern-Mitte sowie Dr. Frank Walthes, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Bayern, in einer von SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer moderierten Podiumsdiskussion.

Laut Walter Strohmaier ist ein vielfältiges Bankensystem der beste Garant für Stabilität. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Sparkassen manifestiere sich im Kundenstamm, nämlich den bundesweit 50 Millionen Kunden, und dem erfolgreichen Geschäftsmodell.

Mitverantwortlich für gleichwertige Lebensbedingungen

Strohmaier griff die Worte von Innenminister Herrmann auf, nach dem die Sparkassen alt öffentlich-rechtliche Kreditinstitute mitverantwortlich für gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land sind. Die konsequente Umsetzung mancher regulatorischer Vorgaben würde allerdings automatisch einen Rückzug aus der Fläche nach sich ziehen, weil z.B. Wertpapierberatung und Wohnbaufinanzierung angesichts der erhöhten Anforderungen nicht mehr überall angeboten werden könnten. Damit seien dann die gleichwertigen Lebensbedingungen durchaus gefährdet.

Eine angemessene Regulierung sei also gefordert. Die Bilanzsumme als maßgebliches Kriterium dafür heranzuziehen, welches Institut unter die erleichternden Regeln fallen solle, wäre aus Strohmaiers Sicht allerdings bei weitem zu kurz gegriffen. Die Regulatorik dürfe nicht so weit gehen, „dass sie einseitig in den Wettbewerb eingreift“. „Das ist mir zu wenig, zu billig und führt in meinen Augen zu einer Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der Sparkassen im Markt.“ Die Regulatorik dürfe nicht so weit gehen, „dass sie einseitig in den Wettbewerb eingreift“. Letztlich handle es sich hier sowohl um ein Kosten- als auch um ein Kommunikationsproblem, „weil wir niemandem erklären können, wo der Mehrwert liegt“.

„Regulierung ist kein Wunschkonzert“, unterstrich Dr. Andreas Dombret, machte aber auch deutlich, dass es die entscheidende Aufgabe der Aufseher sei, kleine, regional tätige und weniger riskante Banken und Sparkassen von Regeln operativ zu entlasten, die eigentlich für große, international tätige Banken geschaffen wurden. Denn auf das Einzelgeschäft bezogen sei der Aufwand der Regulierung tatsächlich größer und der Nutzen geringer.

Dombret sprach sich für einen vernünftigen Dialog aus und appellierte an die Sparkassenvertreter, so konkrete Vorschläge wie möglich zu machen. Wichtig sei es dabei, den operativen Aufwand für kleinere Banken und Sparkassen zurückzufahren – und zwar ohne das Regelwerk insgesamt zu schwächen. Gelingt diese Balance, werde es Erleichterungen geben können.

Dr. Frank Walthes bezeichnete Wettbewerbsfähigkeit und Kundenvertrauen als die entscheidenden Faktoren, an denen sich die Regulierung messen lassen müsse. Auch er sah hier allerdings Gefahren.

Denn die Regulatorik, nach Walthes Auffassung „häufig eine Art Arbeitssicherungsprogramm“, erschwere letztlich oft den Kontakt zum Kunden. Auch aus seiner Sicht stehe so die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Spiel. Eine verhältnismäßige Regulierung sei daher notwendig. Statt aber die Bilanzsumme als einzigen Maßstab für eine Einstufung eines heranzuziehen, empfahl der Vorstandsvorsitzende einen synthetischen Index aus verschiedenen Kriterien, wie bereits in der Versicherungsbranche üblich. Dieser bilde exakt ab, was Landesobmann Strohmaier zuvor bereits eingefordert hatte – eine jeweils angemessene Regulierung für die verschiedenen Arten von Kreditinstituten. ■

Joachim Herrmann

Wesentlicher Eckpfeiler des bayerischen Finanzwesens



Joachim Herrmann

Innenminister Joachim Herrmann betonte die besondere Bedeutung der bayerischen Sparkassen: „Die Sparkassen haben den wichtigen Auftrag, die Geld- und Kreditversorgung insbesondere von Mittelständlern und Menschen aus allen Bevölkerungskreisen sicherzustellen. Sie leisten damit auch einen herausragenden Beitrag zu

gleichwertigen Lebensverhältnissen in allen Regionen. Damit sind die bayerischen Sparkassen ein wesentlicher Eckpfeiler des bayerischen Finanzwesens.“

Den bayerischen Sparkassen gratulierte Herrmann zu einem guten und stabilen Ergebnis für das Jahr 2016: „Die negativen Auswirkungen der Niedrig- und Negativzinsphase, aber auch der steigenden regulatorischen Anforderungen aus Brüssel konnten zwar nicht völlig ausgeglichen werden. Dennoch sieht man bayernweit, dass die seitens der Sparkassen eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung und Ertragsstabilisierung greifen.“

Laut Herrmann müssen die Besonderheiten des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens bei der Regulierung der

Finanzmärkte durch die EU auch in Zukunft unbedingt gewahrt werden. Deshalb bringt er kein Verständnis dafür auf, dass die seit langem bewährte kommunale Verankerung der Sparkassen derzeit durch Leitlinienvorschläge der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Bankenaufsicht für die Besetzung von Verwaltungsräten kritisiert wird.

„Um den wichtigen öffentlichen Auftrag der Sparkassen sicherzustellen, müssen diese in ihren Kommunen fest verankert bleiben“, zeigte sich Herrmann überzeugt. Dazu brauche es auch weiterhin kommunale Vertreter in den Verwaltungsräten der Sparkassen. Die Bundesregierung müsse sich in der EU dafür einsetzen, dass die Besonderheiten des deutschen Sparkassenwesens bei der Regulierung der Finanzmärkte gewahrt werden. ■

Dr. Florian Janik

Gelungene Fusion



Dr. Florian Janik

Als einen der „Hidden Champions in Bayern“ sieht Oberbürgermeister Dr. Florian Janik das in der Metropolregion Nürnberg gelegene Erlangen. Die kleinste Großstadt im Freistaat sei umgeben von dem ebenso äußerst erfolgreichen Landkreis Erlangen-Höchstadt.

Es passe ins Bild, dass der über den Landkreis hinaus reichende, gemeinsame Wirtschaftsraum nun eine gemeinsame Sparkasse haben wird: Den kommunalen Trägern sei die Fusion der Stadt- und Kreissparkasse Erlangen und

der Kreissparkasse Höchststadt a.d. Aisch (Neuer Name: Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach) gelungen, hob Janik hervor.

Jetzt gehe es darum, die Sparkassen im Wettbewerb zu stärken und die Leistungsfähigkeit weiter auszubauen. Durch den Zusammenschluss könnten alle Kunden vom Know-how des größeren Instituts profitieren. Janik dankte dem Sparkassenverband Bayern für die „sehr intensive Unterstützung“ in einem engen Zeitplan. ■

Prof. Dr. Ulrich Reuter

Mit Empathie und Leidenschaft



Prof. Dr. Ulrich Reuter

Die bayerischen Sparkassen haben laut Erstem Verbandsvorsitzenden Prof. Dr. Ulrich Reuter (Landrat Aschaffenburg) ihren Sparkassentag 2017 wieder genutzt, um klare Leitimpulse für die Arbeit in den Sparkassen sowie in den Regionen und Kommunen mitzunehmen, so der erste Verbandsvorsitzende Prof. Dr. Ulrich Reuter (Landrat Aschaffenburg).

Angeregte Diskussionen u. a. zu den Themen Digitalisierung, Deregulierung, modernes Banking und erfolgreiche Geschäftsmodelle „haben uns in unserer Haltung bekräftigt, dass die Sparkassen

mit ihrem gemeinwohlorientierten Geschäftsauftrag ein wichtiger Baustein in der regionalen Daseinsvorsorge sind“.

Reuter zufolge benötigen die Regionen in Bayern erfolgreiche und gut aufgestellte Sparkassen. Denn sie führen ihre Kunden „mit Empathie und Leidenschaft“ durchs Leben. Die Sparkassen seien aufgerufen, ihnen Wege aus der Zinslosigkeit aufzuzeigen. Er sieht dabei auch, dass „auch wir kommunale Träger als wichtiger Teil der Sparkassenfamilie Mitverantwortung haben für eine ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung. Dieser Aufgabe kommen wir gerne nach.“ ■



Joachim Herrmann und Dr. Ulrich Netzer

„Der Bayerische Sparkassentag in Erlangen war wieder Forum für den Austausch zwischen Sparkassen und ihren kommunalen Trägern.“

Kurzüberblick zur Geschäftsentwicklung 2017

Für die ersten sieben Monate 2017 verzeichnen die bayerischen Sparkassen ein sehr gutes Kreditgeschäft: Das Kreditvolumen stieg um 2,7 Milliarden Euro (+2,1 Prozent) auf nun 129 Milliarden Euro. Dieser Anstieg wird besonders durch das sehr dynamische Unternehmenskreditgeschäft getragen (+3,1 Prozent).

Die starke Entwicklung der Firmenkredite spiegelt sich auch in den Zusagen für künftige Darlehen wieder: Bisher wurden 2017 +12,6 Prozent mehr Kredite an Unternehmen und Selbstständige als im gleichen Zeitraum 2016 zugesagt.

Die Einlagen bei den bayerischen Sparkassen nehmen derzeit ab. Seit Jahresbeginn ist der Einlagenbestand um 1,3 Prozent auf knapp 155 Milliarden Euro gesunken. Dies resultiert aus Abflüssen bei Unternehmenskunden und öffentlichen Haushalten.

Während etwa die Sichteinlagen der Privatkunden auch weiterhin zunehmen (+4,0 Prozent), werden sie überkompensiert vom Mittelabzug zahlreicher Firmen und Kommunen. Hier scheinen sich erstmalig Verschiebungseffekte infolge der bei einigen Sparkassen neu eingeführten Verwarentgelte zu zeigen. Normale Sparer sind davon nicht betroffen und parken, sofern sie freie Mittel haben, diese weiterhin bevorzugt in täglich fälligen Anlagen. ■



IMPRESSIONEN



Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 17/2017

Redaktion: Doris Kirchner
Gestaltung: Michael Seidl
Bildrechte: Sparkassenverband Bayern
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg